

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017:  
**Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung?**

*Ludger Wößmann,  
Philipp Lergetporer,  
Elisabeth Grewenig,  
Franziska Kugler und  
Katharina Werner*

## DATEN UND PROGNOSEN

Düsseldorfer Messen und  
Veranstaltungen von Düsseldorf  
Congress Sport & Event:  
**Jahr für Jahr bundesweiter  
Umsatz von rund  
3 Milliarden Euro**  
*Horst Penzkofer*

Deutsche Industrie:  
**Erhöhte Investitions-  
bereitschaft 2017**  
*Annette Weichselberger*

## IM BLICKPUNKT

ifo Konjunkturumfragen  
August 2017  
*Klaus Wohlrabe*

## ZUR DISKUSSION GESTELLT

# Ten Years After: Eine Bilanz der Finanz- und Welt- wirtschaftskrise

*Markus Taube, Wolfgang Wiegard, Christoph Kaserer,  
Daniel Stelter*



ifo Schnelldienst  
ISSN 0018-974 X (Druckversion)  
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.  
Redaktion: Dr. Marga Jennewein.  
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.  
Vertrieb: ifo Institut.  
Erscheinungsweise: zweimal monatlich.  
Bezugspreis jährlich:  
Institutionen EUR 225,-  
Einzelpersonen EUR 96,-  
Studenten EUR 48,-  
Preis des Einzelheftes: EUR 10,-  
jeweils zuzüglich Versandkosten.  
Layout: Kochan & Partner GmbH.  
Satz: ifo Institut.  
Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.  
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):  
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

**im Internet:**  
<http://www.cesifo-group.de>

**ZUR DISKUSSION GESTELLT****Ten Years After: Eine Bilanz der Finanz- und Weltwirtschaftskrise**

3

Der Ausbruch der weltweiten Finanzkrise wird zwar immer wieder auf das Jahr 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und den daraus folgenden Schockwellen terminiert, doch eigentlich begann die Krise bereits 2007 mit dem Platzen der Immobilienblase. Es folgten Bankenzusammenbrüche, die nur mit Hilfe großer Rettungsaktionen unter Kontrolle zu bringen waren. Nur durch beispiellose staatliche Rettungsaktionen und eine extrem lockere Geldpolitik seitens der Zentralbanken konnte die weltweite Rezession aufgefangen werden. Dennoch haben viele Länder das Produktionsniveau von der Zeit vor der Krise noch nicht erreicht, und auch die Finanzmärkte bleiben fragil. Zudem ist die 2010 und 2012 ausgebrochene Verschuldungs- und Eurokrise noch nicht bewältigt. Nach nunmehr zehn Jahren wurde auf einer wissenschaftlichen Tagung, die unter der Leitung von Dr. Wolfgang Quaisser in der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 14. bis 16. Juli 2017 stattfand, eine Zwischenbilanz gezogen. Einige der dort vorgestellten Vorträge werden hier veröffentlicht: *Markus Taube*, Universität Duisburg-Essen, weist darauf hin, dass sich vor zehn Jahren die Volkswirtschaft der VR China als besonders widerstandsfähig gezeigt hat. Sie wuchs weiter und schuf mit ihrer ungebrochenen Nachfrage auf den globalen Märkten die zentrale Widerstandslinie gegen den globalen ökonomischen Zusammenbruch. Die Gründe für dieses Phänomen seien auf verschiedenen Ebenen zu finden und keineswegs Ausdruck besonders ausgereifter Strukturen. Vielmehr seien es diese Strukturen, die die chinesische Volkswirtschaft heute zur Keimzelle der nächsten potenziellen Weltwirtschaftskrise machten. *Wolfgang Wiegand*, ehem. Universität Regensburg und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, fragt, wie es weiter geht mit dem Euro, und diskutiert zwei Reformoptionen für die Währungsunion: eine Fiskalunion bzw. eine politische Union oder ein striktes Subsidiaritätsprinzip. *Christoph Kaserer*, Technische Universität München, analysiert die Reformen im Banken- und Finanzsektor und stellt zusammenfassend fest, dass seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im September 2008 die ergriffenen, äußerst umfangreichen Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Finanzmärkte insoweit einen Fortschritt gebracht hätten, als die Banken heute eine wesentlich höhere Eigenkapitaldecke halten müssen. Ob sie allein damit schon widerstandsfähiger als im Jahr 2008 seien, bleibe allerdings angesichts der mangelnden Profitabilität, unter der gerade die europäischen Banken leiden, zu bezweifeln. *Daniel Stelter*, Diskussionsforum »Beyond the Obvious«, interpretiert die Finanz- und die Eurokrise als Überschuldungskrisen. Seit Mitte der 1980er Jahre explodieren weltweit, vor allem in den USA, Europa und Japan die Verschuldung von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen. Es sei nur eine Frage der Zeit »bis zum nächsten Knall«.

**FORSCHUNGSERGEBNISSE****Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung?****Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017**

17

*Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Franziska Kugler und Katharina Werner*

Die Digitalisierung verändert und prägt unsere Arbeits- und Lebenswelt zunehmend. Löst dieser Trend bei den Deutschen eher Zuversicht oder Ängste aus? Wie sollte das Bildungssystem ihrer Meinung nach auf die digitalen Veränderungen vorbereiten? Und welche anderen Trends sind in den bildungspolitischen Meinungen der deutschen Bevölkerung zu erkennen? Diesen Fragen widmet sich das ifo Bildungsbarometer 2017, eine jährliche repräsentative Meinungsumfrage bei über 4 000 erwachsenen Personen in Deutschland. In Sachen Digitalisierung zeigen sich die Deutschen überraschend zuversichtlich: 54% sehen sich selbst eher als Gewinner der Digitalisierung, nur 16% sehen sich eher als Verlierer. Eine relative Mehrheit ist auch der Meinung, dass es durch die Digitalisierung insgesamt mehr Gewinner als Verlierer gibt und dass sie eher nicht zu größerer Ungleichheit im deutschen Bildungssystem führen wird. Die Einschätzung der Zeit, die in Unterricht am Computer verbracht werden sollte, ist in den letzten zwei Jahren gestiegen. Deutliche Mehrheiten gibt es dafür, dass der Bund alle Schulen mit Breitbandinternet und WLAN und alle Schüler mit Computern ausstattet. Auch sind die Deutschen mehrheitlich der Meinung, dass die Schulen digitale Kommunikationswege nutzen sollten, um Eltern und Schüler über Tests und Prüfungsergebnisse zu informieren, und dass schon die Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen vermit-

ten sollten. Kritischer sind die Deutschen hingegen bei der Vermittlung von Digitalkompetenzen im Kindergarten und bei der Nutzung von Smartphones im Unterricht. Ein zweiter Schwerpunkt des diesjährigen ifo Bildungsbarometers liegt darin, wie sich die Meinung der Deutschen zu bildungspolitischen Themen seit der ersten Befragung 2014 verändert hat. Ansteigende Trends zeigen sich etwa bei der Zustimmung zu höheren Bildungsausgaben und zu deutschlandweiten Abschlussprüfungen. Die Bewertung der Schulen hat sich hingegen im Vergleich zu den Vorjahren etwas verschlechtert. Insgesamt erweisen sich die Meinungen der Deutschen zur Bildungspolitik in den vergangenen vier Jahren aber als erstaunlich stabil.

## DATEN UND PROGNOSEN

### Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen von Düsseldorf Congress Sport & Event: Jahr für Jahr bundesweiter Umsatz von rund 3 Milliarden Euro

39

*Horst Penzkofer*

Im Auftrag der Messe Düsseldorf GmbH und des Tochterunternehmens Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH (DCSE) führte das ifo Institut eine Studie zu den wirtschaftlichen Wirkungen der Messen auf dem Düsseldorfer Messegelände sowie der sonstigen Veranstaltungen der DCSE für die Stadt Düsseldorf, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland durch. Die Ergebnisse zeigen, dass sich für ein durchschnittliches Messe- und Veranstaltungsjahr die direkten Gesamtausgaben auf rund 2,22 Mrd. Euro belaufen. Davon werden rund 1,59 Mrd. Euro in Deutschland ausgegeben. Die in Deutschland durch die Messen und Veranstaltungen angestoßenen gesamtwirtschaftlichen Kaufkrafteffekte betragen knapp 3 Mrd. Euro. Dieser Kaufkraftzufluss wird zu rund 56% in Düsseldorf und zu 28,5% im übrigen Nordrhein-Westfalen wirksam. Während eines durchschnittlichen Messe- und Veranstaltungsjahres werden knapp 27 700 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Davon entfallen 16 664 Arbeitsplätze auf Düsseldorf und rund 24 200 Arbeitsplätze auf Nordrhein-Westfalen insgesamt. Rund 34% der gesamten messe- und veranstaltungsinduzierten Arbeitsplätze sind im Hotel- und Gaststättengewerbe angesiedelt. Auf das Handwerk und veranstaltungsaffine Dienstleistungen entfallen rund 29% der Beschäftigten.

### Deutsche Industrie: Erhöhte Investitionsbereitschaft 2017

45

*Annette Weichselberger*

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes blieb insgesamt gesehen hinter den Erwartungen zurück. Nach den aktuellen Meldungen zur ifo Investitionsumfrage haben die Industrieunternehmen in Deutschland ihre Investitionen 2016 zwar erhöht, aber nicht in dem Maße wie ursprünglich geplant. Mit gut 57 Mrd. Euro lag das Investitionsniveau nominal rund 1% (real: +/-0%) über dem von 2015. Nach der ursprünglichen Investitionsplanung vom Herbst 2015 war für 2016 noch ein Anstieg von 5% zu erwarten gewesen. Besonders stark fällt hierbei die zurückhaltende Investitionstätigkeit der Branche Herstellung von Kraftfahrzeugen und -teilen ins Gewicht, die allein knapp ein Viertel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes tätigt. Dank der spürbaren konjunkturellen Erholung im laufenden Jahr hat nach den aktuellen Meldungen die Investitionsbereitschaft wieder merklich zugenommen. Nach dem derzeitigen Planungsstand beabsichtigt das deutsche Verarbeitende Gewerbe seine Investitionen in neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2017 um rund 7% zu erhöhen. Damit wurde die Investitionsplanung vom Herbst vergangenen Jahres insgesamt nach oben korrigiert. Hauptzielsetzung der Investitionstätigkeit war 2016 und ist auch 2017 die Kapazitätserweiterung, und zwar in erster Linie mit der Absicht, das bestehende Produktionsprogramm zu erweitern bzw. zu verändern. An zweiter Stelle stehen Ersatzbeschaffungen, während das Rationalisierungsmotiv insgesamt gesehen eher eine untergeordnete Rolle spielt.

## IM BLICKPUNKT

### ifo Konjunkturumfragen August 2017 auf einen Blick: Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs

50

*Klaus Wohlrabe*

Der ifo Geschäftsklimaindex sank im August geringfügig. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist aber weiterhin sehr gut. Der Rückgang ist auf eine weniger gute Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen. Die Erwartungen für das kommende halbe Jahr verbesserten sich hingegen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Die Einstellungsbereitschaft der deutschen Firmen bleibt sehr hoch, obwohl das Beschäftigungsbarometer im August geringfügig gesunken ist.

# Ten Years After: Eine Bilanz der Finanz- und Weltwirtschaftskrise

Der Ausbruch der weltweiten Finanzkrise wird zwar immer wieder auf das Jahr 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und den daraus folgenden Schockwellen terminiert, doch eigentlich begann die Krise bereits 2007 mit dem Platzen der Immobilienblase. Es folgten Bankenzusammenbrüche, die nur mit Hilfe großer Rettungsaktionen unter Kontrolle zu bringen waren. Nur durch staatliche Rettungsaktionen und eine extrem lockere Geldpolitik seitens der Zentralbanken konnte die weltweite Rezession aufgefangen werden. Dennoch haben viele Länder das Produktionsniveau von der Zeit vor der Krise noch nicht erreicht, und auch die Finanzmärkte bleiben fragil. Zudem ist die 2010 und 2012 ausgebrochene Verschuldungs- und Eurokrise noch nicht bewältigt. Nach nunmehr zehn Jahren wurde auf einer wissenschaftlichen Tagung, die unter der Leitung von Dr. Wolfgang Quaisser in der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 14. bis 16. Juli 2017 stattfand, eine Zwischenbilanz gezogen. Einige der dort vorgestellten Vorträge werden hier veröffentlicht.

Markus Taube\*

## China im Jahr Zehn nach Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Vom Krisenbollwerk zum nächsten Krisenherd?

Als sich vor zehn Jahren die Schockwelle des Lehman-Kollaps in der Weltwirtschaft ausbreitete, erwies sich eine Volkswirtschaft als besonders widerstandsfähig: jene der VR China. Die chinesische Volkswirtschaft hörte nicht auf, weiter zu wachsen, und schuf mit ihrer ungebrochenen Nachfrage auf den globalen Märkten die zentrale Widerstandslinie gegen den globalen ökonomischen Zusammenbruch. Die Gründe für dieses Phänomen sind auf verschiedenen Ebenen zu finden und sind keineswegs alle Ausdruck »überlegener« bzw. besonders »ausgereifter« Strukturen. De facto sind es exakt diese Strukturen, die die chinesische Volkswirtschaft heute zur Keimzelle der nächsten potenziellen Weltwirtschaftskrise machen. Aber der Reihe nach.

### CHINESISCHES KRISENMANAGEMENT 2008/09

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hatte ihren Ursprung im US-amerikanischen Finanzdienstleistungssektor und dessen Jonglage mit Subprime-Produkten, die letztlich in sich zusammenbrach. Die

resultierenden Verwerfungen im US-amerikanischen Finanzdienstleistungssektor und den mit diesem verflochtenen internationalen Kapitalmärkten strahlten innerhalb kürzester Zeit auch auf den realen Sektor (Disintermediation) und letztlich auch die nationalstaatlichen Haushalte Europas aus (Eurokrise).

Für die erste dieser »Schockwellen«, den vollständigen Zusammenbruch des Subprime-Geschäftsmodells und den massiven Verlust von Eigenkapital zahlreicher Finanzinstitute, war der chinesische Finanzdienstleistungssektor weitgehend resistent. Die restriktive Devisenverwaltung und stark eingeschränkte Kapitalverkehrskonvertibilität hatten ein Engagement chinesischer Banken in diesem Geschäftsmodell weitgehend verhindert – und sie somit vor massiven Verlusten bewahrt. Ihre Eigenkapitalausstattung und Befähigung zur Versorgung der Realwirtschaft mit Finanzmitteln wurde durch den Zusammenbruch in New York in keiner Weise beeinträchtigt. Die chinesische Volkswirtschaft wurde von daher substanzial nur von der »zweiten Welle« dieses Krisenclusters betroffen: dem Kollaps der industriellen Fertigung in den großen Industriestaaten und der daraus resultierenden massiv einbrechenden Nachfrage nach chinesischen Exportgütern. Dies führte dazu, dass die Wachstumsdynamik der chinesischen Exportwirtschaft vollständig in sich zusammenbrach. Von einem Niveau kontinuierlichen Ausfuhrwachs-



Markus Taube

\* Prof. Dr. Markus Taube, Mercator School of Management und Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen sowie School of Economics, Nankai University, Tianjin, VR China.

tums um 25–35% im Jahresvergleich ausgehend, kolabierte die chinesische Exporttätigkeit und verzeichnete im Januar 2009 schließlich ein Minus von 43% im Vergleich zum Vorjahr. Die Zentren der chinesischen Exportindustrie im süd-/östlichen Küstenstreifen wurden von tausenden von Unternehmenszusammenbrüchen erschüttert, in deren Zuge Millionen von Wanderarbeitern ihre Anstellung verloren und zurück ins chinesische Hinterland wanderten.

Die chinesische Politik reagierte auf die derart nach China überschwappende Krise mit einem über drei Kanäle koordinierten Stimulus-Programm:

#### **Stabilisierung des RMB durch neuerliche Anbindung (peg) an den US-Dollar**

In Anbetracht der zunehmenden Volatilität auf den globalen Devisenmärkten wurde der Außenwert des RMB im Juli 2008 erneut an den US-Dollar gebunden. Hiermit wurde die durch Produktivitätszuwachsdifferenziale getriebene graduelle Aufwertung der chinesischen Währung gestoppt und zumindest zur wichtigsten Fakturierungswährung ein stabiles nominales Niveau festgeschrieben, das die chinesische Außenwirtschaft vor exzessiven Bewertungsausschlägen schützen sollte (und tendenziell reale Abwertungsgewinne ermöglichte).

#### **Expansive Geldpolitik und diskretionäre Bereitstellung von Finanzierungen**

Innerhalb kürzester Zeit wurde ab dem vierten Quartal 2008 die in der Volkswirtschaft zirkulierende Geldmenge massiv ausgeweitet. Instrumental hierfür waren Senkungen der von der Zentralbank festgelegten Zinssätze wie auch der geforderten Mindestreservesätze für den Bankensektor in Kombination mit einer Aufhebung von Obergrenzen für das Kreditwachstum, die Erhöhung von Beleihungsgrenzen im Immobiliengeschäft und andere sektorspezifische Maßnahmen. Von erheblicher Bedeutung für die Umsetzung des Programms war die explizite Verpflichtung des staatlichen Bankensektors, (Staats-)Unternehmen in strategisch wichtigen Sektoren schnell und unbürokratisch mit (zusätzlichen) Finanzmitteln zu versorgen. Eine Hortung der neu geschaffenen liquiden Mittel in einem potenziell risikoaversen Bankensektor wurde somit erfolgreich vermieden.

#### **Fiskalpolitische Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Im November 2008 verkündete die Partei- und Regierungsführung des Landes ein auf zunächst zwei Jahre angesetztes staatliches Ausgabenprogramm im Umfang von 4 Billionen Yuan RMB (ca. 12% des BIP im Jahr 2009) zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die Gelder in diesem Programm flossen zumeist über Finanzvehikel der Lokalregierungen

in den öffentlichen Wohnungsbau, ländliche Infrastruktureinrichtungen, nationale Transport- und Energieversorgungseinrichtungen, aber auch Gesundheitseinrichtungen und Maßnahmen zur Innovationsförderung. Zusätzlich wurde mittels Steuererleichterungen, gezielten Konsumsubventionen, Rentenerhöhungen etc. eine Belebung des privaten Konsums betrieben.

In ihrer Gesamtheit waren diese Maßnahmen in hohem Maße erfolgreich, die Wachstumsdynamik der chinesischen Volkswirtschaft insgesamt aufrechtzuerhalten und die chinesische Realwirtschaft vor den größten Verwerfungen ausgehend von einer aus der Balance geratenen Weltwirtschaft zu bewahren. Der Niedergang der exportorientierten leichtindustriellen Zentren im chinesischen Küstenstreifen konnte allerdings nicht aufgehalten werden.

#### **DIE POLITÖKONOMISCHE DIMENSION DER CHINESISCHEN KRISENBEWÄLTIGUNG**

Die Umsetzung der fiskal- wie geldpolitischen Stimulus-Programme wurde auf der mikroökonomischen Ebene in erheblichem Umfang durch direkte Eingriffe in unternehmerische Entscheidungsprozesse gestützt. So wurden für die wichtigsten Industriesektoren des Landes (Automobil, Chemie, Stahl etc.) innerhalb kürzester Zeit »Adjustment and Revitalization Plans« erstellt, die konkrete Leitlinien für die Geschäftstätigkeit insbesondere der diese Sektoren dominierenden Staatsunternehmen im Zeitraum 2009–2011 aufstellten. Dabei wurde die Finanzierung der in diesem Zuge eingeforderten Investitionsleistungen durch komplementäre Vorgaben<sup>1</sup> an den chinesischen Finanzdienstleistungssektor sichergestellt. Während in den westlichen Krisenstaaten auch gesunde Unternehmen selbst an Betriebsmittelfinanzierungen für gesicherte Projekte nur mit großer Mühe kommen konnten, erhielten insbesondere die chinesischen Staatsbetriebe auch für betriebswirtschaftlich bedenkliche Investitionsideen ihre Finanzierungen geradezu »frei Haus«.

Das chinesische Programm zur Eindämmung der auf die chinesische Volkswirtschaft einwirkenden Krisenwirkungen wurde somit nicht im Rahmen der bestehenden marktorientierten Ordnungsstrukturen implementiert, sondern durch die Wiederbelebung dirigistischer Plansteuerung. Hiermit aber nicht genug. Nicht nur wurden die bestehenden Marktinstitutionen übergangen, auch die eigentlich mit der Umsetzung der staatlichen Wirtschaftspolitik betrauten Regierungsorganisationen wurden umgangen. Stattdessen erfolgte die Kommunikation und Koordination der Krisenprogramme durch den streng hierarchisch organisierten Apparat der Kommunistischen Partei. Das Primat der Kommunistischen Parteihierarchie über den Regierungsorganisationen wurde neu betont – und

<sup>1</sup> Vgl. People's Bank of China & China Banking Regulatory Commission, Guiding Opinion concerning the further strengthening of credit structure adjustment to promote a stable development of the national economy, 2009.



somit ein jahrzehntelanger gradueller Reformprozess zurückgenommen.

Der Subprime-/Lehman-/Euro-Krisencluster hat aber auch auf einer sehr grundsätzlichen Ebene prägend auf die mittelfristige ordnungspolitische Ausrichtung der VR China gewirkt. Das offensichtliche Versagen der installierten regulatorischen Mechanismen in den westlichen Volkswirtschaften und die nur schwach wirkenden Selbstheilungskräfte der Märkte haben das Ideal der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung bei Chinas Entscheidungsträgern in Misskredit gebracht. Die marktwirtschaftliche Reformagenda ist – auch über die aktivistischen Krisenbewältigungsprogramme hinaus – faktisch ins Stocken geraten und erlebt unter Xi Jinping derzeit mit der expliziten Stärkung der Rolle von Parteiorganen in Staatsunternehmen und der wettbewerbsausschaltenden Fusion von Großkonzernen substanzielle Rückschritte.

### **KOLLATERALSCHÄDEN DES ANTIKRISENPROGRAMMS**

Der Erfolg des chinesischen Krisenbewältigungsprogramms, die Volkswirtschaft zu stabilisieren, Wachstumsdynamiken aufrechtzuerhalten und negative Spillover-Effekte aus der globalen Krisengemengelage weitgehend zu neutralisieren, ist beeindruckend. Diese kurzfristige Erfolgsbilanz geht allerdings mit Kosten einher, die erst in der mittleren Frist offenbar geworden sind.

Am deutlichsten treten diese Folgekosten derzeit auf der Ebene der gesamtwirtschaftlichen Investitionseffizienz (bzw. »Kreditintensität«) zu Tage. Während es im letzten Vorkrisenjahr (2007–08) noch einer Kreditausweitung von 6,5 Billionen Yuan RMB bedurfte, um ein BIP-Wachstum von 5 Billionen Yuan RMB zu realisieren, mussten für die gleiche Outputsteigerung im Jahr 2015–16 bereits 20 Billionen Yuan RMB an neuen Krediten ausgereicht werden. Die Kreditintensität der Volkswirtschaft hat sich um den Faktor 3 verschlechtert. De facto erweist sich die massive Ausweitung der Kreditbereitstellung 2009/2010 somit keineswegs als das einmalige Sonderprogramm, als das es angekündigt war. Der Ausstieg aus der Kreditexpansion ist nicht geglückt. Stattdessen konstituierte es den Startschuss für eine beispiellose Vergrößerung der Jahr für Jahr vom Bankensektor ausgereichten Kreditvolumina. Zwischen 2011 und 2016 ist so die Kreditausreichung an den Nicht-Bankensektor mehr als verdoppelt worden und das Verhältnis der inländischen Kredite an Nicht-Banken zum BIP um 60 Prozentpunkte auf 230% angestiegen. Nach allen Erfahrungswerten von Volkswirtschaften, die ähnliche Episoden exzessiver Kreditexpansion erlebt haben, steht zu erwarten, dass diese Entwicklung über kurz oder lang in eine Phase disruptiver Markt Anpassungen und massiv einbrechender Wachstumsdynamiken führen wird.

Die hier skizzierte makroökonomische Perspektive auf das Phänomen exzessiver Kreditausreichun-

gen manifestiert sich auf den Meso- und Mikroebenen in einer fortgesetzten Ausweitung von Überkapazitäten über die meisten Industriebranchen hinweg und einen massiven Einbruch der einzelwirtschaftlichen Profitabilität zahlreicher Geschäftsmodelle und Unternehmen. Insofern das chinesische Konkursgesetz faktisch nicht umgesetzt wird, ergibt sich eine Konstellation, der gemäß eine Marktberreinigung qua Austritt (Konkurs) der am wenigsten wettbewerbsfähigen (staatseigenen) Unternehmen nicht stattfindet. Stattdessen steigt die Anzahl der Akteure, die nur noch dank der Unterstützung und Finanzspritzen von Lokalregierungen im Markt verbleiben. Der Markt wird zunehmend von »Zombie-Unternehmen« bevölkert, die keine eigenständige Finanz- und Wettbewerbskraft besitzen. Es kommt zur Ausbildung von Strukturen, die Industrie, Finanzdienstleistungssektor und Staatshaushalt systematisch schwächen: Kredite werden auf Regierungsintervention hin ineffizienten Akteuren zur Verfügung gestellt, werden dort »faul« und belasten die Bilanzen der ausreichenden Banken. Lokalregierungen verstricken sich in ein Netz impliziter wie expliziter Garantien und Bürgschaften und überdehnen ihre Verschuldungsquote. Überkapazitäten bleiben im Markt und beeinträchtigen die Wirtschaftlichkeit der Geschäfte auch leistungsstarker Akteure. Unternehmerischer Spielraum für Produktinnovationen und neue Leistungsangebote geht verloren, leistungsstarke private Akteure werden aus dem Markt gedrängt.

### **CHINAS VOLKSWIRTSCHAFT ALS KEIMZELLE EINER NEUEN GLOBALEN KRISE?**

Es steht die Frage im Raum, ob in den sehr erfolgreichen Krisenbewältigungsprogrammen der chinesischen Regierung bereits der Keim neuer Krisen angelegt war. Als unmittelbarer Effekt wäre dies zu verneinen. Neues Krisenpotenzial ist aber sicherlich geschaffen worden durch die unzureichende Befähigung, diese Programme nach erfolgreicher Impulssetzung wieder herunterzufahren und das gesamtwirtschaftliche Geschehen in normale Strukturen zurückzuführen. Letzteres ist nicht gelungen. Stattdessen läuft die chinesische Volkswirtschaft seit nunmehr zehn Jahren wie unter (monetären) Steroiden und findet nicht den Weg zurück in die Normalität.

Aber es hat den Anschein als stünde der – oft prophezeit und bislang nie eingetretene – große Crash in China auch heute noch nicht direkt vor der Tür. Einige strukturelle Besonderheiten verschaffen China ein vergrößertes Zeitfenster, um die notwendigen Korrekturen in der Volkswirtschaft einzuleiten.

Der bei weitem überwiegende Teil der gesamtwirtschaftlichen Verschuldung ist über das Inland finanziert. Das Volumen im Ausland aufgenommener Schuldtitel ist relativ gering und zudem über die weiterhin bestehenden Zahlungsbilanzüberschüsse und die hohen Devisenreserven gut abgesichert. Die chinesische Volkswirtschaft ist somit wenig anfällig gegenüber

aus dem Ausland herrührenden Druck zur Auflösung von Schuldtiteln. Gleichzeitig ist die Gefahr einer Transmission von Krisenszenarien aus China in den Rest der Welt über diesen Kanal auch auf eine vergleichsweise geringe Dimension begrenzt.

Die Kreditausreichungen des chinesischen Bankensektors sind durch eine ausgeprägte Sparneigung der Bevölkerung und hohe Einlagenbestände gut abgesichert. Mit Werten von ca. 70% liegt die Kreditausreichungen-zu-Einlagen-Quote auf einem unbedenklichen Niveau. Bedenklich ist allerdings das wachsende Volumen an intransparenten Direktgeschäften und Dreiecksschuldnerbeziehungen in der Industrie sowie der weiterhin hohe Anteil an »Schattenbank«-Aktivitäten und nicht bilanzierten Kredittransaktionen im Finanzdienstleistungssektor. Diese Parameter treiben den tatsächlichen Gefährdungsgrad deutlich nach oben.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht scheinen die im Unternehmenssektor akkumulierten Vermögenswerte derzeit geeignet, die aufgenommenen Kreditvolumina abzusichern. Auch hier müssen jedoch gewisse Einschränkungen geltend gemacht werden. Der derzeit aufgerufene Wert der zu einem beträchtlichen Anteil den reklamierten Vermögenswerten zugrunde liegenden Landnutzungsrechte könnte deutlich überhöht sein (Stichwort Immobilienblase) und schnell in sich zusammenfallen. Ähnliches gilt für das von Überkapazitäten geprägte Marktumfeld, in dem eingebuchte Vermögenswerte rapide an realem Marktwert verlieren können. – Dies insbesondere in Anbetracht der wachsenden Anzahl von »Zombie«-Unternehmen.

Letztlich kann zudem aufgeführt werden, dass im Falle sich akut zuspitzender Konstellationen ein hinreichender fiskalischer Handlungsspielraum besteht, um Krisenszenarien frühzeitig einzudämmen. Mit einer offiziellen Staatsverschuldung in Höhe von 37% des BIP und einem Primärsaldo von 3,8% im Jahr 2016 steht die VR China weit besser da als die meisten etablierten

Industriestaaten. Dabei geben die offiziellen chinesischen Zahlen allerdings ein geschöntes Bild der staatlichen Handlungskapazität wieder, das die expliziten und impliziten Kosten der in Krisensituationen unweigerlich notwendig werdenden Bailouts und Stützungsmaßnahmen für staatliche Unternehmen nicht hinreichend widerspiegelt. Erweiterte Konzepte der chinesischen Staatsverschuldung kommen so denn auch auf Werte von über 60% des BIP mit rapide ansteigender Tendenz.

Diese Strukturparameter bieten, trotz aller skizzierten Einschränkungen, in ihrer Gesamtheit ein doch eher »beruhigendes« Bild. Eine globale Wirtschaftskrise »made in China« ist kurzfristig nicht zu erwarten. Neben dieser auf die makroökonomischen Aggregate fokussierenden Betrachtung gilt es aber auch, die Entwicklungen auf der Meso- und Mikroebene im Blick zu behalten. Die hier bestehenden Ineffizienzen und wachsenden Probleme bleiben ein Faktum. Und aus der politischen Sphäre sind derzeit keine wirklich durchgreifenden Lösungsansätze in Sicht. Aus dieser Perspektive besteht wenig Anlass, sich beruhigt zurückzulehnen. Die zur Abwendung einer krisenhaften Zuspitzung in diesem Bereich verbleibende Zeit läuft langsam ab.

## LITERATUR

- International Monetary Fund (various), *People's Republic of China*. Staff Report for the Article IV Consultation, Washington, D.C.
- International Monetary Fund (2017), *People's Republic of China*, Selected Issues, IMF Country Report No. 17/248, Washington, D.C.
- Lam, W.R., M. Rodauer und A. Schipke (Hrsg.) (2017), *Modernizing China. Investing in Soft Infrastructure*, International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Liang, Y., K. Shi, L. Wang und J. Xu (2017), »Local Government Debt and Firm Leverage: Evidence from China«, *Asian Economic Policy Review* 12, 210–232.
- Maliszewski, W. et al. (2016), »Resolving China's Corporate Debt Problem«, IMF Working Paper WP/16/203, Washington, D.C.
- Shen, G., und B. Chen (2017), »Zombie Firms and Over-capacity in Chinese Manufacturing«, *China Economic Review* 44, 327–342.



Wolfgang Wiegard\*

## Wie geht es weiter mit dem Euro?

### Reformoptionen für die Währungsunion

Die Krise der Währungsunion dauert jetzt fast ein Jahrzehnt an. Ihre Ursachen sind mittlerweile aufgearbeitet, und mögliche Reformoptionen liegen auf dem Tisch. Allerdings ist unklar, wie es mit der Währungsunion weiter geht.

#### EIN KURZER RÜCKBLICK AUF DIE KRISE DER WÄHRUNGSUNION

Zunächst einmal: Die staatliche Verschuldung gehört nicht zu den Ursachen für die Krise der Währungsunion. Die staatlichen Schuldenstandsquoten in den späteren Krisenländern lagen im Vorkrisenjahr 2007 in Irland bei gerade mal 24%, in Spanien bei 36% und in Zypern bei 54%, selbst Portugal überschritt mit 68% die Verschuldungsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts nur moderat. Auch die staatlichen Defizitquoten gaben 2007 keinerlei Anlass zur Beunruhigung. Irland, Spanien und Zypern erzielten 2007 zum Teil sogar erhebliche Finanzierungsüberschüsse; Portugal lag genau an der 3%-Grenze des Maastricht-Vertrags, lediglich Griechenland fiel mit einem Haushaltsdefizit von 6,7% aus dem Rahmen.

Trotz dieser durchaus guten Zahlen gab es schon vor Ausbruch der Krise eine Diskussion über die öffentliche Verschuldung. Sie betraf allerdings weniger die Situation in den Mitgliedstaaten als das Verhalten der Europäischen Kommission und des Ecofin-Rates, indem Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt gänzlich ungeahndet blieben. Tatsächlich wurde das Regelwerk 2005 sogar noch aufgeweicht, nachdem Deutschland und Frankreich 2003 und 2004 die Defizitbegrenzungen gerissen hatten.

Der dramatische Anstieg der staatlichen Verschuldung ab dem Jahr 2009 war keine Ursache, sondern eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008. Zum kleineren Teil war der Anstieg der Staatsverschuldung verursacht durch keynesianische, also defizitfinanzierte Konjunkturprogramme in den Mitgliedstaaten der EWU. Den weitaus größeren Anteil am Anstieg der staatlichen Schuldenstandsquoten hatten allerdings die staatlichen Maßnahmen zur Bankenrettung.

Nicht die staatliche Verschuldung, sondern die bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise stark ansteigende private Verschuldung und die Auslandsverschuldung waren wesentliche Krisenursachen. Und dieser Anstieg der privaten Verschuldung und der Aus-

landsverschuldung war getrieben von der Entwicklung der langfristigen Zinsen. Noch Anfang der 1990er Jahre gab es enorme Unterschiede in den langfristigen Finanzierungskosten. Die Märkte forderten hohe Risikoprämien beim Kauf von Staatsanleihen der späteren Krisenländer. Das änderte sich nach dem Gipfel von Madrid im Dezember 1995, auf dem die Einführung der gemeinsamen Währung beschlossen wurde. Nach Einführung des virtuellen Euro zum 1. Januar 1999 verschwanden die Risikoprämien nahezu vollständig.

Durch das Verschwinden der Risikoprämien und die niedrigen Zinsen verringerten sich die Finanzierungskosten in den späteren Krisenländern ganz erheblich. Die reduzierten Zinskosten für die öffentliche Hand wurden allerdings nicht zum Abbau der öffentlichen Verschuldung genutzt, sondern führten zu höheren staatlichen Ausgaben. Auch für die privaten Investoren reduzierten sich die Kreditkosten, mit der Folge, dass die Investitionen, insbesondere im Immobiliensektor, stark anstiegen. Dies wiederum ging mit einem starken Anstieg der Auslandsverschuldung über explodierende Nettokapitalimporte einher und gleichbedeutend damit: mit steigenden Leistungsbilanzdefiziten.

Die Kapitalimporte in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Irland führten zu Lohn- und Preissteigerungen mit der Folge, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder weiter verschlechterte. In Deutschland hingegen waren die Lohnsteigerungen moderat, und die Wettbewerbsfähigkeit nahm beständig zu.

Die Auslandskredite wurden dabei überwiegend über die Banken abgewickelt. So nahm die Kreditvergabe von Banken aus den Kernländern an Banken in den späteren Krisenländern zwischen 1999 und 2009 insgesamt um sage und schreibe 340% zu, an spanische Banken sogar um 550% und an griechische Banken um 500%. Als dann im Verlauf der Finanzkrise die Banken in Irland, in Griechenland und anderen Ländern in Schwierigkeiten gerieten, drohten wegen der engen Bankenverflechtung Ansteckungseffekte und ein Flächenbrand in der Währungsunion.

Ein anderer Punkt erwies sich nach Ausbruch der Krise als Brandbeschleuniger, und zwar der enge Nexus zwischen Banken und Staaten. Es sind nämlich die Banken, die einen Großteil der staatlichen Schuldtitel halten. Das Problem dabei war und ist: Wenn ein Staat in Schwierigkeiten gerät und seine Staatsschulden nicht mehr bedienen kann, hat das unmittelbar dramatische Rückwirkungen auf den Bankensektor. Aber auch umgekehrt droht Gefahr: Wenn Banken in eine Schieflage geraten und ihre Staatsanleihen auf den Markt werfen, führt das zu einem Kursverfall und kann ganze Staaten in Schwierigkeiten bringen. Dabei war der Kapitalbedarf in einigen Ländern so groß, dass auf Rettungsgelder aus den europäischen Schutzschirmen zurückgegriffen werden musste. Solche Rettungsschirme wie der EFSM und der ESM wurden kurzfristig und ad hoc nach Ausbruch der Krise geschaffen. Im europäischen Recht waren weder Rettungsinsti-



Wolfgang Wiegard

\* Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, ehem. Universität Regensburg und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

nen noch ein glaubwürdiger Mechanismus zur Krisenbewältigung vorgesehen.

Dieser enge Nexus zwischen Banken und Staaten wurde dadurch begünstigt, dass Staatsanleihen als sicher gelten und nach dem Basel-Regelwerk nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.

Die Bedeutung einer stringenten Bankenregulierung (Verhinderung einer exzessiven Kreditvergabe, die Auflösung des Staat-Banken-Nexus), die Bedeutung der Finanzstabilität sowie von Institutionen zur Krisenbewältigung wurden im Maastricht-Vertrag gar nicht thematisiert. Auch von uns Ökonomen wurden diese Versäumnisse anfangs nicht oder jedenfalls unzureichend angesprochen. Zwar haben zahlreiche Ökonomen in einem 1992 veröffentlichten Memorandum Vorbehalte gegen die Währungsunion formuliert. Die darin geäußerte Befürchtung möglicher Inflationsgefahren im Währungsraum hat sich bislang allerdings nicht bewahrheitet und hat mit der Krise der Währungsunion nichts zu tun.

### **EIN KURZER AUSBLICK AUF DIE WEITERENTWICKLUNG DER WÄHRUNGSUNION**

In Politik, Wirtschaft und Wissenschaft besteht Einigkeit, dass die Währungsunion einer grundlegenden Reform bedarf, wenn ihr dauerhaftes Überleben gesichert und zukünftige Krisen vermieden werden sollen. Ganz und gar keine Einigkeit besteht aber über die konkreten Maßnahmen und Schritte, die die Politik umsetzen soll und kann. Vielmehr existiert ein umfangreiches Sammelsurium von – sich zum Teil widersprechenden – Einzelmaßnahmen und in sich konsistenten, aber unterschiedlichen Reformagenden.

Zu den m.E. wichtigsten, umfassenden Veröffentlichungen gehören: die Analyse von Brunnermeier, James und Landau (2016) der unterschiedlichen politischen Interessenlagen und ideologischen Einstellungen zum Euro in den einzelnen Mitgliedsländern; der wie gewohnt pointiert und meinungsstark präsentierte 15-Punkte-Plan zur Neugründung Europas durch Sinn (2015; 2016), die eher pragmatische und in einem 5-Punkte-Plan kondensierte Sichtweise von Fuest und Becker (2017), die einschlägigen Ausführungen des Sachverständigenrates (2012; 2015) und schließlich die Überlegungen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Währungsunion (2017a; 2017b).

Um die unterschiedlichen Einzelmaßnahmen und Reformvorschläge zu ordnen, bedarf es eines übergreifenden Ordnungskriteriums. So sind zum Beispiel Eurobonds von vornherein weder gut noch schlecht. Ihre Beurteilung hängt vielmehr von den institutionellen Rahmenbedingungen ab, in die Eurobonds eingebettet sind. Die **Einheit von Haftung und Kontrolle** ist dabei der zentrale Grundsatz, aus dem heraus unterschiedliche, aber jeweils stabile Institutionen für die Währungsunion abgeleitet werden können. Immer dann, wenn eine Entscheidungsebene wirtschaftspolitische Maßnahmen kontrolliert, aber eine andere Ebene haf-

tet und somit die Konsequenzen trägt, kommt es zu Fehlanreizen, Verteilungskonflikten und politischen Spannungen.

In Reinform gewährleisten zwei polare institutionelle Konstellationen den Grundsatz der Einheit von Haftung und Kontrolle:

1. eine Fiskalunion bzw. eine politische Union;
2. ein striktes Subsidiaritätsprinzip (»Maastricht 2.0«).

### **Fiskalunion/politische Union**

In einer konsequent ausgestalteten Fiskalunion auf Ebene der Währungsunion würden neben der Geldpolitik auch die Fiskalpolitik sowie ggf. weitere wirtschaftspolitische Handlungsfelder auf die europäische Ebene verlagert. Kontrolle und Haftung lägen also in einer, der europäischen Hand. Auf Ebene der EU entspräche dem eine politische Union, in der eine europäische Zentralinstanz auch über andere Politikbereiche entscheiden würde.

Integraler Bestandteil einer konsequenten Fiskalunion wäre dabei ein sehr weitgehender Verzicht auf nationale Steuer- und Haushaltsautonomie. Über zentrale Parameter der Steuer- und Verschuldungspolitik würde dann auf europäischer Ebene entschieden. Eurobonds wären in diesem institutionellen Umfeld ebenso konsequent wie eine Art europäischer Finanzausgleich zur Abfederung asymmetrischer Schocks. Auch eine europäische Arbeitslosenversicherung würde in diesen Rahmen passen, sofern auch die Arbeitsmarktpolitik zentralisiert würde.

Die Konsequenzen eines solchen Umbaus der Währungsunion/EU wären gewaltig: Die Europäischen Verträge müssten geändert werden, verbunden mit Referenden in einigen Mitgliedstaaten. In Deutschland müsste über eine Volksabstimmung ein neues Grundgesetz beschlossen werden. Ein Verzicht auf nationale Steuer- und Haushaltsautonomie wäre unvereinbar mit dem mit einer »Ewigkeitsgarantie« versehenen Art. 20 Abs. 2 GG, demzufolge alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Schließlich müsste eine politische Union mit einem »echten« Europäischen Parlament demokratisch legitimiert werden, ohne dass, wie im Lissabon-Vertrag, die Stimmen kleiner Länder höher gewichtet werden als die der großen Länder (vgl. etwa Müller und Richter 2017).

### **Subsidiaritätsprinzip (»Maastricht 2.0«)**

Die strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips stellt einen zweiten institutionellen Ordnungsrahmen dar, der die Einheit von Haftung und Kontrolle gewährleistet. Der Sachverständigenrat hat diese Konstellation unter dem Stichwort »Maastricht 2.0« zusammengefasst (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2012; 2015).

Fiskal- und Wirtschaftspolitik verbleiben in diesem Fall so weit wie möglich in nationaler Souveränität. Dies gilt insbesondere für die **Fiskalpolitik**. Uner-

lässlich ist in diesem Rahmen die strikte Einhaltung der No-Bailout-Klausel des Art. 125 AEUV. Die Schuldenbegrenzungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalpakts müssen beachtet und Verstöße sanktioniert werden. Es muss glaubwürdig sicher gestellt sein, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Konsequenzen einer unsoliden Haushaltspolitik selbst zu tragen haben. Eurobonds mit gemeinschaftlicher Haftung wären in diesem institutionellen Rahmen ein Fremdkörper.

Allerdings können Krisen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Deshalb bedarf es ergänzend eines **Krisenmechanismus** im Umgang mit Liquiditäts- und Solvenzkrise von Staaten. Dazu gehört ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten mit einer glaubwürdigen Verlustbeteiligung von Gläubigern. Auch könnte dann der ESM zu einem Europäischen Währungsfonds erweitert werden. Schließlich sollte bei wiederholten und schweren Verstößen gegen die Fiskalregeln als Ultima Ratio der Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Währungsunion möglich sein.

Auch in einem auf Subsidiarität ausgerichteten Ordnungsrahmen bedarf es einer auf europäischer Ebene angesiedelten Entscheidungskompetenz. So ist zur Sicherung der Stabilität des privaten Finanzsystems eine **europäische Bankenunion** mit gemeinschaftlichen Aufsichts- und Abwicklungsmechanismen sinnvoll und erforderlich. Ganz zentral ist dabei die Abschaffung der Privilegierung von Staatsanleihen im Rahmen des Basel-Regelwerks (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2014). Hingegen ist eine gemeinschaftliche Einlagensicherung eher kritisch zu beurteilen. Auch sollte die Ansiedlung der einheitlichen Bankenaufsicht bei der EZB mittelfristig geändert werden.

### Wohin steuert die Währungsunion?

Kann man davon ausgehen, dass eine dieser beiden polaren Reformoptionen in absehbarer Zeit realisiert wird?

Bei beiden Konstellationen ist Skepsis angebracht. Für geradezu ausgeschlossen halte ich die Realisierung einer konsequenten Fiskalunion oder gar einer politischen Union in einem überschaubaren Zeitraum von bis zu 20 Jahren. Unabhängig von den auf »technischer« Ebene angesiedelten Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Reformoption in europäisches und nationales Recht fehlt auf absehbare Zeit in eigentlich allen Mitgliedstaaten der politische Wille, tatsächlich auf Entscheidungsautonomie in Steuer- und Haushaltsfragen zu verzichten.

Zwar sind die Perspektiven für die zweite Reformoption etwas günstiger, da viele Reformmaßnahmen der letzten Jahre eher auf diesen Ordnungsrahmen zielen. Das gilt etwa für den Fiskalpakt, für die europäische Bankenunion oder auch die verpflichtende Aufnahme von Collective Action Clauses in die Emissionsbedingungen von Staatsanleihen. Gleichwohl ist

auch hier Skepsis angebracht, da die aktuelle Diskussion eine Reihe von Maßnahmen beinhaltet, die dem Grundsatz der Einheit von Haftung und Kontrolle zuwider laufen. Das gilt etwa für die Pläne zu einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung, jedenfalls dann, wenn die Arbeitsmarktpolitik in nationaler Entscheidungsautonomie verbleibt (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2016).

Einer Vermengung der beiden Reformoptionen derart, dass die Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene verbleibt, die Haftung aber auf die europäische Ebene verschoben wird, wäre die ungünstigste Entwicklungsperspektive für die Währungsunion. Leider ist genau das nicht auszuschließen.

### ABSCHLIESSENDE BEMERKUNG

Auch wenn die Politik in den vergangenen Jahren durchaus vernünftige Reformschritte zur Stabilisierung der Währungsunion eingeleitet hat: Bislang war es vor allem die EZB, die mit umstrittenen Ankündigungen und Maßnahmen ganz wesentlich zum Bestand der Währungsunion beigetragen hat. Aber das kann keine Dauerlösung sein. Die Politik muss entscheiden, wohin die Reise geht. Man muss anerkennen, dass dies weit schwieriger und mühsamer ist als das Entwerfen von Reformagenden auf dem Reißbrett.

Trotz gewisser Skepsis, bleibt die Hoffnung, dass die politischen Entscheidungsträger in der Währungsunion langfristig dem Leitmotiv der Einheit von Haftung und Kontrolle Rechnung tragen werden und so die Zukunft des Euro sichern. Vielleicht bewahrheitet sich dann auch die Vision von Georg Kreisler:

*Einmal wird der Eiffelturm nicht mehr sein  
Und wo jetzt der Louvre steht, wächst der Wein  
Nur der Euro, der bleibt  
Weil den nix mehr vertreibt  
Der wird oll's überleben, der allein!  
Unser Wiener Stephansdom, der fällt um  
Und wo jetzt die Oper ist, dort sans stumm  
Nur der Euro bleibt stehn  
Von Berlin bis Athen  
Tanzt der Euro um Alle herum!*

(Auszug aus: Der Euro (1997) von Georg Kreisler)

### LITERATUR

Brunnermeier, M.K., H. James und J.-P. Landau (2016), *The Euro and the Battle of Ideas*, Princeton University Press, Princeton, Oxford.

Europäische Kommission (2017a), *Weißbuch zur Zukunft Europas, die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien*, Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2017b), *Reflection Paper on the Deepening of the Economic and Monetary Union*, Europäische Kommission, Brüssel.

Fuest, C. und J. Becker (2017), *Der Odysseus Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Euro-Krise*, Hanser Verlag, München.

Müller, H. und W. Richter (2017), »Europa am Scheideweg – ein Vorschlag zur politischen Weiterentwicklung«, *Wirtschaftsdienst* 97(7), 484–489.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012), *Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13*, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), *Konsequenzen aus der Griechenland-Krise für einen stabileren Euro-Raum*, Sondergutachten, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Sinn, H.-W. (2015), *Der Euro. Von der Friedensidee zum Zankapfel*, Hanser Verlag, München.

Sinn, H.-W. (2016), *Der schwarze Juni, Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt*, Herder Verlag, Freiburg.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2014), *Der Staat als privilegierter Schuldner – Ansatzpunkte für eine Neuordnung der öffentlichen Verschuldung in der Europäischen Währungsunion*, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen Berlin.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2016), *Zwischen Fiskalunion und politischer Eigenverantwortung. Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung*, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Christoph Kaserer\*

## Reformen im Banken- und Finanzsektor – eine internationale Perspektive

### DIAGNOSE

Vor ziemlich genau zehn Jahren haben sich die ersten Verbote der Finanzmarktkrise angekündigt. Die IKB gab am 30. Juli 2007 überraschend eine Gewinnwarnung im Zusammenhang mit ihrem ABS-Portfolio heraus und musste wenige Tage später von der Bundesregierung gerettet werden. Eine Maßnahme im Übrigen, die den Steuerzahler rund 10 Mrd. Euro gekostet hat und damit voraussichtlich nach der HRE die teuerste Bankenrettung der hiesigen Nachkriegsgeschichte darstellt. Die internationalen Kapitalmärkte reagierten einigermaßen besorgt auf diese Nachricht, nicht zuletzt, weil der Preisverfall am US-amerikanischen Immobilienmarkt zu diesem Zeitpunkt schon in vollem Gange war und niemand genau überblicken konnte, welche Folgen dies haben werde.

Jedenfalls musste die BNP Paribas am 8. August 2007 wegen außergewöhnlicher Mittelabflüsse drei Geldmarktfonds vorübergehend einfrieren. Der LIBOR-Satz schnellte innerhalb weniger Tage um mehr als 50 Basispunkte nach oben, und die implizite Volatilität im S&P500 sprang von unter 20 auf über 30%. Nach der Rettung der IKB und diversen Offenmarktoperationen der Notenbanken beruhigte sich die Lage allmählich und bis zum Jahresende war wieder trügerische Normalität eingekehrt.

Aus heutiger Sicht ist es interessant festzuhalten, dass sich in der eigentlichen Finanzmarktkrise, die mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 begann, die Mechanismen, die man bereits in der Krise im August 2007 erkennen konnte, wiederholten – wenngleich in sehr viel größerem Stile. Da in diesem Beitrag nicht der Platz ist, die Ursachen und Wirkungsmechanismen, die ab September 2008 zu einer der größten Finanzmarktkrisen aller Zeiten geführt haben, im Detail aufzuarbeiten, möchte ich mich auf eine zentrale, die späteren regulatorischen Eingriffe dominierende Wirkungskette beschränken. Diese kam sowohl im August 2007 als auch ab September 2008 zum Tragen.

Der erste Teil dieser Wirkungskette bestand in einem institutionellen Run auf viele Banken, der dadurch ausgelöst wurde, dass insbesondere Geldmarktfonds ihre auslaufenden Bankschuldverschreibungen (einschließlich der ABS-Papiere) nicht mehr durch neue Käufe ersetzten. Dies wurde wiederum durch eine große Ungewissheit am Markt hinsichtlich der Frage, wer eigentlich von den Verlusten am US-amerikanischen Immobilienmarkt in welcher Höhe betroffen war, verursacht. Wegen

\* Prof. Dr. Christoph Kaserer ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzmanagement und Kapitalmärkte, Technische Universität München.

der umfangreichen und komplizierten Verbriefungen (Stichwort Subprime-Papiere), aber auch aufgrund von Risikotransfermechanismen (Stichwort Credit Default Swaps), fehlte diesbezüglich Transparenz. Dies führte zu einem Generalverdacht gegenüber den Banken und damit zu einem systemweiten Mittelabzug. Hinzu kam im Übrigen, dass insbesondere US-amerikanische Geldmarktfonds selbst Ziel eines Runs waren, weil sie häufig den Nominalwert ihrer Einlagen garantiert hatten und es somit die Befürchtung unter den Anteilsinhabern gab, dass diese Garantie in der Krise nicht halten würde.

Ausgelöst durch diesen Liquiditätsentzug setzte sich die Wirkungskette in einem zweiten Teil fort. Viele Banken sahen sich gezwungen, Liquidität auf anderen Wegen, also insbesondere durch die Veräußerung von Vermögenswerten, zu beschaffen. Dies führte auf den Wertpapiermärkten zu erheblichem Preisdruck, der wiederum negativ auf die Solvabilität der Banken zurückschlug. Gleichzeitig war in dieser Krisensituation eine Erhöhung der Eigenmittel durch die Banken faktisch nicht darstellbar, so dass sie nur über eine Einschränkung der Kreditvergabe eine Reduktion ihrer Verschuldung (Deleveraging) erreichen konnte. Tatsächliche oder befürchtete Finanzierungsprobleme der Realwirtschaft waren die Folge, die wiederum zu einem abrupten Stopp vieler Investitionsprojekte führten. Damit hatte man es mit einer systemischen Krise zu tun, die nicht nur viele Banken an den Rand ihrer Überlebensfähigkeit brachte, sondern sich insbesondere auch in äußerst negativer Weise auf die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten auswirkte. Durchbrechen werden konnte diese Spirale kurzfristig nur durch massive staatliche Interventionen, die den Investoren wieder das Vertrauen in den Bankensektor zurückgab.

## THERAPIE

Vor diesem Hintergrund haben die G-20-Länder umfangreiche – und in diesem Ausmaß historisch einmalige – Finanzmarktreflexen beschlossen. Zur Unterbindung des oben beschriebenen Wirkungsmechanismus sollten Banken über ein höheres und qualitativ besseres Eigenkapital widerstandsfähiger und Verbriefungs- und Derivatmärkte transparenter gemacht werden. Zudem sollte künftig verhindert werden, dass die Verflechtung des Bankensektors mit sogenannten Schattenbanken – in der Finanzmarktkrise waren das insbesondere die Geldmarktfonds – die systemischen Risiken verschärft.

Letztlich können die großen Regelwerke (Basel III, EMIR, MiFID II, Bankenunion), die man national und international seither auf den Weg gebracht und zu großen Teilen auch umgesetzt hat, als Versuch interpretiert werden, diese Ziele zu erreichen.

## WIRKUNG

Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Regelwerke in den letzten Jahren den Bankensektor insbesondere

in Europa stark verändert haben. So ist nach einer von uns durchgeführten Untersuchung die Eigenmittelquote von 146 mittleren und großen Banken in der Eurozone von 8% im Jahr 2007 auf 18% im Jahr 2016 gestiegen. Die Kernkapitalquote deutscher Banken lag 2016 bei 15,7% im Vergleich zu 8,8% im Jahr 2007. Ebenso bemerkenswert ist der Umstand, dass es offensichtlich auch zu einer Veränderung der Geschäftsmodelle gekommen ist. Während die Banken der Eurozone im Jahr 2007 noch 50% ihrer Erträge aus kreditfremdem Geschäft erwirtschaftet haben, ist dieser Anteil im Jahr 2016 auf 40% gesunken. Es ist zu vermuten, dass hierfür auch die rückläufige Bedeutung des Investmentbankings verantwortlich ist. Passend dazu zeigt sich in den USA ein sehr viel weniger ausgeprägter Rückgang. Das kreditfremde Geschäft hatte dort im Jahr 2007 einen Anteil von 54%, 2016 lag dieser bei 48%.

Man mag diese Resultate als erfreulich beurteilen. Aber man sollte dabei nicht vergessen, dass sie mit einem hohen Preis einhergehen. Die Profitabilität der europäischen Banken ist nämlich seit Jahren besorgniserregend schlecht. So lag die Eigenkapitalrendite der Banken in der Eurozone 2007 bei 13,1%. Im Jahr 2016 war sie bei 3,4%; und das ist schon eine Verbesserung, denn in den davorliegenden Jahren war sie zumeist noch schlechter.

Man sollte allerdings vorsichtig sein und diese Probleme keineswegs nur als eine Folge der seit 2009 umgesetzten Regulierungsmaßnahmen betrachten. Die Banken haben es neben den regulatorischen mit mindestens zwei weiteren großen Herausforderungen zu tun. Da ist erstens die Digitalisierung zu nennen, die das Geschäftsmodell der Banken stark verändert und die hohe Ausgaben für IT-Infrastruktur und -Personal erfordert. Und zweitens wirkt sich auch die Niedrigzinspolitik negativ auf die Bankerträge aus. Dabei könnte man geneigt sein, auch diesen Effekt als eine Folge der Finanzmarktkrise zu betrachten. Tatsächlich ist das aber bestenfalls die halbe Wahrheit. Die Zinsmarge im deutschen Bankensektor ist nämlich schon seit den 1980er Jahren rückläufig. Und vermutlich hätten wir auch dann niedrige, wenngleich nicht so niedrige Zinsen, wenn es kein *Quantitative Easing* geben würde. Dies wird jedenfalls von jenen Leuten behauptet, die die aktuell niedrigen Zinsen in erster Linie als die Folge weltwirtschaftlicher und demographischer Entwicklungen (*secular stagnation*) betrachten.

Unabhängig davon kann man aber festhalten, dass die Regulierungswelle, die als Folge der Finanzmarktkrise in Gang kam, im europäischen Bankensektor im Hinblick auf seine Eigenkapitalquoten und seine Geschäftsmodelle schon deutliche Spuren hinterlassen hat. Während die Erhöhung der Eigenkapitalquoten das dezidierte Ziel der Basel-III-Regulierung war, ist das Ergebnis hinsichtlich der Veränderung der Geschäftsmodelle weniger klar. Zwar mag man den Rückgang des kreditfremden Geschäfts als eine Verminderung der in den Bankbilanzen liegenden Risiken interpretieren, wenngleich selbst dieser Schluss auf der Basis der



Christoph Kaserer



heute vorliegenden Zahlen noch nicht in zuverlässiger Weise gezogen werden kann. Aber selbst dann wäre die Frage noch nicht beantwortet, wie die Wertschöpfung der Banken in Zukunft aussehen wird. Eine Situation, in der die Banken nicht in der Lage sind, ihre Kapitalkosten zu erwirtschaften, ist jedenfalls nicht nachhaltig und bedroht auch die Rolle der Banken dort, wo sie unbestritten gesamtwirtschaftlich wichtig ist.

Und schließlich ist zu beachten, dass es Bereiche gibt, die zwar auf der Agenda der Finanzmarktreformen standen, bei denen aber bis heute nur wenig Bewegung in die gewünschte Richtung zu erkennen ist. Hier muss man zuallererst die »Too-big-to-fail«-Problematik nennen. So gibt es unter den großen international agierenden Banken nur wenige, die ihre Bilanzsumme im Vergleich zum Jahr 2007 tatsächlich verkleinert haben. Hier kann man die Deutsche Bank oder auch Barclays nennen. Die meisten anderen Großbanken haben seit ihrer Bilanzsumme deutlich ausgeweitet. In besonders massiver Weise ist das bei den chinesischen Banken passiert, aber auch bei US-amerikanischen, britischen und französischen Großbanken lässt sich dies erkennen.

Zu diesem Befund passt auch der Umstand, dass sich der Marktanteil der fünf größten Banken im Euroraum, aber auch in der EU, seit 2007 kontinuierlich erhöht hat. Insgesamt ist der Bankensektor heute konzentrierter, als er vor der Finanzmarktkrise war. Unter betriebswirtschaftlichen Überlegungen ist dieses Ergebnis nicht überraschend. Denn sowohl die Digitalisierung als auch die zunehmende Regulierung führen letztlich nur dazu, dass zusätzliche Kostendegressionen erzeugt werden. Dies muss zwangsläufig zu einer Konsolidierung des Marktes führen. Hierfür gibt es zwar in manchen Ländern, so auch in Deutschland, rechtliche oder politische Hürden, aber langfristig wird dieser Trend nicht aufzuhalten sein.

Hinzu kommt, dass sich an den politikökonomischen Anreizen, die für die »Too-big-to-fail«-Problematik mindestens ebenso verantwortlich sind wie ökonomische Zwänge, überhaupt nichts verändert hat. Ein gutes Beispiel hierfür ist das jüngste Bankenrettungspaket der italienischen Regierung vom Juni 2017. Zwar machen die Regeln, die durch die Bankenrestrukturierungsrichtlinie in der EU geschaffen wurden, eine politische Intervention schwieriger, sie können sie aber letztlich nicht verhindern. Der Anreiz seitens der Politik, den Zusammenbruch einer Bank dann zu verhindern, wenn hiervon eine größere Zahl von Sparern betroffen wäre, ist einfach zu groß, als dass er sich durch allgemeine Regeln verhindern ließe. Jenseits der Risiken für den Steuerzahler ist dies auch deshalb gefährlich, weil damit privatwirtschaftliche Kontrollanreize reduziert werden.

## WÜRDIGUNG

Abgesehen von dem Befund, dass die Fortschritte im Bereich der »Too-big-to-fail«-Problematik eher zwei-

felhaft sind, stellt sich die viel grundsätzlichere Frage, wie die Regulierungswelle im Bereich der Finanzmärkte unter ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen ist. Immerhin zeigen die aktuellen Diskussionen nicht nur in den USA, dass mögliche Nachteile stärker in den Fokus rücken. Hierzu möchte ich kurz fünf – aus meiner Sicht wesentliche – Punkte diskutieren.

Erstens sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die wichtigste ökonomische Rechtfertigung der Bankenregulierung in dem potenziellen Marktversagen besteht, das in seiner Fristen- bzw. Liquiditätstransformationsfunktion, also die Umwandlung von kurzfristigen liquiden Einlagen in langfristige illiquide Finanzierungszusagen, begründet ist. Natürlich würde eine Einschränkung dieser Liquiditätstransformation, die Stabilität des Bankensektors erhöhen. Sie würde aber auch seine wirtschaftliche Rolle in Frage stellen und damit auch den Wohlfahrtsbeitrag, den der Bankensektor leistet, mindern. Daher sind regulatorische Eingriffe an dieser Stelle mit Bedacht zu wählen. Dies gilt etwa für die neuen Fristentransformationsregeln, die durch die Implementierung von Basel III kommen. Es muss hier sehr genau beobachtet werden, wie sich dadurch die Finanzierungsangebote der Banken ändern werden.

Zweitens zeigt sich, dass die Grenzen des Regulierungsperimeters immer weiter gezogen werden. Natürlich muss verhindert werden, dass Schattenbanken in ähnlicher Weise Liquiditätstransformation betreiben wie Banken. Wenn sie dies tun, müssen sie wie Banken reguliert werden. Wenn nicht, steht die Forderung, sie der Bankenregulierung zu unterwerfen, auf wackeligen Beinen. Zudem treten dann Konflikte in der Abgrenzung von Banken-, Kapitalmarkt- und Versicherungsregulierung auf. Insgesamt gibt es damit die Gefahr einer Mehrfachregulierung des gleichen Geschäfts.

Dieser Aspekt führt zu einem dritten Punkt, der erst in jüngerer Zeit etwas mehr Beachtung findet. Regulierung erzeugt immer Substitutionseffekte. Und wenn an sehr vielen verschiedenen Stellen gleichzeitig reguliert wird, gibt es offensichtlich die Gefahr, dass ungewollte Substitutionseffekte die Wirkung der Regulierung an anderer Stelle aushebeln. Dieser Diskussion, die unter dem Stichwort »kumulative Effekte« läuft, sollte ein breiterer und unvoreingenommener Raum gegeben werden. Das Beispiel der Regulierung der Verbriefungsmärkte, bei der es zu Beginn zu klaren Widersprüchen zur Regulierung der Liquiditätshaltung der Banken gekommen ist, hat gezeigt, welche Gefahren es hier gibt. Eine umfassende Analyse und Diskussion dieser möglichen negativen kumulativen Effekte steht bis heute aus.

Viertens muss man festhalten, dass das Projekt der Bankenunion, das in der EU ein wesentlicher Teil der Finanzmarktreformen war, bis heute insoweit nicht den gewünschten Erfolg hatte, als es nach wie vor kaum Banken mit echten europaweiten Geschäftsmodellen gibt. Banken haben nach wie vor eine starke nationale Verankerung. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, zu



denen nicht zuletzt auch die Interessen der nationalen Aufsichtsbehörden gehören. Ein wichtiges Element zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors, insbesondere soweit es Großbanken betrifft, bestünde in einer besseren internationalen Diversifikation. Zu dieser ist es bislang innerhalb der EU kaum gekommen, und es ist höchste Zeit, die hierfür maßgeblichen Gründe zu identifizieren und zu beseitigen.

Unter diesem Stichwort muss fünftens auch über eine bessere Diversifikation der Unternehmensfinanzierung nachgedacht werden. Die verheerenden gesamtwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise in Europa sind auch dem Umstand geschuldet, dass der Bankensektor eine zu dominante Rolle in der Unternehmensfinanzierung spielt. Daran hat sich seit der Krise wenig geändert. Mit dem Projekt der Kapitalmarktunion hat man zwar ein weiteres Regulierungswerk auf europäischer Ebene auf den Weg gebracht, dieses blendet aber einen der wichtigsten Aspekte, nämlich die Größe und Struktur der privaten Altersvorsorge, völlig aus. Hinzu kommen andere kontraproduktive Maßnahmen, wie etwa die Diskussion um die Finanztransaktionssteuer oder die nach wie vor bestehenden Defizite in der Unternehmenskontrolle, die kaum dazu geeignet sind, die europäischen Kapitalmärkte zu stärken.

Zusammenfassend kann man festzuhalten, dass wir seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im September 2008 einen weiten Weg gegangen sind. Die ergriffenen, äußerst umfangreichen Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Finanzmärkte haben zumindest insoweit einen Fortschritt gebracht, als die Banken heute eine wesentlich höhere Eigenkapitaldecke haben. Ob sie allein damit schon widerstandsfähiger als im Jahr 2008 sind, bleibt angesichts der mangelnden Profitabilität, unter der gerade die europäischen Banken leiden, zu bezweifeln. Zwar sind diese Anpassungsprobleme auch durch technologische Umwälzungen bedingt. Jedoch werden ihre Bewältigung durch eine detailversessene, teilweise widersprüchliche und von nationalen Interessen zerfranzte Regulierung nicht einfacher gemacht.

*Daniel Stelter\**

## Eiszeit in der Weltwirtschaft Die nicht verstandene Krise

Auch zehn Jahre nach Beginn der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit gibt es kein gemeinsames Verständnis für die Ursachen der Krise. Da wird über die »Finanzkrise« gesprochen, ausgelöst von zweifelhaften Krediten im US-Immobilienmarkt, die als Wertpapiere verpackt über allerlei Umwege in den Portfolios der Investoren in aller Welt – vor allem in Deutschland – landeten. Da wird von der »Eurokrise« gesprochen, deren Ursache man gern in der überbordenden Staatsverschuldung einzelner Sünderländer verortet, die über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Die Wahrheit ist eine andere: Beides, die Finanz- wie die Eurokrise, sind Überschuldungskrisen gewesen und sind das immer noch. Seit Mitte der 1980er Jahre haben wir es weltweit, vor allem in den USA, Europa und Japan mit einer explodierenden Verschuldung von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen zu tun. In den 20 Jahren bis zum Krisenausbruch 2007 haben sich die Schulden relativ zum Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt. Real haben Unternehmen mehr als dreimal so viele Schulden wie zuvor, Staaten mehr als viermal und private Haushalte mehr als sechsmal so viel.

Schuld an dieser Entwicklung waren Politiker und Notenbanker. Durch den Eintritt Chinas und Osteuropas in den Weltmarkt kam es zu einem Angebotschock auf dem Arbeitsmarkt. Hunderte von Millionen Menschen waren und sind bereit, für deutlich weniger Geld deutlich länger und härter zu arbeiten. In der Folge kamen Arbeitsplätze und Löhne in den westlichen Industrienationen unter Druck. Die richtige Antwort wären Investitionen in Bildung und Innovation gewesen. Leichter und schneller war es da, fehlende Einkommenszuwächse mit billigen Krediten (USA) und staatlichen Sozialprogrammen (Europa) zu kompensieren.

Im Bestreben, die Wirtschaft zu beleben, wurde auf immer mehr Schulden gesetzt. Regulierungen wurden gelockert, während die Notenbanken angesichts tiefer Inflationsraten (ausgelöst durch den Angebotschock Millionen neuer Arbeitskräfte) begannen, mit immer tieferen Zinsen eine befürchtete Deflation zu bekämpfen.

Kam es zu Problemen an den Finanzmärkten (u.a. Schieflage des Hedgefonds LTCM, Russlandkrise, Asienkrise, Dot-Com-Blase, Anschläge vom 11. September), reagierten die Notenbanken, allen voran die US-Fed,

\* Dr. Daniel Stelter ist Makroökonom und Gründer des Diskussionsforums »Beyond the Obvious«. Von 1990 bis 2013 war Stelter Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group (BCG), zuletzt als Senior Partner, Managing Director und Mitglied des BCG Executive Committee. Von 2003 bis 2011 verantwortete er weltweit das Geschäft der BCG-Praxisgruppe Corporate Development (Strategie und Corporate Finance).



Daniel Stelter

mit Zinssenkungen, ohne die Zinsen anschließen wieder ausreichend zu erhöhen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kritisiert dieses »asymmetrische Verhalten« schon lange.

Belohnt wurde, wer Schulden machte, und es ist kein Wunder, dass jeder vierte der reichsten 400 US-Amerikaner mit »Investments«, also der Spekulation auf Kredit, sein Vermögen gemacht hat.

2008 war es dann so weit. Die Welt schien am Ende der Verschuldungskapazität angelangt. Der »Minsky-Moment« war erreicht, der Zeitpunkt, zu dem schuldenfinanzierte Blasen platzen – benannt nach dem verstorbenen US-Ökonomen Hyman Minsky, den zu Lebzeiten keiner der Akteure ernst nahm und dessen Gedanken auch heute viel zu wenig Beachtung finden. Statt anzuerkennen, dass die schuldenfinanzierte Wohlstandsilusion an ihre Grenzen stößt, wurde alles getan, um die Verschuldungskapazität zu erhöhen und eine weitere Runde mit noch mehr Schulden anzustoßen.

### **DIE SCHULDEN WACHSEN WEITER**

Die Verschuldungskapazität hängt vom beleihungsfähigen Eigenkapital oder Einkommen und von den Zinsen ab. Je höher das Eigenkapital und das Einkommen und je tiefer die Zinsen, desto mehr Schulden lassen sich schultern. 2008 stiegen die Kosten für Kredite drastisch, nicht zuletzt, weil das Vertrauen der Kreditgeber in die Zahlungsfähigkeit der Schuldner deutlich zurückging. Zugleich verfiel der Wert des Eigenkapitals, und die Einkommensaussichten verschlechterten sich wegen der sich abzeichnenden Rezession. Was bei moderater Verschuldung im Einzelfall ärgerlich ist, erweist sich bei zu hoher Verschuldung als Brandbeschleuniger für eine große Depression. Keiner hat das besser beschrieben als Irvin Fisher im Jahr 1933 in seiner »Debt-Deflation-Theory of Great Depressions«. In der Tat waren wir 2008 auf dem besten Weg, eine Weltwirtschaftskrise wie in den 1930er Jahren zu erleben. Der Absturz war anfangs sogar weit dramatischer als 80 Jahre zuvor.

Richtigerweise haben die Verantwortlichen alles darangesetzt, dies zu verhindern. Mit staatlichen Konjunkturprogrammen und Null- und Negativzins haben sie die Verschuldungskapazität wiederhergestellt. Vermutlich hätte es dennoch nicht gereicht, wäre China nicht mit einem gigantischen schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm eingesprungen. Damit wurde nicht nur die Schuldentragfähigkeit im Westen erhöht, sondern zugleich noch neue Verschuldungskapazität in der Welt mobilisiert.

Mit erheblichem Erfolg! Weltweit ist die Verschuldung auf über 325% des BIP gestiegen, 50 Prozentpunkte mehr als noch 2007. Angetrieben vom billigen Geld aus den USA und Europa wurde überall auf Pump gelebt. China bleibt dabei mit einer Vervierfachung der Verschuldung seit dem Jahr 2000 und einem Anstieg von rund 120% des BIP auf über 280% einsamer Spitzenreiter.

Politiker und Notenbanker haben es also geschafft, die weltweite Verschuldungskapazität durch Erhöhen der Anzahl der Schuldner und das Senken der Finanzierungskosten nochmals deutlich auszuweiten. Damit wurde die Politik, die uns in die Krise von 2008 geführt hat, noch konsequenter fortgesetzt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir vor dem nächsten »Minsky-Moment« stehen, dann allerdings mit noch mehr Schulden und schon rekordtiefen Zinsen.

Kein Wunder, dass schon nach der nächsten Möglichkeit gesucht wird, die Verschuldungskapazität zu erhöhen. Nichts anderes steht hinter den Rufen nach einem Euro-Finanzminister und mehr »Solidarität« Deutschlands. Es geht nur um eines: mehr Schulden zu ermöglichen, um das System noch eine Runde weiter zu bekommen.

### **KEINE SCHMERZFREIEN LÖSUNGEN**

Es ist Zeit, dass wir unsere Wirtschaftspolitik grundlegend hinterfragen. Seit Mitte der 1980er Jahre setzen wir darauf, mit Schulden kurzfristiges Wachstum zu erzielen. Dabei nimmt die Produktivität der neuen Schulden stetig ab. Nachdem jahrzehntelang die Wirtschaft im Einklang mit der Verschuldung wuchs, werden heute weltweit immer mehr Schulden gebraucht, um überhaupt noch Wachstum zu erzielen. Die Ursache liegt in der überwiegend unproduktiven Verwendung der Schulden. Wir kaufen uns damit gegenseitig vorhandene Vermögenswerte zu immer höheren Preisen ab. Im Unterschied zu Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen wächst dadurch die Wirtschaft jedoch kaum, wenn man von dem Zusatzkonsum durch den Reichtumseffekt steigender Vermögenspreise absieht.

Ermöglicht wird das Ganze von einem Bankensystem, das fast unbegrenzt neues Geld schöpfen kann, indem es Kredite gewährt. In unserem Geldsystem wird neues Geld überwiegend (zu rund 90%) durch das Bankensystem geschaffen. Steigende Nachfrage nach Vermögenswerten führt dabei zu einem Preisanstieg, der wiederum eine höhere Beleihungskapazität für alle Vermögenswerte ermöglicht. Wir sind damit abhängig von steigenden Vermögenswerten, neuen Schuldnern und immer tieferen Zinsen. Die Zinsen müssen morgen noch tiefer sein, einfach weil sie heute schon tief sind.

Nur mit immer mehr Schulden bleibt das System am Laufen. Das Problem ist dabei, dass wir nicht einfach aufhören können. Die ausstehenden Schulden müssen bedient werden, soll es nicht zum Kollaps kommen. Dies bedingt, dass zumindest in Höhe der Zinsen auf der ausstehenden Schuld neue Schulden aufgenommen werden. Denn woher sonst soll das Geld denn kommen?

Es gibt keinen einfachen Weg aus unserer selbst gewählten Misere. Wir haben uns von der Schuldendroge abhängig gemacht und brauchen eine ständig steigende Dosis. Bleibt sie aus, ist der »Minsky-Moment« da – der ultimative Crash.

Doch wie könnte man mit dem Schuldenüberhang umgehen? Die Optionen sind begrenzt:

- **Tilgung der Schulden durch Sparen:** Was für einzelne Haushalte, Unternehmen und auch Staaten funktionieren kann, funktioniert nicht auf weltweiter Ebene. Jeder Versuch des »Deleveraging« durch gesamtwirtschaftliches Sparen führt zu einem überproportionalen Einbruch der Nachfrage und damit zu einer Rezession, die wiederum den Druck auf die Schuldner erhöht. In der extremsten Version kommt es zu einer Debt-Deflation wie in den USA in der Weltwirtschaftskrise. Wenn überhaupt kommt es zu einem Schuldneraustausch, wo, wie beispielsweise in Spanien seit 2008 und Japan seit 1990 zu beobachten, der Privatsektor Schulden abbaut und sich dafür der Staat (deutlich mehr) verschuldet. Es ist unmöglich, dass wir uns aus dem Schuldenproblem heraussparen.
- **Höhere Wachstumsrate der Wirtschaft:** Am angenehmsten wäre es, wenn es uns gelänge, das Wachstum der Realwirtschaft über die Wachstumsrate der Schulden zu bringen. Dann würden die Schuldenquoten über die Zeit sinken. Leider ist dies aus verschiedenen Gründen nicht realistisch. Neben dem bereits angesprochenen Problem der abnehmenden Produktivität der neuen Schulden haben wir es mit erheblichen Gegenwinden zu tun: In den westlichen Ländern beginnt die Erwerbsbevölkerung zu schrumpfen (Europa, Japan) bzw. zu stagnieren (USA), während gleichzeitig die Produktivitätszuwächse abnehmen. Damit ergibt sich ein geringeres Wachstumspotenzial der Realwirtschaft. Während Ökonomen noch über die Ursachen der geringen Produktivitätszuwächse rätseln, dürfte es unstrittig sein, dass die Politik des billigen Geldes durch die Verhinderung der dringend notwendigen Bereinigung überflüssiger Kapazitäten zu dem Problem beiträgt. Die Schuldenlast macht es so noch schwerer, das erforderliche Wachstum zur Reduktion derselben zu erzielen. Herauswachsen, so schön es wäre, ist somit keine Option.
- **Höhere Inflation:** In der Vergangenheit, so zum Beispiel nach dem Zweiten Weltkrieg, hat man über erhöhte Inflationsraten das Nominalwachstum der Wirtschaft über die Wachstumsrate der Schulden getrieben und auf diese Weise eine Entschuldung realisiert. Wäre Inflation im heutigen Umfeld leicht zu erzielen, so hätten wir sie schon lange. Dem ist aber nicht so. Stattdessen überwiegen die deflationären Kräfte von Überkapazitäten und Überschuldung. Die von den Notenbanken neu zur Verfügung gestellten Mittel bleiben im Bankensystem stecken. Zum einen, weil die Banken selbst noch auf mindestens einer Billion Euro an faulen Krediten sitzen (Europa), zum anderen, weil die potenziellen Kreditnehmer entweder schon verschuldet sind oder aber angesichts der unsicheren Aussichten kein Interesse an weiterer Verschuldung

haben. Ohne eine deutliche Zunahme der Verschuldung und damit der Nachfrage nach Gütern kann es aber keine Inflation geben. Will man in diesem Umfeld Inflation erzeugen, so geht das nur durch eine Erschütterung des Vertrauens breiter Bevölkerungsschichten in das Geld. Dann sprechen wir aber nicht mehr von 4% Inflation, sondern von deutlich höheren Raten. Noch ist eine solche Entwicklung nicht in Sicht, und es bleibt bei der Inflation der Vermögenswerte, getrieben von der Verfügbarkeit billiger Kredite.

- **Schuldenrestrukturierung:** Verbleibt die Möglichkeit geordneter und ungeordneter Schuldenschnitte. Schuldner können ihre Zahlungen einstellen oder Gläubiger und Schuldner einigen sich über einen Schuldenerlass. Doch auch in diesem Szenario verlieren Gläubiger einen Teil ihrer Forderungen. Da dieses Szenario politisch unattraktiv ist, versuchen die Politiker auf Zeit zu spielen und hoffen doch noch auf die Rettung über Wachstum und Inflation. Bis es so weit ist, wird nach weiteren Möglichkeiten gesucht, mit noch mehr Schulden das System am Laufen zu halten.

Vermutlich wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die faulen Schulden bei den einzigen Schuldnern abzuladen, die über eine praktisch unbegrenzte Verschuldungskapazität verfügen: den Notenbanken. Diese sind ohnehin schon dabei, im großen Umfang Forderungen aufzukaufen. Dies müssten sie noch verstärkt tun, und sobald sie einen signifikanten Bestand haben, sollten sie die Forderungen abschreiben und den Schuldnern in einer Art »Jubeljahr« erlassen. Da Notenbanken per Definition nicht illiquide und damit nicht insolvent werden können, bleibt dies wohl der einzige und relativ schmerzfreie Weg der Bereinigung. Japan dürfte uns diesen Weg schon in wenigen Jahren vormachen und dabei die ebenfalls heftig umstrittene Frage beantworten: Gelingt das, ohne zu einer Zerrüttung der Währung durch Hyperinflation zu führen? Vermutlich ja.

## DEPRESSION IN ZEITLUPE STATT GROSSER DEPRESSION

Damit haben wir zwar eine Wiederholung der großen Depression wie in den 1930er Jahren verhindert, jedoch die Krisenursachen nicht bereinigt, sondern, im Gegenteil, die Probleme vergrößert. Wir erleben deshalb eine Depression in Zeitlupe. Der Einbruch war nicht so tief wie in den 1930er Jahren, die Erholung dafür auch deutlich schwächer. In den USA entsprach das Wachstum in den letzten zehn Jahren ziemlich exakt dem Wachstum der Jahre 1929 bis 1938. Auch in Europa liegen die Wachstumsraten deutlich unter dem Vorkrisentrend.

Dass wir in Deutschland von dieser Krise nichts wahrnehmen, ist kein Zeichen der besonderen Solidität der deutschen Wirtschaft. Im Gegenteil. Die Außenhandelsüberschüsse basieren darauf, dass sich unsere Kunden immer mehr verschulden. Spiegelbildlich zu

unseren Handelsüberschüssen gewähren wir unseren Kunden Kredit, was angesichts der Überschuldungssituation keine gute Strategie ist. In einer Welt mit zu vielen Schulden müssen die Gläubiger zwangsläufig verlieren. Hinzu kommt ein Euro, der unzweifelhaft schwächer ist, als es eine Deutsche Mark wäre, und damit die Exporterfolge zusätzlich beflügelt. Die tiefen Zinsen, konsequente Folge der Überschuldung, tragen ebenfalls zur deutschen Wohlstandsillusion bei. Die »Schwarze Null« ist nicht die Folge kluger Politik, sondern günstiger Finanzierungskosten infolge der anhaltend ungelösten Eurokrise. Spätestens in der nächsten Rezession dürfte diese Wohlstandsillusion schmerzhaft platzen. Man denke nur an die über 850 Mrd. Euro zins- und tilgungsfreier Kredite, die wir den Krisenländern gewähren, und die jeden Tag größer werden (Target 2).

### **NUR EINE FRAGE DER ZEIT BIS ZUM NÄCHSTEN KNALL**

Damit ist es nur eine Frage der Zeit, bis die bisher nur unterdrückte und keineswegs bewältigte Krise wie-

der ausbricht. Mit noch höheren Schulden und schon deutlich tieferen Zinsen und aufgeblähten Bilanzen der Notenbanken dürfte es dann noch schwerer werden, die Krise erneut einzudämmen. Noch negativere Zinsen und Helikoptergeld dürften dann zum Einsatz kommen.

Dass die Entscheidungsträger diese Gefahren nicht sehen, ist eher ein Warnsignal. Noch 2007 hielt US-Notenbank-Chef Ben Bernanke, der – obwohl er über die große Depression geforscht hat – die Wiederholung derselben nicht kommen sah, die Subprime-Krise für ein kleines Problem, das die US-Wirtschaft nicht nachhaltig beeinflussen würde. Kürzlich erklärte seine Nachfolgerin Janet Yellen, es gäbe »keine Finanzkrise mehr zu unseren Lebzeiten«. Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Franziska Kugler und Katharina Werner\*

# Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung?

## Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017

Die Digitalisierung verändert und prägt unsere Arbeits- und Lebenswelt zunehmend. Löst dieser Trend bei den Deutschen eher Zuversicht oder Ängste aus? Wie sollte das Bildungssystem ihrer Meinung nach auf die digitalen Veränderungen vorbereiten? Und welche anderen Trends sind in den bildungspolitischen Meinungen der deutschen Bevölkerung zu erkennen? Diesen Fragen widmet sich das ifo Bildungsbarometer 2017, unsere jährliche repräsentative Meinungsumfrage von über 4 000 erwachsenen Personen in Deutschland. In Sachen Digitalisierung zeigen sich die Deutschen überraschend zuversichtlich: 54% sehen sich selbst eher als Gewinner der Digitalisierung, nur 16% sehen sich eher als Verlierer. Eine relative Mehrheit ist auch der Meinung, dass es durch die Digitalisierung insgesamt mehr Gewinner als Verlierer gibt und dass sie eher nicht zu größerer Ungleichheit im deutschen Bildungssystem führen wird. Die Einschätzung, wie viel Unterrichtszeit am Computer verbracht werden sollte, ist in den letzten zwei Jahren gestiegen. Deutliche Mehrheiten gibt es dafür, dass der Bund alle Schulen mit Breitbandinternet und WLAN und alle SchülerInnen mit Computern ausstattet. Auch sind die Deutschen mehrheitlich der Meinung, dass die Schulen digitale Kommunikationswege nutzen sollten, um Eltern und SchülerInnen über Tests und Prüfungsergebnisse zu informieren, und dass schon die Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen vermitteln sollten. Kritischer sind die Deutschen hingegen bei der Vermittlung von Digitalkompetenzen im Kindergarten und bei der Nutzung von Smartphones im Unterricht. Ein zweiter Schwerpunkt des diesjährigen ifo Bildungsbarometers liegt darin, wie sich die Meinung der Deutschen zu bildungspolitischen Themen seit der ersten Befragung 2014 verändert hat. Ansteigende Trends zeigen sich etwa bei der Zustimmung zu höheren Bildungsausgaben und zu deutschlandweiten Abschlussprüfungen. Die Bewertung der Schulen hat sich hingegen im Vergleich zu den Vorjahren etwas verschlechtert. Insgesamt erweisen sich die Meinungen der Deutschen zur Bildungspolitik in den vergangenen vier Jahren aber als erstaunlich stabil.

Das ifo Bildungsbarometer geht in diesem Jahr zum vierten Mal der Frage nach, was die Deutschen über Bildungspolitik denken. Neben der Digitalisierung deckt die Spannweite der behandelten Themen wieder den gesamten Bildungsverlauf ab, darunter die Kindergartenpflicht, die Höhe der Gehälter von Erzie-

herInnen, Ganztagschulen, G8, Inklusion, zweijährige Ausbildungsberufe, Studiengebühren, die Finanzierung der Weiterbildung und Bildungsaspiration. Da in der diesjährigen Befragung einige Fragen aus den Vorjahren wortgleich wiederholt wurden, ist es möglich, Meinungstrends in der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Bildungsthemen über den Zeitraum 2014 bis 2017 darzustellen.

Das Erkenntnisinteresse des ifo Bildungsbarometers ist dabei nicht normativ, sondern positiv: Es wird nicht untersucht, wie Bildungspolitik bestmöglich gestaltet werden sollte, um das Bildungssystem zu verbessern. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, welche Meinungen die Deutschen haben und in welchen Bereichen und unter welchen Umständen sich politische Mehrheiten für oder gegen Bildungsreformen finden.

\* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungsökonomik bearbeiteten Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2), der Deutschen Forschungsgemeinschaft für weitere Unterstützung im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Transregio 190, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Geiss von Kantar Public für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

## Kasten 1

**Methodik der Befragung**

Die Befragung für das vierte ifo Bildungsbarometer wurde vom 28. April bis 11. Juni 2017 durch Kantar Public Deutschland (zuvor TNS Infratest Sozialforschung) unter insgesamt 4 078 Personen durchgeführt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Der Teil der Bevölkerung, der das Internet nutzt (83%), wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Der Teil der Bevölkerung, der das Internet weder beruflich noch privat nutzt (17%), wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen. Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Befragungsart (online oder offline).

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, z.B. mit und ohne Bereitstellung bestimmter Informationen.

Wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die der Grundstichprobe von über 4 000 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 000 Befragten beantwortet werden.

Um die Langlebigkeit von Informationseffekten zu untersuchen, wurden 2 358 TeilnehmerInnen der Online-Stichprobe zu einem späteren Zeitpunkt wieder befragt. Dazu haben wir am Ende der Hauptbefragung die Wiederbefragungsbereitschaft abgefragt und jene Befragte, die mit einer erneuten Kontaktierung einverstanden waren (93%), zur Wiederbefragung eingeladen. Die Wiederbefragung fand zwischen fünf und 41 Tagen nach der Hauptbefragung statt (Median: zwölf Tage). Die Wiederbefragung beinhaltete zehn Fragen der Hauptbefragung, wobei ausschließlich die Fragenversionen ohne neuerliche Informationsbereitstellung verwendet wurden (vgl. Kasten 3).

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr gering. Im Durchschnitt liegt er unter 1%, und bei keiner einzigen Frage übersteigt er 1,5%.

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert (vgl. Wößmann et al. 2016a für eine Analyse der Effekte der Positionierung der neutralen Kategorie auf das Antwortverhalten).

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

Die Ergebnisse zeigen also Bereiche auf, in denen politische Reformen auf öffentliche Akzeptanz treffen und somit leichter umsetzbar sein dürften.

**DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2017**

Das ifo Bildungsbarometer ist eine jährliche, repräsentative Meinungsumfrage unter der deutschen erwachsenen Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen und wird seit 2014 erhoben.<sup>1</sup> Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse des vierten ifo Bildungsbarometers,

das zwischen Ende April und Anfang Juni 2017 mehr als 4 000 Personen befragt hat, präsentiert. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprojekts zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, das untersucht, inwieweit das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlicher Meinung zu Diskrepanzen zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln im Bildungsbereich führt.

Das ifo Bildungsbarometer weist an einigen Stellen die methodische Besonderheit von sogenannten »Survey-Experimenten« auf, um Einflussfaktoren der öffentlichen Meinung zu untersuchen. Dazu werden bei

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der bisherigen ifo Bildungsbarometer finden Sie in Wößmann et al. (2014; 2015; 2016a; 2016b) sowie unter [www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer](http://www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer).



einigen Fragen jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil, der keine Informationen erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung der Befragten lassen sich durch den Vergleich der Meinungen mit und ohne Information Aussagen darüber machen, ob und wie die bereitgestellte Information das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur jeweiligen Frage beeinflusst. Diese Experimente liefern einerseits wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, andererseits können sie auch der Politik aufzeigen, welche Informationen der Wählerschaft möglicherweise bereitgestellt werden könnten, um die öffentliche Akzeptanz von Reformvorschlägen zu erhöhen.

In diesem Jahr besteht besonderes Interesse an zwei Forschungsgegenständen. Erstens setzt das ifo Bildungsbarometer 2017 einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Meinung der deutschen Bevölkerung zur Digitalisierung im Bildungsbereich. Diesem Thema widmet sich ein eigener Fragenblock zu Beginn der Umfrage. Darin wird unter anderem erfragt, ob die Deutschen die Digitalisierung eher als Chance oder als Herausforderung wahrnehmen, was sie vom Einsatz verschiedener digitaler Technologien im Bildungssystem halten und wie die digitale Kompetenzvermittlung organisiert werden sollte.

Zweitens untersucht das diesjährige Bildungsbarometer, wie sich die öffentliche Meinung über die Zeit verändert hat. Dazu wurde eine Reihe von Fragen aus den vorangegangenen Befragungen wiederholt, um Meinungstrends seit der ersten Befragung 2014 abzubilden (vgl. Kasten 2). Darüber hinaus wurde ein großer Teil der TeilnehmerInnen der diesjährigen Befragung nach etwa zwei Wochen ein zweites Mal befragt, um die Langlebigkeit von Informationseffekten auf das öffentliche Meinungsbild zu untersuchen (vgl. Kasten 3).

## DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung hat zahlreiche Lebensbereiche grundlegend verändert. Längst gehören E-Mails, Online-Bestellplattformen oder Selbstbedienungskassen zu unserem Alltag. Digitalisierung geht jedoch deutlich weiter und ist aus Kommunikation, Fertigungsprozessen in Unternehmen, Partnersuche und vielen anderen Lebensbereichen nicht mehr wegzudenken. Selbstfahrende Autos, Smart Homes, virtuelle Realitäten und künstliche Intelligenz sind keine reinen Zukunftsvisionen mehr.

Das Bildungssystem kann den Umgang mit diesen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wesentlich prägen (vgl. Aktionsrat Bildung 2017). Zum einen ist es selbst von Digitalisierung betroffen. Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl neuer Lern- und Lehrmethoden und löst so einen Wandel in den bestehenden Bildungsprozessen aus. So kann etwa der Einsatz von digitalen Geräten und Medien die Unterrichtsgestaltung grundlegend verändern. Zum anderen

müssen Schulen und andere Bildungseinrichtungen die nächste Generation auf eine digitale Arbeits- und Lebenswelt vorbereiten. Das Spektrum reicht dabei von der Vermittlung von Informationstechnik (IT)-Kompetenzen wie etwa dem Programmieren bis hin zum Aufzeigen von Chancen und Risiken, die Kommunikationsplattformen oder neue Medien mit sich bringen.

Insgesamt stellt die Digitalisierung die Politik somit vor eine Vielzahl neuer bildungspolitischer Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 2016a) Ende letzten Jahres eine »Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft« verabschiedet. Unter anderem soll im Rahmen des sogenannten »Digital-Pakt#D« mit den Ländern der Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen durch Investitionen von 5 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren vorangetrieben und eine entsprechende Fort- und Weiterbildung des Lehrpersonals gewährleistet werden.

Während es vielseitige Bestrebungen zur Digitalisierung des Bildungssystems gibt, ist bislang kaum bekannt, welche Meinung die deutsche Bevölkerung zu den verschiedenen Vorschlägen zur Digitalisierung hat. Deshalb haben wir im ifo Bildungsbarometer 2017 einen Schwerpunkt darauf gelegt, ein umfangreiches Meinungsbild der Deutschen zur Digitalisierung im Bildungsbereich zu zeichnen. Dabei verwenden wir eine pragmatische Begriffsdefinition: Die Befragten wurden gebeten, bei Digitalisierung an die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablets, Smartphones oder Roboter, und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt zu denken.

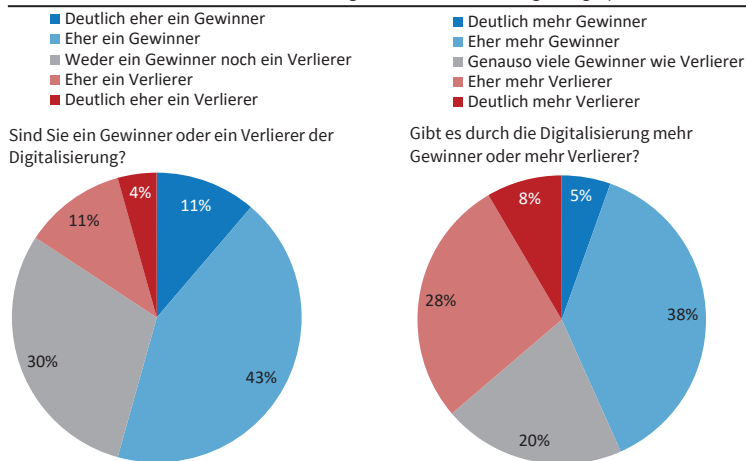
### Haben die Deutschen Angst vor der Digitalisierung?

Immer wieder rückt der digitale Wandel in den Fokus der öffentlichen Berichterstattung. Häufig werden dabei vor allem die Risiken der Digitalisierung thematisiert. Neben Internetkriminalität oder der unerlaubten Nutzung persönlicher Daten wird insbesondere die Befürchtung geäußert, die Digitalisierung führe zu einem »Ende der Arbeit« mit massiven Arbeitsplatzverlusten durch vernetzte und automatisierte Produktion. So findet etwa eine viel zitierte Studie von Frey und Osborne (2017), dass 47% der Beschäftigten in den USA in einem Beruf arbeiten, der laut Experteneinschätzungen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit in den nächsten zehn bis 20 Jahren automatisiert werden könnte. In ähnlicher Weise schätzen Bonin, Gregory und Zierahn (2015) für Deutschland den Anteil der Beschäftigten in Berufen mit hoher Automatisierungswahrscheinlichkeit auf 43%. Allerdings zeigen sie auch, dass bei einer Betrachtung von Tätigkeiten statt Berufen nur 12% der Arbeitsplätze Tätigkeitsprofile aufweisen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit der Automatisierung haben. Darüber hinaus können Digitaltechnologien nicht nur in der IT-Branche, son-

Abb. 1

**Sehen sich die Deutschen als Gewinner oder Verlierer der Digitalisierung?**

Mehrheit sieht sich selbst als Gewinner, im Allgemeinen ist die Meinung eher gespalten



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Linkes [rechtes] Kreisdiagramm: Was meinen Sie, sind Sie ein Gewinner oder ein Verlierer der Digitalisierung? [Was meinen Sie, gibt es durch die Digitalisierung mehr Gewinner oder mehr Verlierer?] Mit Digitalisierung ist die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablet, Smartphone und Roboter und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt gemeint.  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

dern in der gesamten Wirtschaft, für neue Jobs sorgen. Ob eine Person zu den Gewinnern oder Verlierern der Digitalisierung am Arbeitsmarkt gehört, wird letztlich davon abhängen, ob ihre Kompetenzen im Produktionsprozess eher komplementär zu den neuen Technologien sind oder ob ihr Tätigkeitsprofil vor allem auf leicht automatisierbare Routinetätigkeiten beschränkt ist (vgl. Autor, Levy und Murnane 2003; Akerman, Gaarder und Mogstad 2015). Die Digitalisierung bietet darüber hinaus eine Vielzahl neuer Chancen. So können etwa soziale Netzwerke die tägliche Kommunikation erleichtern oder betriebsinterne Clouds eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit ermöglichen.<sup>2</sup> Schließlich können Digitaltechnologien eine effizientere Produktion ermöglichen, was letztendlich zu mehr Wachstum und Wohlstand führen kann (vgl. Czernich et al. 2011 zu Wachstumseffekten des Breitband-Internets).

Um einen Eindruck davon zu erhalten, wie die Deutschen der Digitalisierung gegenüberstehen, hat das ifo Bildungsbarometer 2017 die TeilnehmerInnen gefragt, ob sie sich eher als Gewinner oder Verlierer der Digitalisierung sehen. Diese Frage wurde bewusst allgemein gehalten und liefert so ein diffuses Maß für die subjektiv wahrgenommene Selbsteinschätzung der Befragten. Damit umfasst sie sowohl Aspekte der Nutzung digitaler Geräte im privaten Konsum als auch Aspekte des Arbeitslebens.

<sup>2</sup> Bauernschuster, Falck und Wößmann (2014) finden, dass Zugang zu Breitband-Internet sogar das Sozialkapital in der realen Welt wie soziale Kontakte und ziviles Engagement fördert.

Es zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung dem digitalen Wandel positiv gegenübersteht: 54% sehen sich (deutlich oder eher) als Gewinner der Digitalisierung, wohingegen sich nur etwa 16% (deutlich oder eher) als Verlierer sehen (vgl. Abb. 1). Vor dem Hintergrund der vorwiegend negativen Berichterstattung ist dieses Meinungsbild überraschend optimistisch.

Eine andere zufällig ausgewählte Teilgruppe wurde gefragt, ob es durch Digitalisierung insgesamt mehr Gewinner oder Verlierer gibt. Dabei sind 43% der Meinung, dass es (deutlich oder eher) mehr Gewinner gibt, und 36% meinen, dass es (deutlich oder eher) mehr Verlierer gibt. Die Befragten schätzen die Auswirkungen der Digitalisierung

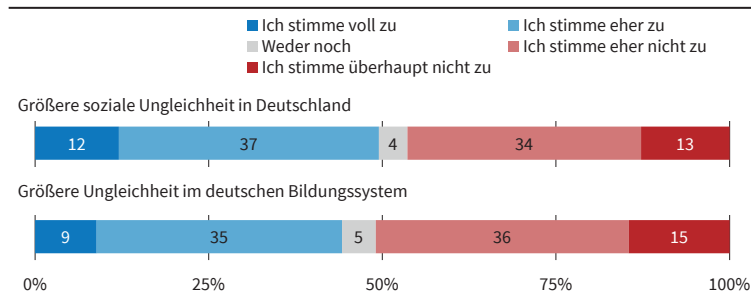
für sich selbst also deutlich optimistischer ein als für die Gesellschaft insgesamt. Eigentlich müsste die Summe aller einzelnen Gewinner und Verlierer aber der Gesamtzahl aller Gewinner und Verlierer in der Gesellschaft entsprechen. Die Diskrepanz könnte beispielsweise daher rühren, dass die Befragten über die persönlichen Folgen auf ihre Mitbürger unzureichend informiert sind oder dass sie sich selbst ungern als Verlierer bezeichnen.

Eine ähnliche Frage, die im Zuge der Digitalisierungsdebatte oft diskutiert wird, ist, inwiefern Digitalisierung zu mehr sozialer Ungleichheit führt. Vielfach wird befürchtet, dass die Digitalisierung zu massiven Arbeitsplatzverlusten unter gering Qualifizierten führt und somit die Ungleichheit verschärft. Die Meinung der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema ist gespalten: 50% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Digitalisierung insgesamt zu einer größeren

Abb. 2

**Wird die Digitalisierung zu mehr Ungleichheit führen?**

Ansicht der Bevölkerung ist gespalten



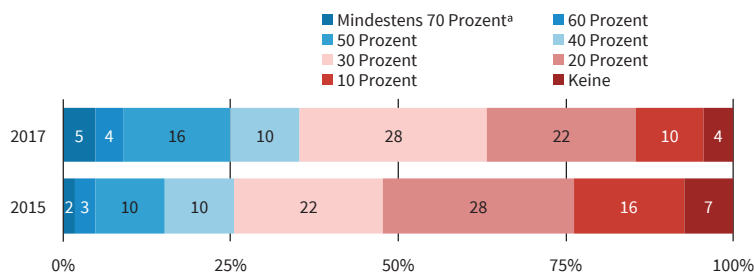
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zum Thema »Digitalisierung« zu? Mit Digitalisierung ist die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablet, Smartphone und Roboter und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt gemeint. Die Digitalisierung wird insgesamt zu einer **größeren Ungleichheit im deutschen Bildungssystem** führen. Die Digitalisierung wird insgesamt zu einer **größeren sozialen Ungleichheit in Deutschland** führen.  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Abb. 3

**Wie viel Unterrichtszeit sollten SchülerInnen am Computer verbringen?**

Offenheit für selbständiges Arbeiten am Computer deutlich gestiegen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Welcher Anteil der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen (zum Beispiel Realschulen oder Gymnasien) sollte in etwa dafür verwendet werden, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff selbständig am Computer erarbeiten?

<sup>a</sup> Die den Befragten zur Verfügung stehenden Antwortkategorien 70 Prozent, 80 Prozent, 90 Prozent und 100 Prozent wurden hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015; 2017.

© ifo Institut

ren sozialen Ungleichheit in Deutschland führen wird, 46% stimmen nicht zu (vgl. Abb. 2). Bemerkenswert ist dabei, dass nur etwa 4% der Befragten unentschieden sind.

Auch die Auswirkungen von Digitalisierung auf die Ungleichheit im deutschen Bildungssystem sind schwer abzuschätzen. Einerseits kann die Digitalisierung bildungsfernen Schichten den Zugang zu Informationen und Lernmaterialien erleichtern und somit die Bildungsungleichheit verringern. Andererseits kann es auch sein, dass digitale Technologien ungleiche Auswirkungen auf die Lernchancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen haben. Dazu kann es etwa kommen, wenn Kinder aus guten sozialen Verhältnissen zu einem bewussteren Umgang mit Informationstechnologien erzogen werden als Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Insgesamt stimmen 44% der Befragten der Aussage zu, dass die Digitalisierung zu einer größeren Ungleichheit im deutschen Bildungssystem führen wird. 51% stimmen der Aussage nicht zu, lediglich 5% stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie sie ab.

### Digitalisierung an den Schulen

Neben der allgemeinen Einschätzung der Deutschen zur Digitalisierung hat das ifo Bildungsbarometer 2017 auch das Meinungsbild zur Digitalisierung im schulischen Bereich erhoben. Da die Schule der Wegbereiter für den späteren Werdegang der SchülerInnen ist, stellt die Digitalisierung die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Schulen vor wichtige Entscheidungen. Eine grundlegende Frage ist dabei, wie stark digitale Lernmethoden in den Unterricht eingebunden werden sollten. Zwar liefert die Forschung wenig Belege dafür, dass der Einsatz digitaler Unterrichtstechnologien die Schülerleistungen in den klassischen Unterrichtsfächern verbessert (vgl. Bulman und Fairlie 2016; Falck, Mang und Wößmann 2017), allerdings könnte der Einsatz digitaler Medien der Vermittlung von IT-Kompetenzen selbst dienen.

Befragt danach, welcher Anteil der Unterrichtszeit an weiterführenden Schulen dafür genutzt werden sollte, dass SchülerInnen den Unterrichtsstoff am Computer selbständig erarbeiten, antwortet rund ein Viertel (25%) der Bevölkerung, dass mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit so verwendet werden sollte (vgl. Abb. 3). Fast zwei Drittel (63%) sprechen sich für einen Anteil von mindestens 30% aus. Lediglich 4% sind der Meinung, dass keine Unterrichtszeit für das selbständige Erarbeiten am Computer verwendet werden sollte.

Interessanterweise hat sich das Meinungsbild diesbezüglich über die letzten beiden Jahre deutlich zu vermehrter Computernutzung im Unterricht verschoben. In der Befragung 2015 hatten sich noch weniger als die Hälfte der Befragten (48%) bei derselben Frage dafür ausgesprochen, mindestens 30% der Unterrichtszeit für das Lernen am Computer zu verwenden, 2017 ist dieser Anteil mit 63% deutlich höher. Die steigende Bedeutung der Digitalisierung im Bildungsbereich scheint den Deutschen also durchaus bewusst zu sein.

Um die Digitalisierung an deutschen Schulen flächendeckend zu fördern, hat das BMBF im vergangenen Jahr den bereits erwähnten DigitalPakt#D zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen. Einer der Eckpfeiler des Paktes sieht die Finanzierung von digitaler Ausstattung an allen Grund-, weiterführenden und Berufsschulen vor. Eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt derartige Vorhaben: 80% sprechen sich (sehr oder eher) dafür aus, dass der Bund alle Schulen mit Breitband-Internetzugang, WLAN und Computern ausstattet (vgl. Abb. 4). Lediglich 14% sind (sehr oder eher) dagegen.

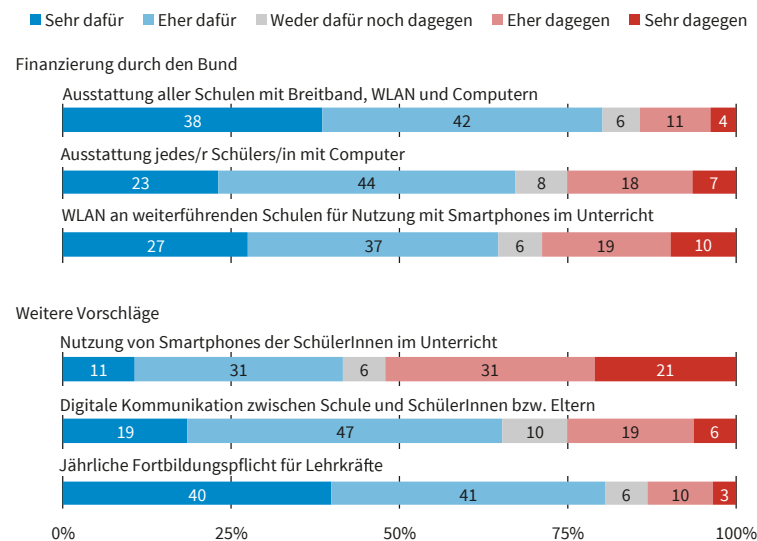
Generell stehen die Deutschen der staatlichen Finanzierung von digitaler Infrastruktur positiv gegenüber. Befragt danach, ob der Bund jede/n SchülerIn an weiterführenden Schulen mit einem Laptop oder Computer ausstatten soll, sprechen sich 67% dafür aus, ein Viertel (25%) ist dagegen. Die Mehrheit der Deutschen befürwortet auch, dass der Bund die Bereitstellung von WLAN an weiterführenden Schulen finanziert, das die SchülerInnen für schulische Zwecke auf ihrem Smartphone im Unterricht benutzen können. 65% der Befragten sind dafür, nur 29% sind dagegen.

Geht es hingegen um die eigentliche Nutzung von Smartphones im Unterricht, ist die Meinung der Deutschen jedoch weniger positiv. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (42%) spricht sich dafür aus, dass SchülerInnen ab der 7. Klasse ihr eigenes Smartphone für schulische Zwecke (z.B. für Recherche) im Unterricht benutzen dürfen, eine Mehrheit von 52% ist dagegen.

Abb. 4

**Wie stehen die Deutschen zu Digitalisierung an den Schulen?**

Breite Zustimmung zu Investitionen des Bundes, aber nicht zur Nutzung von Smartphones



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Ausstattung aller Schulen mit Breitband, WLAN und Computern** Bei dieser Frage geht es um die digitale Ausstattung an Grundschulen, weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen und Gymnasien, und Berufsschulen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund alle Schulen mit Breitband-Internetzugang, WLAN (kabelloses Internet) und Computern ausstattet?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Ausstattung jedes/r Schülers/in mit Computer** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund jede Schülerin/jeden Schüler an weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen oder Gymnasien, mit einem Computer oder Laptop ausstattet?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**WLAN an weiterführenden Schulen für Nutzung mit Smartphones im Unterricht** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund die Bereitstellung von WLAN (kabelloses Internet) an weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen oder Gymnasien, finanziert, das die Schülerinnen und Schüler für schulische Zwecke (z.B. Recherchen) auf ihrem Smartphone (internetfähiges Handy) im Unterricht benutzen können?

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Nutzung von Smartphones der SchülerInnen im Unterricht** Nun geht es um die Benutzung von Smartphones (internetfähige Handys) an Schulen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse ihr eigenes Smartphone für schulische Zwecke (z.B. für Recherchen) im Unterricht benutzen dürfen?

Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Digitale Kommunikation zwischen Schule und SchülerInnen bzw. Eltern** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern und Eltern stehen, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren?

Frage 6 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Jährliche Fortbildungspflicht für Lehrkräfte** In den allgemeinbildenden Schulen werden das Internet und digitale Geräte, wie z.B. Computer, Tablet oder Smartphone, immer häufiger im Unterricht eingesetzt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet werden, an jährlichen Fortbildungen zu Digital- und Medienkompetenz teilzunehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Ein weiterer Aspekt der Digitalisierung betrifft die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Schulen, SchülerInnen und Eltern. 65% der Deutschen sprechen sich dafür aus, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit SchülerInnen und Eltern stehen, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren. Nur ein Viertel (25%) spricht sich dagegen aus.

Eine zentrale Voraussetzung für die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen ist geschultes Lehrpersonal. Ein Reformvorschlag, der in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stößt, ist die Einführung verpflichtender jährlicher Fortbildungen zu Digital- und Medienkompetenzen für Lehrkräfte. Diesem Vorschlag stimmt eine überwältigende Mehrheit von 81% der Deutschen zu, nur 13% sind dagegen.

**Wann sollten Digitalkompetenzen vermittelt werden?**

Während in Deutschland die Frage, ab wann und in welchem Umfang Digitalkompetenzen in Bildungseinrichtungen vermittelt werden sollen, noch nicht einheitlich geklärt ist, haben andere Länder unlängst entsprechende Gesetze verabschiedet. Beispielsweise lernen in Estland SchülerInnen bereits ab der ersten Klasse programmieren. In Großbritannien ist der Umgang mit Computern als eigenständiges Unterrichtsfach in den Lehrplänen für alle Kinder ab dem Alter von fünf Jahren verankert.

Auch in Deutschland kann sich eine Mehrheit der Bevölkerung die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen ab dem Grundschulalter vorstellen: 55% der Bevölkerung spricht sich dafür aus, dass Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen, wie z.B. den Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien, vermitteln (vgl. Abb. 5). In Bezug auf den Kindergarten sind die Deutschen hingegen zurückhaltender: Lediglich 21% sprechen sich dafür aus, dass Kindergärten Digital- und Medienkompetenzen vermitteln sollten, 72% sind dagegen. Ab den weiterführenden Schulen finden sich dann überwältigende Mehrheiten für eine Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen: 90% an weiterführenden Schulen, 91% an Berufsschulen und 89% an Hochschulen.

Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich, wenn die TeilnehmerInnen konkret gefragt werden, ob die Vermittlung der genannten Digital- und Medienkompetenzen als fester Bestandteil im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen verankert werden sollte. Bei den Grundschulen sprechen sich wiederum 55% dafür aus, 25% sind in diesem Fall sogar sehr dafür. Bei den weiterführenden Schulen sprechen sich 89% der Bevölkerung dafür aus.

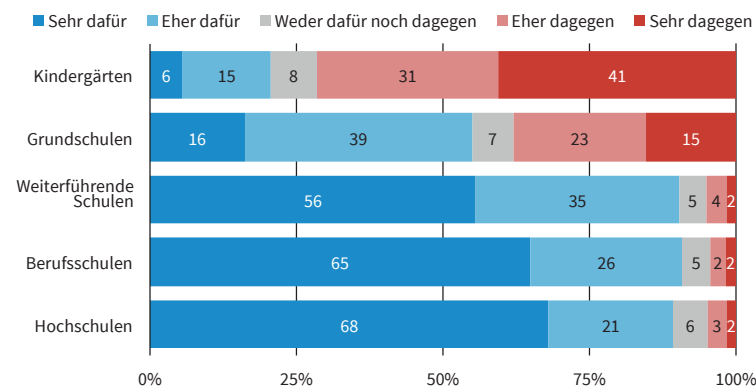
Bei den Grundschulen sprechen sich wiederum 55% dafür aus, 25% sind in diesem Fall sogar sehr dafür. Bei den weiterführenden Schulen sprechen sich 89% der Bevölkerung dafür aus.

**Digitale Bildung jenseits der Schule**

Neben dem Schulsystem stellt der digitale Wandel auch neue Anforderungen an die Bildung jenseits der Schul-

Abb. 5

**Welche Bildungseinrichtungen sollten Digital- und Medienkompetenzen vermitteln?**  
 Ablehnung bei Kindergärten, leichte Zustimmung bei Grundschulen, eindeutige Zustimmung ab weiterführenden Schulen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Sind Sie dafür oder dagegen, dass in den folgenden Bildungseinrichtungen Digital- und Medienkompetenzen, wie z.B. Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder verantwortungsvoller Umgang mit sozialen Medien, vermittelt werden?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

zeit. An deutschen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben werden digitale Medien bisher eher zurückhaltend verwendet (vgl. Schmid, Goertz und Behrens 2016). Um die digitale Ausbildung voranzutreiben, hat das BMBF (2016b) die Initiative »Digitale Medien in der beruflichen Bildung« ins Leben gerufen, die ab 2017 einschlägige berufliche Aus- und Weiterbildungen mit insgesamt bis zu 25 Mio. Euro jährlich fördern soll. Ein solcher Einsatz des Bundes findet in der Bevölkerung breite Zustimmung. Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Deutschen spricht sich dafür aus, dass der Bund für berufliche Ausbildungsstätten vermehrt digitale, technische Geräte anschafft, damit die Auszubildenden bereits dort den Gebrauch von Geräten wie zum Beispiel 3D-Druckern erlernen können, die sie dann zum Teil auch in den Unternehmen benutzen müssen (vgl. Abb. 6). Lediglich 9% sprechen sich dagegen aus.

An deutschen Hochschulen werden digitale Medien bereits intensiver genutzt. Einige Hochschulen bieten beispielsweise ihre gesamten Vorlesungs- und Lernmaterialien auf Onlineportalen an. An manchen Universitäten können Studierende ihren Abschluss sowohl durch persönliche Anwesenheit in Lehrveranstaltungen als auch per Fernstudium auf Onlineplattformen erwerben. Danach befragt, ob Universitäten in der Abschlussurkunde explizit kennzeichnen sollten, ob ein Studierender das Studium klassisch oder

online absolviert hat, sprechen sich 61% der Deutschen für eine Kennzeichnungspflicht aus. 25% sind dagegen, die restlichen 14% sind unentschieden. Das deutet darauf hin, dass Online-Studiengänge in der deutschen Bevölkerung nicht als identisch mit einem klassischen Universitätsstudium angesehen werden.

Auch im Weiterbildungsbereich sprechen sich die Deutschen für eine staatliche Förderung des Erwerbs von digitalen Kompetenzen aus. Der Vorschlag, dass Betriebe, die ihren MitarbeiterInnen regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen zum Thema IT, Digitalisierung und Medien ermöglichen, staatliche Förderungen erhalten sollen, findet eine Zweidrittel-

mehrheit (67%). Nur 22% der Befragten sind gegen diesen Vorschlag.

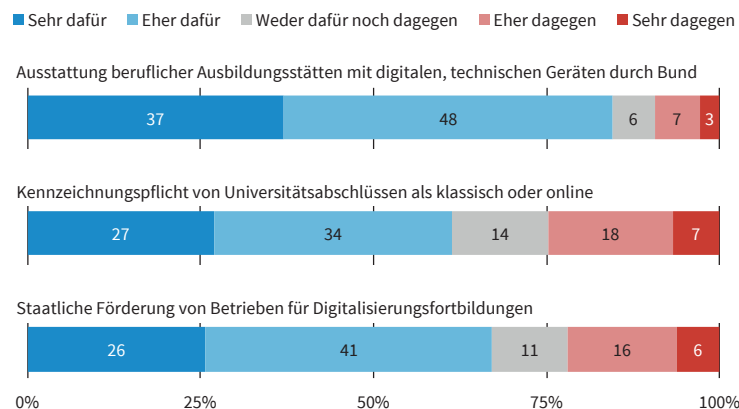
**TRENDS IN DEN MEINUNGEN: SCHLECHTERE BEWERTUNG, HÖHERE AUSGABENBEREITSCHAFT**

Neben dem Themenblock Digitalisierung hat sich das ifo Bildungsbarometer in diesem Jahr besonders darauf konzentriert, Trends in den Meinungen der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen bildungspoli-

Abb. 6

**Was meinen die Deutschen zu Digitalisierung jenseits der Schulzeit?**

Hohe Zustimmung zu Ausbau der Digitalisierung in Berufsausbildung und Fortbildung



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten mit digitalen, technischen Geräten durch Bund** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund für Ausbildungsstätten der beruflichen Ausbildung vermehrt digitale, technische Geräte anschafft, damit die Auszubildenden bereits dort den Gebrauch der Geräte (z.B. 3D-Drucker) erlernen, die sie zum Teil auch in Unternehmen benutzen müssen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Kennzeichnungspflicht von Universitätsabschlüssen als klassisch oder online** An manchen Universitäten können Studierende ihren Abschluss sowohl durch persönliche Teilnahme an Kursen als auch per Fernstudium auf Onlineplattformen erwerben. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Universitäten in der Abschlussurkunde explizit kennzeichnen müssen, ob ein Studierender das Studium klassisch oder online absolviert hat?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Staatliche Förderung von Betrieben für Digitalisierungsförderungen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Betriebe, die ihren MitarbeiterInnen und Mitarbeitern regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen zum Thema IT, Digitalisierung und Medien ermöglichen, staatliche Förderungen erhalten?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut



## Kasten 2

**Zur Berechnung und Interpretation von Meinungstrends**

Ein besonderer Schwerpunkt des ifo Bildungsbarometers 2017 liegt auf der Frage, wie sich die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen seit 2014, dem ersten Erhebungsjahr des ifo Bildungsbarometers, verändert hat. Um Vergleiche über die Zeit anstellen zu können, wurde in der diesjährigen Befragung eine Reihe von Fragen aus den Vorjahren wortgleich wiederholt. Da das ifo Bildungsbarometer jedes Jahr andere Themenschwerpunkte setzt, wurden nur vier Fragen in jedem Befragungsjahr von 2014 bis 2017 gestellt: die Fragen nach der Benotung der Schulen (vgl. Abb. 7), den staatlichen Ausgaben für Schulen (vgl. Abb. 8), der Verwendung zusätzlicher Mittel im Schulbereich (vgl. Abb. 14) und den Studiengebühren (vgl. Abb. 20). Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Fragen in diesem Jahr zumindest zum zweiten Mal gestellt.

Wie schon bei den Zustimmungsniveaus zu den Fragen lässt sich auch für ihre Veränderung über die Zeit ein statistisches Signifikanzniveau berechnen. Aufgrund des vergleichsweise großen Stichprobenumfangs des ifo Bildungsbarometers erfüllen Veränderungen, die eine quantitativ bedeutende Größenordnung aufweisen, zumeist auch den Tatbestand der statistischen Signifikanz. Wann immer im Text von bedeutenden Veränderungen berichtet wird, erweisen sie sich auch statistisch als signifikant.

Bei der Interpretation der berichteten Meinungstrends ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse prinzipiell nicht nur durch tatsächliche Änderungen in der Meinung der Bevölkerung, sondern auch durch Änderungen in der Ausgestaltung des Fragebogens hervorgerufen worden sein könnten. Zwar wurden die Fragen identisch gestellt, und die Befragungen waren jeweils auf eine repräsentative Abbildung der deutschen Bevölkerung ausgerichtet (vgl. Kasten 1). Allerdings ist es beispielsweise denkbar, dass die Positionierung einer Frage innerhalb des Fragebogens sowie die Zusammensetzung der anderen Fragen das Antwortverhalten beeinflussen kann. Experimentelle Untersuchungen zu den Effekten von Fragenreihenfolgen im letztjährigen ifo Bildungsbarometer haben allerdings gezeigt, dass leichte Variationen in der Reihenfolge zweier Fragen zu Gehaltszuschlägen für Lehrkräfte das Antwortverhalten nicht signifikant beeinflusst haben (vgl. Wößmann et al. 2016a, Kasten 2). Demgegenüber lag der Anteil derer, die Bildungspolitik als wichtig für die Wahlentscheidung eingeschätzt haben, in der Teilgruppe, die diese Frage gleich zu Beginn der Befragung beantwortet hat, mit 80% höher als in der Teilgruppe, die die Frage erst an 21. Stelle des Fragebogens gestellt bekommen hat (74%). Insofern sind gewisse Effekte extremer Verschiebungen im Fragebogen nicht auszuschließen.

Weitere Untersuchungen der diesjährigen Befragung deuten jedoch darauf hin, dass die Antworten auf die Trendfragen kaum von den jeweils vorangegangenen Fragen bzw. den darin enthaltenen Informationen beeinflusst wurden. Da an verschiedenen Stellen im ifo Bildungsbarometer 2017 zufällige Teilgruppen der Befragten gebildet wurden und diese unterschiedliche Fragen beantwortet bzw. unterschiedliche Informationen erhalten haben, kann der Einfluss verschiedener Fragenkonstellationen auf die Antworten auf Trendfragen untersucht werden. Dafür haben wir für jede Trendfrage untersucht, ob sich die Antworten signifikant nach der Teilgruppenzuteilung der jeweils vorangegangenen Fragen unterscheiden. Es zeigt sich, dass in nur 6% der Vergleiche statistisch auf dem 5%-Niveau signifikante Unterschiede zwischen den Teilgruppen bestehen – wie es bei dem gewählten Signifikanzniveau aufgrund von reinem Zufall zu erwarten wäre. Für die Analysen der drei Vorjahre ergeben sich ebenfalls Signifikanzquoten von jeweils 5%. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die unterschiedlichen Fragenkonstellationen das dargestellte Meinungsbild nicht maßgeblich beeinflusst haben.

tischen Themen abzubilden. Dazu haben wir ausgewählte Fragen, die wir bereits zwischen 2014 und 2016 gestellt hatten, in diesem Jahr mit demselben Wortlaut erneut gestellt (vgl. Kasten 2). Wie bereits berichtet, hat sich dabei beispielsweise gezeigt, dass sich die Zustimmung zu Unterrichtszeit am Computer deutlich erhöht hat. Zunächst berichten wir nun über einige weitere Bereiche, in denen sich die Meinung der Deutschen in den vergangenen Jahren deutlich verändert hat. Danach kommen wir zu den – in ihrer Anzahl deutlich umfangreicheren – Bereichen, in denen sich die Meinung der Deutschen nicht nennenswert verändert hat.

**Schulen schlechter benotet**

Bereits in den vorherigen Erhebungen des ifo Bildungsbarometers hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung die

allgemeinbildenden Schulen in Deutschland eher mittelmäßig benotet. In den Jahren 2014, 2015 und 2016 hat jeweils etwa ein knappes Drittel der Bevölkerung (28% – 30%) die Schulen in Deutschland mit der Schulnote 1 oder 2 beurteilt, etwas mehr als die Hälfte hat Schulnote 3 vergeben (53% – 54%) und der Rest (17% – 18%) hat die Schulen mit den Noten 4, 5 oder 6 bewertet (vgl. Abb. 7). Dabei war die Einschätzung über die drei Jahre erstaunlich stabil. Im Vergleich dazu hat sich die Bewertung der Schulen im ifo Bildungsbarometer 2017 verschlechtert: Der Anteil der Bevölkerung, der die Noten 1 oder 2 vergibt, ist auf 24% gesunken. Zugleich sind die Anteile derer, die die Note 3 oder die Noten 4, 5 oder 6 vergeben, leicht auf 56% bzw. 20% angestiegen.

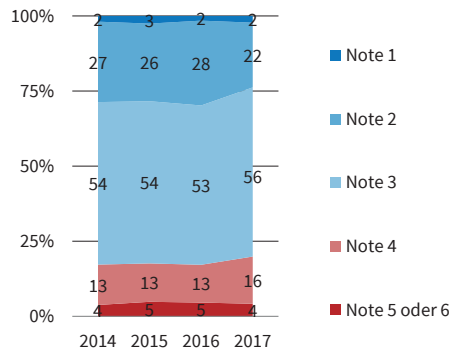
Wie schon in den vergangenen Jahren werden die allgemeinbildenden Schulen im eigenen Bundesland



Abb. 7

**Wie hat sich die Bewertung der Schulen entwickelt?**

Die Deutschen geben den Schulen 2017 schlechtere Noten



Frage:

Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben? Den Schulen in ganz Deutschland?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

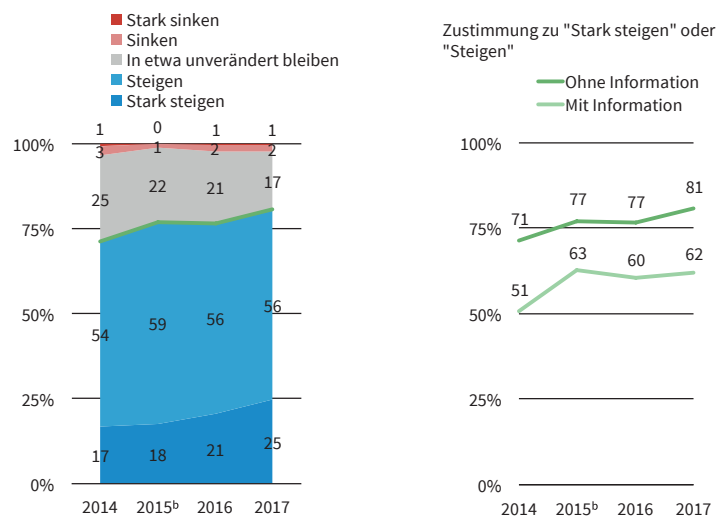
bzw. vor Ort besser beurteilt: 34% bzw. 40% der 2017 Befragten vergeben für diese Schulen die Note 1 oder 2. Dementsprechend ist der Anteil der Bevölkerung, der die Note 3 vergibt, mit 46% bzw. 41% deutlich geringer als für die Schulen in ganz Deutschland. Ähnlich wie die Schulen in ganz Deutschland bewerten 20% bzw. 19% die Schulen im jeweiligen Bundesland bzw. vor Ort mit den Noten 4, 5 oder 6. Auch in diesen Fällen fällt die Beurteilung aber schlechter aus als in den Vorjahren.

Die Deutschen sehen also deutlichen, über die Zeit ansteigenden Verbesserungsbedarf bei den allgemeinbildenden Schulen. Während es eine Vielzahl möglicher Gründe für den negativen Trend in der Beurteilung der Schulen gibt, legen diese Ergebnisse nahe, dass der Wunsch nach Verbesserungen in der deutschen Bevölkerung gewachsen ist.

Abb. 8

**Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?**

Zustimmung zu höheren Ausgaben wächst im vierten Jahr



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information<sup>a</sup> [Mit Information]** [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 7 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

<sup>a</sup> Das linke Diagramm stellt die Ergebnisse der Frage ohne Information dar.

<sup>b</sup> Im Jahr 2015 bezog sich die Frage abweichend nicht auf die staatlichen Ausgaben für Schulen »in Deutschland«, sondern »in Ihrem Bundesland«.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

**Bereitschaft für Bildungsausgaben erhöht**

Während sich die Beurteilung der Schulen im Vergleich zu den Vorjahren verschlechtert hat, ist der Wunsch nach Ausgabenerhöhungen im Bildungsbereich gestiegen. Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer spricht sich eine große Mehrheit von 81% der Befragten dafür aus, dass die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen oder stark steigen sollten (vgl. Abb. 8). Diese Zustimmungsrate ist im Zeitverlauf deutlich angestiegen: 2014 waren noch 71% für staatliche Ausgabenerhöhungen, 2015 und 2016 waren es 77%.<sup>3</sup> In jedem Jahr wurde eine Teilgruppe der Befragten vor der Beantwortung der Frage über die durchschnittlichen staatlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn informiert.<sup>4</sup> Wie in den Vorjahren verringert auch im ifo Bildungsbarometer 2017 diese Information die Zustimmung zu höheren Ausgaben deutlich auf 62%. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den beiden Vorjahren relativ stabil, liegt aber signifikant höher als 2014 (51%).

Gehaltszahlungen an Lehrkräfte sind ein zentraler Bestandteil der Ausgaben für Schulen. Auch hier ist die Zustimmung für Ausgabenerhöhungen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Waren 2014 nur 29% der Befragten der Meinung, dass die Gehälter von Lehrkräften steigen oder stark steigen sollten, lag der Anteil 2016 bei 40% und 2017 bei 43% (vgl. Abb. 9).

Das ifo Bildungsbarometer 2017 zeigt auch, dass den Deutschen Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen staatlichen Ausgabenbereichen besonders wichtig sind. Während drei Viertel (75%) der Befragten der Meinung sind, dass der Staat zukünftig mehr Geld für Bildung ausgeben sollte, liegt die Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen in allen anderen abgefragten

Bereichen niedriger: 69% sind für steigende staatliche Ausgaben für öffentliche Sicherheit (z.B. Polizei) und 56% für soziale Sicherung (z.B. Rentenzuschüsse, Arbeitslosengeld II), aber nur 21% für Kultur und 19% für Verteidigung (vgl. Abb. 10).<sup>5</sup>

Im Vergleich zu 2014 zeigen sich interessante, deutlich unter-

<sup>3</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2015 wurde die Frage auf das jeweilige Bundesland bezogen, in den übrigen Jahren auf Deutschland insgesamt.

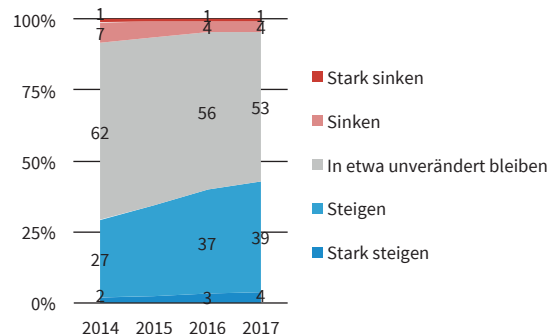
<sup>4</sup> Die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn betragen 6 400 Euro im Jahr 2014, je nach Bundesland zwischen 5 800 Euro und 8 700 Euro im Jahr 2015, 7 100 Euro im Jahr 2016 und 7 400 Euro im Jahr 2017 (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2017).

<sup>5</sup> Einem Teil der Befragten wurde mitgeteilt, dass jährlich 95 Mrd. Euro für Bildung, 27 Mrd. Euro für öffentliche Sicherheit, 38 Mrd. Euro für soziale Sicherung, 10 Mrd. Euro für Kultur und 27 Mrd. Euro für Verteidigung ausgegeben werden (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2014). In dieser Teilgruppe sind 65%, 66%, 49%, 21% und 19% für Ausgabenerhöhungen in den jeweiligen Bereichen.

Abb. 9

**Wie sollten sich Gehälter von Lehrkräften entwickeln?**

Zustimmung zu steigenden Gehältern steigt seit 2014



**Frage:**

Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

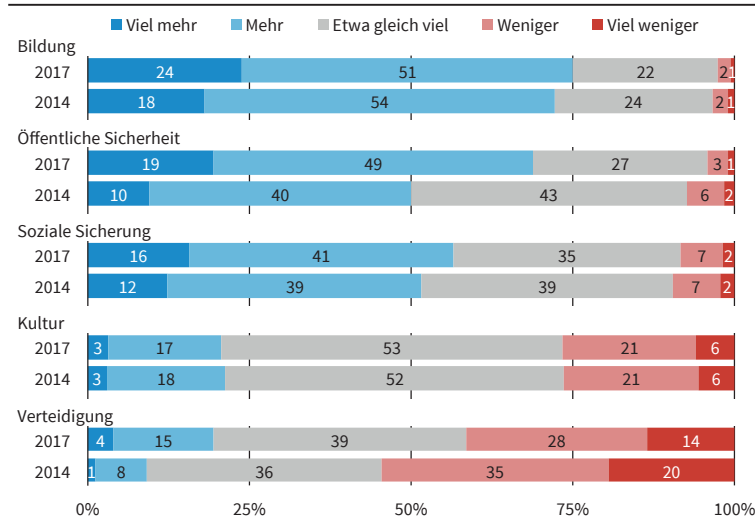
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2016; 2017. © ifo Institut

schiedliche Trends im Wunsch nach staatlichen Mehrausgaben: Bei Bildung und Kultur ist er weitgehend konstant geblieben (72% bzw. 21% für Ausgabenerhöhungen im Jahr 2014) und bei der sozialen Sicherung leicht gestiegen (52% im Jahr 2014). Demgegenüber hat sich die Befürwortung von Ausgabenerhöhungen in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Verteidigung deutlich erhöht. Sprach sich 2014 die Hälfte der Befragten (50%) für Ausgabenerhöhungen für die öffentliche Sicherheit aus, sind es 2017 über zwei Drittel der Befragten (69%). Die Forderung nach steigenden Ausgaben für Verteidigung hat sich im gleichen Zeitraum sogar von 9% im Jahr 2014 auf 19% im Jahr 2017 verdoppelt. Eine naheliegende Interpretation dieser Trends ist, dass sich die in den letzten Jahren verschärfte Sicherheitslage und angestiegene Terrorgefahr in Deutschland in den Präferenzen für staatliche Mehrausgaben niederschlägt.

Abb. 10

**In welchen Bereichen hat sich die Bereitschaft zu höheren Staatsausgaben verändert?**

Deutlicher Anstieg bei öffentlicher Sicherheit und Verteidigung, Bildung weiterhin vorne



**Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:**

Wie viel sollte der Staat Ihrer Meinung nach zukünftig in den folgenden Bereichen im Vergleich zu heute ausgeben? Denken Sie daran, dass höhere Staatsausgaben gegebenenfalls durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

**Erhöhte Ausgabenbereitschaft nicht in allen Bereichen**

Während die Ausgabenbereitschaft für allgemeinbildende Schulen, für Lehrergehälter und für Bildung insgesamt in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen ist, zeichnet sich in anderen Bildungsbereichen ein Rückgang der Ausgabenbereitschaft ab. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Im ifo Bildungsbarometer 2017 sprachen sich 20% für höhere Ausgaben der Personen selbst, 50% für höhere Ausgaben der Arbeitgeber und 53% für höhere staatliche Ausgaben aus (vgl. Abb. 11). 2014 waren noch es 27%, 59% bzw. 58% für diese drei Quellen. Während die Bereitschaft für höhere Weiterbildungsausgaben der Personen selbst also weiterhin relativ niedrig und die für höhere Ausgaben von Arbeitgebern und Staat relativ hoch ist, ist die Bereitschaft zu steigenden Ausgaben für Fort- und Weiterbildung insgesamt zurückgegangen.

Auch die Bereitschaft, in Bildungsmaßnahmen zur Integration von Flüchtlingen zu investieren, ist leicht rückläufig. Hatten sich im letzten Jahr noch 25% der Befragten dafür ausgesprochen, die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling zu erhöhen, waren es in der diesjährigen Befragung nur noch 20% (vgl. Abb. 12). Der Anteil von Personen, die der Meinung sind, dass diese Ausgaben sinken sollten, stieg von 26% auf 35%. Keine signifikante Änderung findet sich hingegen in der Zustimmung zum Vorschlag, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten, übernimmt. Hier ist die Meinung der Bevölkerung weiterhin geteilt: 44% sind dafür und 44% dagegen, in der letztjährigen Befragung waren es 45% bzw. 41%.<sup>6</sup>

**Spezifische Bildungsausgaben**

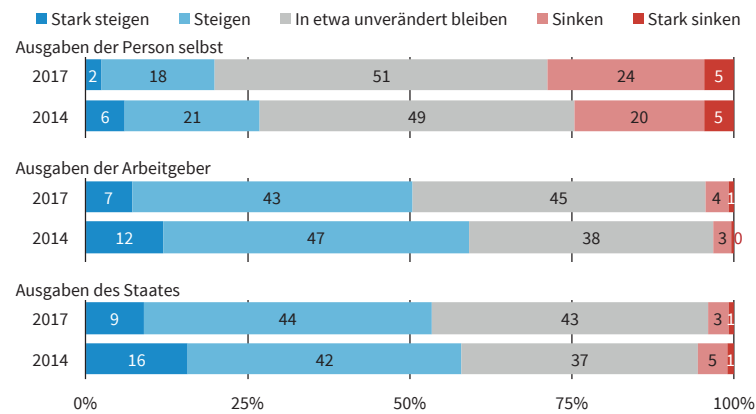
Das ifo Bildungsbarometer 2017 hat auch erfragt, welcher Bildungsbereich am ehesten von einer Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben profitieren sollte. Weiterführende Schulen werden mit 33% am häufigsten genannt, direkt gefolgt von

<sup>6</sup> Eine zufällig gewählte Teilgruppe der Online-Stichprobe wurde vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass laut einer Studie nur 14% der seit 2013 als Flüchtlinge eingereisten Personen einer Erwerbsarbeit nachgehen und dass viele Experten der Meinung sind, dass die Qualifikationen der Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichen (vgl. Brücker et al. 2016). Das Meinungsbild dieser Teilgruppe unterscheidet sich nicht signifikant von der uninformierten Teilgruppe. Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung zu gewährleisten, wurden die Gewichte der Online-Stichprobe in der uninformierten Teilgruppe entsprechend angepasst.

Abb. 11

**Sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung steigen?**

Zustimmung gesunken, aber weiterhin Mehrheit für höhere staatliche Ausgaben



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Was meinen Sie, sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter aus diesen drei Quellen steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

Grundschulen (30%) und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung wie Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten (26%) (vgl. Abb. 13). Nur 7% bzw. 4% präferieren Erhöhungen im Berufsschul- und Hochschulbereich. Im Vergleich zum ifo Bildungsbarometer 2014 zeichnet sich eine leichte Verschiebung von frühkindlichen Einrichtungen zu Grundschulen ab: Damals hatten sich noch 31% für Ausgabenerhöhungen für frühkindliche Bildung und 26% für Grundschulen ausgesprochen. Die rückläufige Präferenz für Ausgabenerhöhungen bei Kitas, Krippen und Kindergärten könnte damit zusammenhängen, dass in diesem Bereich in den vergangenen Jahren vermehrt investiert wurde. Die Anteile, die sich für die späteren drei Bildungsbereiche aussprechen, sind relativ konstant.

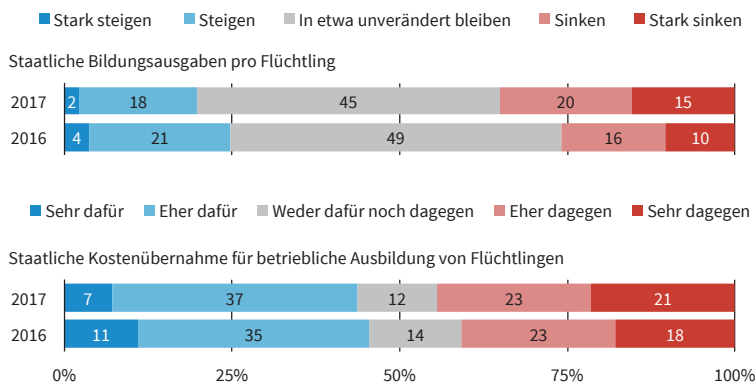
zusätzlichen Mitteln für Lehrmittel und Lehrergehälter ist auf 39% bzw. 8% gestiegen (vgl. Abb. 14). Die Werte der Jahre 2015 und 2016 liegen jeweils dazwischen.

Um zu verdeutlichen, dass die verschiedenen Verwendungszwecke für zusätzliche Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, wurde eine zweite Teilgruppe im ifo Bildungsbarometer 2017 vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro pro Schulklasse anzuschaffen. Die Information verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen in dieser Teilgruppe signifikant auf 46%, die Zustimmung zu zusätzlichen Lehrmitteln steigt auf 45% (9% für Lehrergehälter).<sup>7</sup> Eine dritte Teilgruppe erhielt dieselbe Information und wurde gebeten, sich jeweils konkret zwischen einer Verkleinerung der Schulklassen um drei bzw. zehn SchülerInnen und den jeweiligen kostenneutralen Alternativen zu entscheiden. Bei der Option einer Klassenverkleinerung um zehn SchülerInnen spricht sich auch in dieser Teilgruppe knapp die Hälfte (48%) für kleinere Klassen aus (44% für Lehrmittel, 7% für Lehrergehälter). Geht es hingegen um eine Klassenverkleinerung um drei SchülerInnen, sprechen sich nur mehr 38% für kleinere Klassen aus,

Abb. 12

**Wie stehen die Deutschen zu Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge?**

Zustimmung zu zusätzlichen staatlichen Maßnahmen leicht rückläufig



Frage 1:

**Staatliche Bildungsausgaben pro Flüchtling** Sollten die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Staatliche Kostenübernahme für betriebliche Ausbildung von Flüchtlingen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernimmt, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017.

© ifo Institut

Die hohe Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen im Schulbereich wirft die Frage auf, wie zusätzliche Mittel in diesem Bereich verwendet werden sollten. In jedem Befragungsjahr wurden die TeilnehmerInnen gebeten, sich zwischen drei häufig diskutierten Möglichkeiten zu entscheiden: der Verkleinerung der Klassengrößen, der Erhöhung der Lehrergehälter oder der Anschaffung von neuen Lehrmitteln, wie zum Beispiel Computer und Schulbücher. 2014 hatten sich noch 64% für kleinere Schulklassen, 32% für zusätzliche Lehrmittel und 4% für höhere Lehrergehälter ausgesprochen. Bis 2017 ist die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen auf 53% gesunken, die Zustimmung zu

zusätzlichen Mitteln für Lehrmittel und Lehrergehälter ist auf 39% bzw. 8% gestiegen (vgl. Abb. 14). Die Werte der Jahre 2015 und 2016 liegen jeweils dazwischen.

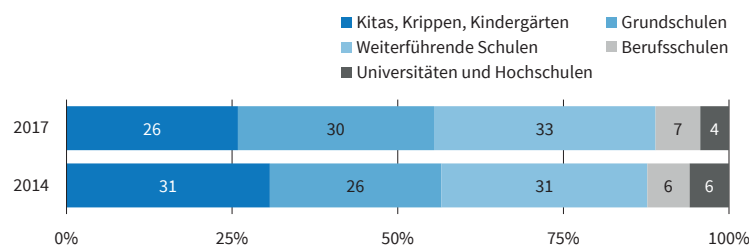
Um zu verdeutlichen, dass die verschiedenen Verwendungszwecke für zusätzliche Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, wurde eine zweite Teilgruppe im ifo Bildungsbarometer 2017 vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro pro Schulklasse anzuschaffen. Die Information verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen in dieser Teilgruppe signifikant auf 46%, die Zustimmung zu zusätzlichen Lehrmitteln steigt auf 45% (9% für Lehrergehälter).<sup>7</sup> Eine dritte Teilgruppe erhielt dieselbe Information und wurde gebeten, sich jeweils konkret zwischen einer Verkleinerung der Schulklassen um drei bzw. zehn SchülerInnen und den jeweiligen kostenneutralen Alternativen zu entscheiden. Bei der Option einer Klassenverkleinerung um zehn SchülerInnen spricht sich auch in dieser Teilgruppe knapp die Hälfte (48%) für kleinere Klassen aus (44% für Lehrmittel, 7% für Lehrergehälter). Geht es hingegen um eine Klassenverkleinerung um drei SchülerInnen, sprechen sich nur mehr 38% für kleinere Klassen aus,

<sup>7</sup> Eine weitere Teilgruppe wurde gebeten, die angegebenen Werte in dafür vorgesehene Eingabefelder einzutragen, um sicherzustellen, dass die Befragten die Information auch verinnerlicht haben. Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht signifikant von denen der zweiten Teilgruppe.

Abb. 13

**Welcher Bildungsbereich sollte von zusätzlichen Geldern profitieren?**

Recht stabile Präferenz für frühe Bereiche



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Nun stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

stattdessen sind 48% für zusätzliche Lehrmittel im entsprechenden Kostenumfang (13% für höhere Lehrergelälter). Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass Informationen über die tatsächlichen Kosten der Optionen die Zustimmung zu kleineren Klassen deutlich zugunsten anderer Alternativen senken und dass die konkrete Ausgestaltung der Optionen entscheidend für deren Akzeptanz ist. Die Beobachtung, dass sich eine relative Mehrheit für eine beträchtliche Klassengrößenverkleinerung um zehn SchülerInnen findet, nicht jedoch für eine Verkleinerung um drei SchülerInnen, deutet darauf hin, dass Klassengrößenverkleinerungen erst dann beliebt sind, wenn sie sich in einem fiskalisch kaum vertretbaren Rahmen befinden – denn schon eine Verkleinerung der Klassen um drei SchülerInnen würde die staatlichen Ausgaben um rund 15% erhöhen.

**Bildungsreformen**

Neben den beschriebenen Meinungstrends zu Bildungsausgaben zeigt der Vergleich über die Jahre weitere interessante Entwicklungen in den Präferenzen zu verschiedenen Reformvorschlägen. Ein zentrales Thema im Schulbereich ist die Verbesserung der Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse zwischen den Bundesländern. In diesem Zusammenhang hat sich im ifo Bildungsbarometer 2014 eine überwältigende Mehrheit von 86% für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur ausgesprochen (vgl. Abb. 15). Im Folgejahr zeigte sich zusätzlich, dass sich auch für einheitliche Abschlussprüfungen zum Haupt- bzw. Realschulabschluss hohe Zustimmungsraten von 82% bzw. 85% fanden, 86% sprachen sich wiederum für einheitliche Abiturprüfungen aus. Diese Anteile sind in der diesjährigen Befragung sogar noch weiter angestiegen, auf 87% beim Hauptschulabschluss und jeweils 91% beim Realschulabschluss und beim Abitur. Zwei Drittel der Deutschen sind mittlerweile sogar »sehr dafür«, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur einzuführen.

Ein weiteres Bildungsthema, das in den letzten Jahren hitzig diskutiert wurde, ist die Dauer der Gymnasialzeit. Während in den vergangenen Jahren

die Gymnasialzeit in den meisten Bundesländern von neun (G9) auf acht Jahre (G8) verkürzt wurde, sind mittlerweile wieder mehrere Bundesländer zu G9 oder zu Mischformen mit Wahlfreiheit zurückgekehrt. Diese Rückkehr steht im Einklang mit der mehrheitlichen Ablehnung des G8 in der deutschen Bevölkerung: In der diesjährigen Befragung sprechen sich 60% gegen das G8 aus, nur 26% sind dafür. Im Vergleich zu 2014, als 56% dagegen und 30% dafür waren, hat sich die Ablehnung des G8 noch leicht verstärkt.

Eine weitere Frage ist, ob Lehrkräfte verbeamtet werden sollten. Obwohl derzeit im Großteil der Bundesländer die meisten Lehrkräfte verbeamtet sind, sprechen sich 54% der Bevölkerung gegen die Verbeamtung von LehrerInnen aus, 30% sind dafür. 2014 sprachen sich etwas weniger Befragte für die Verbeamtung aus, 2015 etwas mehr, wobei durchgehend eine absolute Mehrheit gegen die Verbeamtung bestand.

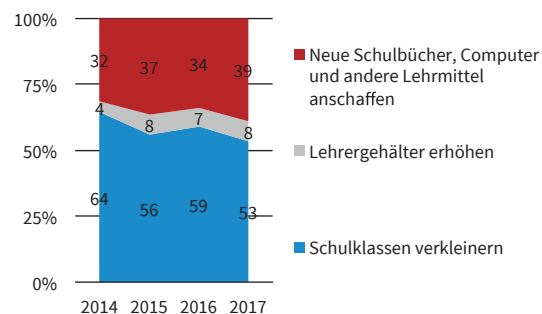
Ein Vorschlag, um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für benachteiligte Jugendliche zu verbessern, besteht darin, zusätzlich zu den Berufen mit dreijähriger Ausbildungsdauer auch weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen. Während sich im ifo Bildungsbarometer 2014 noch 48% für die Einführung derartiger Ausbildungsberufe ausgesprochen hatten (38% waren dagegen), sind in der diesjährigen Befragung nur noch 44% dafür, 45% sind dagegen.

In den letzten Jahren sind die Anfängerzahlen im dualen System der Berufsausbildung stetig gesunken, während der Anteil eines Jahrgangs, der ein Studium aufnimmt, gestiegen ist. Gleichwohl ist die deutsche Studienquote im Vergleich der entwickelten Länder weiterhin eher gering. Unter den Befragten des ifo Bil-

Abb. 14

**Wofür sollten zusätzliche Gelder im Schulsystem verwendet werden?**

Wunsch nach kleineren Klassen sinkt zugunsten von Lehrmitteln



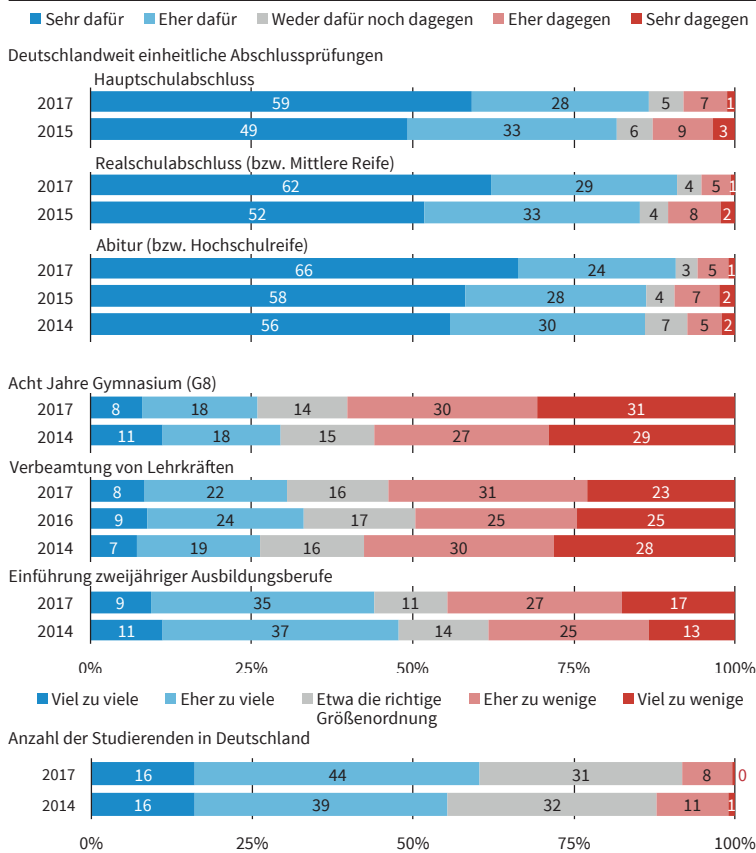
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie? Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

Abb. 15

**Hat sich die Meinung der Deutschen zu verschiedenen Bildungsreformen geändert?**  
Zustimmung zu deutschlandweiten Abschlussprüfungen nochmals gestiegen, G8 weiter abgelehnt



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass bei folgenden Schulabschlüssen deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden? (2015 und 2017) / Was meinen Sie, sollten deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur eingeführt werden? (2014)

**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Acht Jahre Gymnasium (G8)** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen?

**Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Verbeamtung von Lehrkräften** Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?

**Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe** In Deutschland dauert die Berufsausbildung in der Regel drei Jahre. Sind Sie dafür oder dagegen, zusätzlich weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen?

**Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Anzahl der Studierenden in Deutschland** Was denken Sie über die Anzahl der Personen, die derzeit in Deutschland ein Studium aufnehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017. © ifo Institut

dungsbarometers 2017 sind 60% der Meinung, dass derzeit (viel oder eher) zu viele Personen in Deutschland ein Studium aufnehmen, nur 8% denken, es seien (viel oder eher) zu wenige. Im Vergleich zu 2014 ist die Skepsis in Bezug auf die Zahl der Studienanfänger angestiegen: Damals hielten 55% die Zahl für zu hoch und 12% für zu niedrig.

**STABILE MEINUNGEN IN VIELEN THEMENBEREICHEN**

Die diesjährige Befragung hat gezeigt, dass – im Gegensatz zu den meisten bisher angesprochenen Themen-

bereichen – die Meinung der Deutschen bei vielen Fragen relativ unverändert geblieben ist. Zu diesen Themenbereichen mit stabilen Meinungen kommen wir in diesem Abschnitt.

**Allgemeine Bildungsthemen**

Für Politiker spielt die bildungspolitische Meinung der Bevölkerung nicht zuletzt im Hinblick auf Wahlen eine wichtige Rolle. Wir haben deshalb seit 2015 erfragt, wie wichtig bildungspolitische Themen für die persönliche Wahlentscheidung sind. In allen drei Befragungsjahren gibt ein recht konstanter Anteil von fast drei Viertel (72% im Jahr 2017) der Befragten an, dass Schul- und Bildungspolitik (sehr oder eher) wichtig für ihre Wahlentscheidung bei Landtagswahlen ist (vgl. Abb. 16).

Den Befragten ist nicht nur Bildungspolitik an sich wichtig, sondern auch das konkrete Abschneiden der SchülerInnen in Form von guten Schülerleistungen. Alle drei Jahre nehmen deutsche SchülerInnen am internationalen PISA-Test teil, die neuesten Ergebnisse wurden im vergangenen Dezember veröffentlicht. Wie schon vor drei Jahren ist es für etwa drei Viertel der Befragten (76% im Jahr 2017) sehr oder eher wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 2014 sogar noch leicht angestiegen – von PISA-Müdigkeit kann in der deutschen Bevölkerung also keine Rede sein.

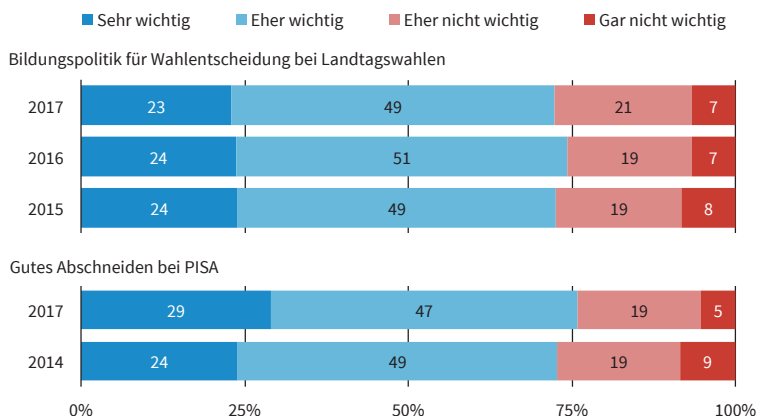
Die Frage, inwieweit Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen die gleichen Chancen im Bildungssystem haben wie Kinder aus besseren Verhältnissen, ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Bildungsungleichheit den Grundstein für spätere Ungleichheiten etwa im Erwerbseinkommen legt. Im ifo Bildungsbarometer 2016 und 2017 wurden die TeilnehmerInnen gefragt, ob die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ihrer Meinung nach ein ernsthaftes Problem ist. Ein konstanter Anteil von mehr als der Hälfte der Befragten (55% im Jahr 2017) sieht Chancenungleichheit als ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem



Abb. 16

**Wie wichtig ist den Deutschen Bildung?**

Gleichbleibend hohe Bedeutung für Wahlentscheidung, gutes Abschneiden bei PISA weiter wichtig



**Frage 1:**

**Bildungspolitik für Wahlentscheidung bei Landtagswahlen** Wie wichtig ist das Thema Schul- und Bildungspolitik für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen?

**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

**Gutes Abschneiden bei PISA** Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig am internationalen PISA-Test teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

an (vgl. Abb. 17).<sup>8</sup> Eine Teilgruppe der Befragten wurde jeweils darüber informiert, dass laut einer Bildungsstudie die Mathematikleistungen von 15-jährigen SchülerInnen aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von Gleichaltrigen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen.<sup>9</sup> In der so informierten Teilgruppe liegt der Anteil derer, die Bildungsungleichheit für ein ernsthaftes Problem halten, mit 68% in den Jahren 2016 und 2017 nochmals deutlich höher.

**Frühkindliche Bildung**

Frühkindliche Einrichtungen wie Krippen, Kindertagesstätten und Kindergärten sind für die meisten Kinder der erste direkte Kontakt zum Bildungssystem. Derzeit können die Eltern entscheiden, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Entgegen dieser Praxis spricht sich eine Zweidrittelmehrheit der Deutschen (66% im Jahr 2017) für eine Kindergartenpflicht ab einem Alter von vier Jahren aus, nur 24% sind dagegen

<sup>8</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2017 wurde diese Frage zweimal gestellt. Das hier berichtete Ergebnis von 55%, die die Chancengleichheit als ernsthaftes Problem ansehen, bezieht sich auf die im Fragebogen an 30. Stelle gestellte Frage. Bei der als erste Frage im Fragebogen gestellten Version liegt der Anteil mit 62% noch höher.

<sup>9</sup> Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung, Datenquelle: Berechnungen des ifo Instituts anhand des ESCS-Indexes des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status mit den Mikrodaten des PISA-2012-Tests.

(vgl. Abb. 18). Im ifo Bildungsbarometer 2014 fiel die Zustimmung zu verpflichtendem Kindergartenbesuch ab einem gewissen Alter sehr ähnlich aus.<sup>10</sup>

Verschiedene Studien zeigen, dass Investitionen in die frühkindliche Bildung von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem führen können. Um die Effekte dieser Information auf die Meinung der Deutschen zu untersuchen, wurden im ifo Bildungsbarometer 2017 neben der Teilgruppe, die die Frage nach der Kindergartenpflicht ohne Information beantwortet hat, drei weitere Teilgruppen gebildet. Der zweiten Teilgruppe wurde gesagt, dass eine aktuelle Studie zeigt, dass die Teilnahme am Kindergarten die späteren Chancen für

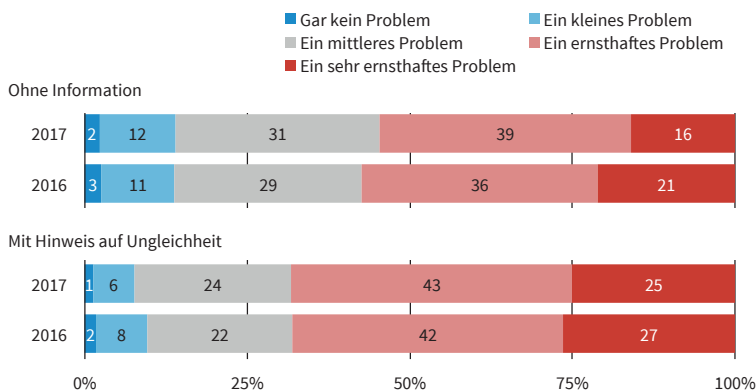
Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stark verbessert, während gleichzeitig gerade diese Kinder von ihren Eltern weniger häufig zum Kindergarten angemeldet werden (vgl. Cornelissen et al. 2017). Die dritte Teilgruppe wurde (wie schon bei der Frage nach der Bildungsungleichheit) vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass 15-jährige SchülerInnen aus schwierigen sozialen Verhältnissen in ihren Mathema-

<sup>10</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2016 wurde ebenfalls die Meinung zur Kindergartenpflicht ab vier Jahren erfragt. Allerdings wurde die Fragen in eine Fragenbatterie eingebettet und nicht wie 2014 und 2017 als Einzelfrage gestellt. 64% sprachen sich 2016 für eine verpflichtende Kindertageteilnahme aus, 23% waren dagegen.

Abb. 17

**Halten die Deutschen ungleiche Chancen im Bildungssystem für problematisch?**

Mehrheit sieht Ungleichheit der Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen weiterhin als ernsthaftes Problem



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information [Mit Hinweis auf Ungleichheit]** [Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen. Zum Beispiel hat eine Bildungsstudie gezeigt, dass die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von jenen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung).] Was meinen Sie, ist Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017.

© ifo Institut



## Kasten 3

**Informationseffekte halten auch nach mehreren Wochen an**

Eine zentrale Fragestellung des ifo Bildungsbarometers ist, wie sich Informationsbereitstellung auf die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen auswirkt. Dazu werden die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier Teilgruppen aufgeteilt, wobei eine Gruppe die jeweilige Frage ohne Informationen beantwortet und die anderen Gruppen direkt bei der Beantwortung relevante Informationen erhalten. Beispielsweise hat eine Teilgruppe bei der Frage nach Studiengebühren Informationen über den Verdienst von Personen mit und ohne Hochschulstudium erhalten (vgl. Abb. 20). Während wir durch den Vergleich der Teilgruppen in den vergangenen Jahren eine Reihe von interessanten Informationseffekten identifizieren konnten, war bislang unklar, wie langlebig diese Effekte sind.

Um zu testen, ob die Informationseffekte über einen längeren Zeitraum anhalten, wurden im Zuge der diesjährigen Befragung 2 358 Personen etwa eine bis fünf Wochen nach der Hauptbefragung wiederbefragt (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Die Wiederbefragung beinhaltete eine Reihe von Fragen der Hauptbefragung ohne Informationsbereitstellung. Der Vergleich der Wiederbefragungsantworten von Personen, die in der Hauptbefragung Informationen bzw. keine Informationen erhalten haben, gibt somit Aufschluss über die Langlebigkeit der Informationseffekte.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Informationseffekte über einen längeren Zeitraum bestehen können. So stehen etwa Personen, die in der Hauptbefragung über den Verdienstunterschied mit und ohne Hochschulabschluss informiert wurden, auch in der Wiederbefragung Studiengebühren signifikant positiver gegenüber als Personen in der uninformierten Teilgruppe. Ähnlich persistente Effekte finden sich bei den Fragen nach der Chancengleichheit (vgl. Abb. 17) und der Kindergartenpflicht (vgl. Abb. 18), nicht hingegen bei den Bildungsausgaben (vgl. Abb. 8). In allen Bereichen finden sich signifikante langlebige Effekte darauf, wie sicher sich die Wiederbefragten bei der Schätzung der jeweiligen Informationen sind.

Die Wiederbefragung erlaubt es zudem, die Stabilität von Meinungen innerhalb der Befragten zu untersuchen. Für die vier wiederholten Fragen mit jeweils fünf Antwortkategorien finden wir für Personen in der uninformierten Teilgruppe im Durchschnitt, dass 57% in der Haupt- und in der Wiederbefragung dieselbe Antwort geben. 32% bzw. 9% weichen um eine bzw. zwei Antwortkategorien ab, weniger als 3% weichen um mehr als zwei Kategorien ab. Für die Frage nach Bildungsaspiration geben 82% den gleichen angestrebten Abschluss an. Die individuellen Meinungen scheinen also über die Zeit recht stabil zu sein.

Zusammenfassend unterstreicht die Langlebigkeit der Effekte die Relevanz unserer bisherigen Befunde zu den Auswirkungen von Informationen auf die öffentliche Meinung. Sie zeigt vor allem, dass Informationsbereitstellung in Befragungen Meinungsbilder längerfristig verändern kann und nicht nur kurzfristige »Schocks« auslöst, die nach Abschluss der Umfrage wieder verschwinden.

tikleistungen etwa vier Schuljahre hinter gleichaltrigen SchülerInnen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen. Die vierte Teilgruppe erhielt beide Informationen. Die Informationen steigerten die Zustimmung zur Kindergartenpflicht nochmals deutlich: In der zweiten und dritten Teilgruppe ist sie mit 71% bzw. 74% deutlich höher als in der uninformierten Teilgruppe, nur 19% bzw. 18% sind dagegen. Noch deutlicher fällt die Zustimmung aus, wenn beide Informationen zusammen gegeben werden: In der vierten Teilgruppe sind 80% für eine Kindergartenpflicht, nur 13% sind dagegen.

Im Unterschied zu öffentlichen Schulen und Universitäten, die in Deutschland gebührenfrei sind, müssen Eltern für den Besuch frühkindlicher Einrichtungen in der Regel Gebühren entrichten. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist im ifo Bildungsbarometer 2017 für eine Änderung dieses Status quo: 81% sind dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können, nur 13% sind dagegen. Bereits 2014 war die Zustimmung zu kostenfreien Kindergärten ähnlich ausgefallen.

Ein weiteres wichtiges Thema im frühkindlichen Bereich sind die Gehälter von ErzieherInnen. Der Kita-Tarifstreit erreichte Anfang Mai 2015 mit einem mehrwöchigen Streik der ErzieherInnen seinen Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte die überwiegende Mehrheit der Deutschen im ifo Bildungsbarometer 2015 die Forderung der ErzieherInnen nach Gehaltserhöhungen: 79% sprachen sich dafür aus, dass die Gehälter der ErzieherInnen steigen oder stark steigen. Auch 2017 fiel die Zustimmung zu höheren ErzieherInnengehältern mit 77% nur geringfügig niedriger aus.<sup>11</sup>

**Schulen**

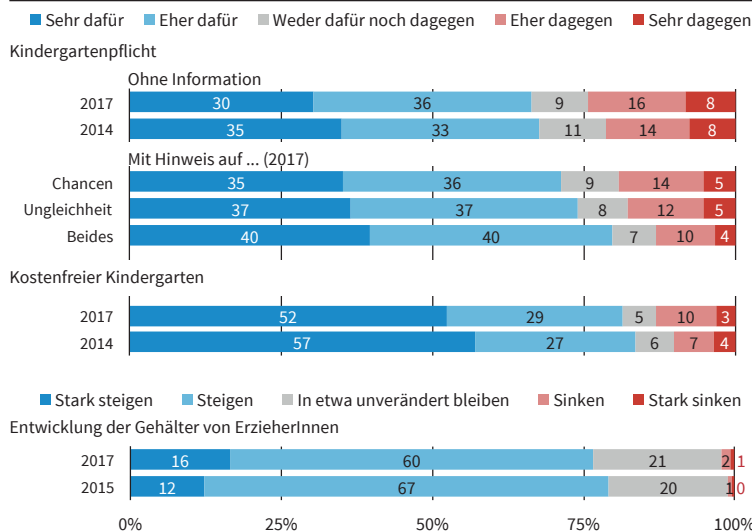
Auch im Schulbereich finden sich bei einigen Themstellungen recht stabile Meinungsbilder über die Befragungsjahre. So stehen die Deutschen dem Thema Inklusion, also dem gemeinsamen Unterricht von Kin-

<sup>11</sup> Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer wurde diese Frage nur der Online-Stichprobe gestellt. Um sicherzustellen, dass die berichteten Antworten repräsentativ für die erwachsene Gesamtbevölkerung in Deutschland sind, wurden die Online-Beobachtungen entsprechend gewichtet.

Abb. 18

**Was meinen die Deutschen zu Themen der frühkindlichen Bildung?**

Deutliche Mehrheiten für verpflichtenden und kostenfreien Kindergarten sowie für höhere Gehälter für ErzieherInnen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Kindergartenpflicht – Ohne Information** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von 4 Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?

**Kindergartenpflicht – Mit Hinweis auf Chancen [Mit Hinweis auf Ungleichheit] {Mit Hinweis auf beides}** Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Teilnahme am Kindergarten die späteren Chancen für Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stark verbessert. Gleichzeitig werden gerade diese Kinder von ihren Eltern weniger häufig zum Kindergarten angemeldet. [Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen. Zum Beispiel hat eine Bildungsstudie gezeigt, dass die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von jenen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10 Prozent der Bevölkerung).] [Beide vorangegangenen Hinweise wurden den Befragten gezeigt.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von 4 Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Kostenfreier Kindergarten** Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Entwicklung der Gehälter von ErzieherInnen** Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern in frühkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2015; 2017.

© ifo Institut

dern mit und ohne Behinderung, weiterhin eher positiv gegenüber: Im Jahr 2014 waren 59% der Befragten dafür und 31% dagegen, dass SchülerInnen mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden, in der diesjährigen Befragung sind 56% dafür und 34% dagegen (vgl. Abb. 19).

Auch die Bedeutung von Leistungsorientierung in den Schulen hat sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert. So sprechen sich in diesem Jahr 79% gegen die Abschaffung von Schulnoten aus, nur 15% sind dafür. Ganz ähnlich sah das Meinungsbild bereits 2014 aus. Gleichzeitig spricht sich die überwiegende Mehrheit von 83% in der diesjährigen Befragung dafür aus, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen. Dies ist gegenüber dem Anteil von 77% im Jahr 2014 sogar noch ein leichter Anstieg.

Der Ausbau von Ganztagschulen ist eines der zentralen Bildungsprojekte der letzten Jahre. Eine

stabile Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt dieses Vorhaben: 2017 sprechen sich 59% der Befragten dafür aus, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind, 31% sind dagegen. Ganz ähnliche Anteile fanden sich bereits in den Jahren 2014 und 2015.

Am Ende der Grundschulzeit entscheidet in manchen Bundesländern der Notendurchschnitt darüber, welche Art der weiterführenden Schulen (z.B. Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern liegt die Entscheidung bei den Eltern. Die Deutschen sprechen sich deutlich für die erste Option aus: Im ifo Bildungsbarometer 2017 sind – ähnlich wie bereits 2015 – 64% dafür, dass die Schulnoten entscheiden, auf welche weiterführende Schulart ein Kind geht, nur 28% sind dagegen.

**Studiengebühren**

Eine durchaus kontrovers diskutierte Bildungsreform der vergangenen Jahre war die Einführung und spätere Wiederabschaffung von Studiengebühren an öffentlichen Universitäten und Hochschulen. Wie schon in den Befragungen der Vorjahre findet sich in

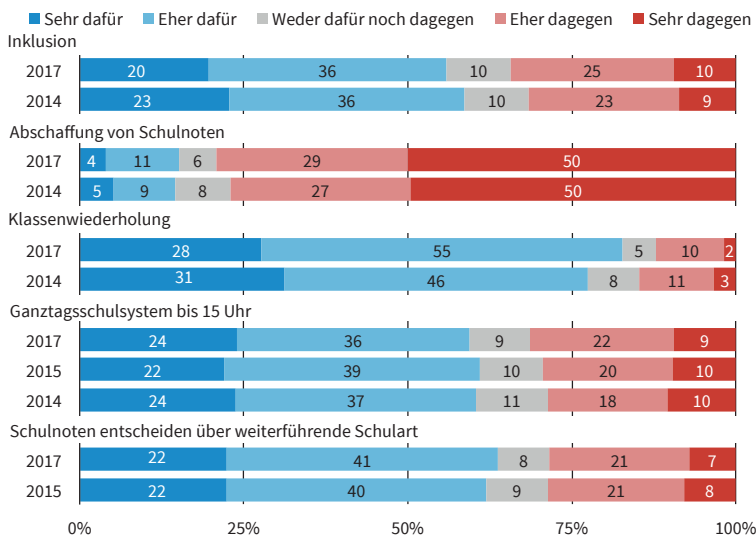
der deutschen Bevölkerung auch im diesjährigen ifo Bildungsbarometer weder eine absolute Mehrheit für noch gegen den Vorschlag, dass Studierende einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen: 43% sind dafür, 46% dagegen (vgl. Abb. 20). Diese Anteile sind über die vier Befragungsjahre sehr stabil, lediglich im zustimmenden Anteil ist gegenüber 2014 (40%) ein leichter Anstieg zu erkennen.

Im ifo Bildungsbarometer 2017 wurde eine Teilgruppe der Befragten darüber informiert, dass Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium derzeit durchschnittlich etwa 2 750 Euro netto im Monat verdienen, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 und Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung etwa 1 400 (Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013; Berechnungen des ifo Instituts). In den beiden Vorjahren wurden ebenfalls Teilgruppen über die Durchschnittsverdienste von Personen mit unterschiedli-

Abb. 19

**Was meinen die Deutschen zum Schulsystem?**

Seit 2014 stabile Mehrheiten für Inklusion, Schulnoten, Klassenwiederholung und Ganztagschulen



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Inklusion** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden?  
**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Abschaffung von Schulnoten** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulnoten abgeschafft werden?  
**Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Klassenwiederholung** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen?  
**Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Ganztagschulsystem bis 15 Uhr** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind?  
**Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Schulnoten entscheiden über weiterführende Schulart** In manchen Bundesländern entscheidet der Notendurchschnitt am Ende der Grundschulzeit darüber, welche Art der weiterführenden Schule (zum Beispiel Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern liegt diese Entscheidung bei den Eltern. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Schulnoten entscheiden, auf welche weiterführende Schulart ein Kind geht?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2015; 2017. © ifo Institut

chen Bildungsabschlüssen informiert.<sup>12</sup> In allen drei Befragungsjahren spricht sich eine relative Mehrheit der informierten Teilgruppen für Studiengebühren aus: 2014 (2015) waren 48% (50%) dafür und 37% (39%) dagegen, in der diesjährigen Befragung ist sogar eine knappe absolute Mehrheit von 50% dafür, 38% sind dagegen.

Eine alternative Form von Studiengebühren sind nachgelagerte Studiengebühren, die etwa in Australien und England üblich sind. Diese Gebühren müssen erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden und nur dann, wenn das Einkommen der AbsolventInnen einen gewissen Schwellenwert übersteigt. In jeder Befragungswelle spricht sich eine absolute Mehrheit der Deutschen für diese alternative Form von Studiengebühren aus. 2017 waren 65% dafür und 23% dagegen. Diese Zustimmungsrate ist sehr ähnlich zu der im

<sup>12</sup> 2014 erhielt eine Teilgruppe der Befragten die Information, dass Personen mit abgeschlossenem Studium Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr verdienen als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Datenquelle: Berechnung anhand der PIAAC-Daten). Im ifo Bildungsbarometer 2015 wurde eine Teilgruppe über folgende monatliche Durchschnittsverdienste (netto) informiert: abgeschlossenes Studium: 2 450 Euro; abgeschlossene berufliche Ausbildung (Lehre): 1 850 Euro; keine abgeschlossene Ausbildung: 1 400 Euro (Berechnung anhand des Mikrozensus 2012).

Jahr 2014, als die Frage zu nachgelagerten Studiengebühren ebenfalls direkt im Anschluss an die Frage zu herkömmlichen Studiengebühren gestellt wurde. In den Jahren 2015 und 2016, in denen die beiden Fragen jeweils einzeln einer Teilgruppe gestellt wurden, lag die Zustimmung mit 59% bzw. 58% leicht niedriger.

**DIE BILDUNGSASPIRATION DER DEUTSCHEN**

Abschließend berichten wir noch über einige weitere Themen im ifo Bildungsbarometer 2017. Derzeit haben etwa 57% der Deutschen einen beruflichen Ausbildungsabschluss (Lehre oder Fach-/Meisterschule), während 16% einen Hochschulabschluss haben (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Um herauszufinden, welchen Bildungsabschluss die Deutschen bevorzugen, wurden die TeilnehmerInnen nach dem präferierten Bildungsabschluss für ihre (hypothetischen) Kinder befragt – unabhängig davon, ob sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss diese haben oder wahrscheinlich später einmal machen werden. Bei der Frage, welcher Bildungsabschluss der persönlichen Idealvorstellung für ihr Kind entspricht, bevorzugen 51% einen beruflichen Ausbildungsabschluss (Lehre), 49% bevorzugen einen Hochschulabschluss (vgl. Abb. 21). Im Vergleich zur letztjährigen Befragung ist der Wunsch nach einem Hochschulabschluss deutlich gestiegen: Damals wünschten sich 57% einen beruflichen Abschluss (Lehre) und 43% einen Hochschulabschluss.

Das Antwortverhalten unterscheidet sich stark nach dem eigenen Bildungsabschluss der Befragten: Während sich eine große Mehrheit der Akademiker einen Hochschulabschluss für ihr Kind wünscht (81%), ist dieser Anteil unter den Nicht-Akademikern mit 40% deutlich geringer.<sup>13</sup> Ein Erklärungsansatz für diese unterschiedlichen Bildungsbestrebungen könnte eine Überschätzung der Kosten eines Studiums unter den Nicht-Akademikern sein. Um dies zu untersuchen, wurden für diese Frage vier Teilgruppen gebildet. Die

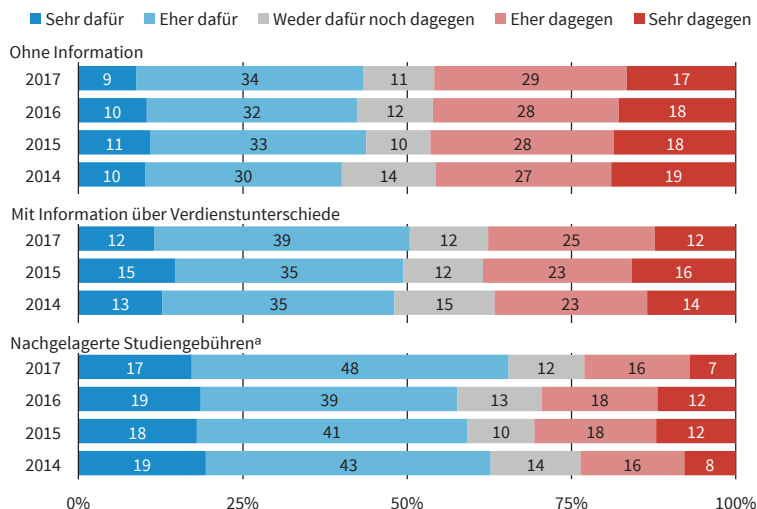
Das Antwortverhalten unterscheidet sich stark nach dem eigenen Bildungsabschluss der Befragten: Während sich eine große Mehrheit der Akademiker einen Hochschulabschluss für ihr Kind wünscht (81%), ist dieser Anteil unter den Nicht-Akademikern mit 40% deutlich geringer.<sup>13</sup> Ein Erklärungsansatz für diese unterschiedlichen Bildungsbestrebungen könnte eine Überschätzung der Kosten eines Studiums unter den Nicht-Akademikern sein. Um dies zu untersuchen, wurden für diese Frage vier Teilgruppen gebildet. Die

<sup>13</sup> Als AkademikerInnen sind hier Personen mit Universitäts- oder (Fach-)Hochschulabschluss und Studierende klassifiziert, als Nicht-AkademikerInnen alle verbleibenden Befragten, also Personen mit Abschlüssen des beruflichen Ausbildungssystems wie einer Lehre oder einer Fach- bzw. Meisterschule, Personen mit einem anderen beruflichen Abschluss, Auszubildende und Personen ohne beruflichen Abschluss. Bei Personen mit mehreren Bildungsabschlüssen zählt der höchste Bildungsabschluss.

Abb. 20

**Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?**

Durchgehend klare Mehrheit für Studiengebühren, die nach Berufseinstieg fällig werden



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Ohne Information [Mit Information über Verdienstunterschiede]** Nun kommen wir zum Studium. [Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen durchschnittlich etwa 2 750 Euro netto im Monat, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro. (2017) / Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen durchschnittlich etwa 2 450 Euro netto im Monat, Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro. (2015) / Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre). (2014)] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Nachgelagerte Studiengebühren** In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

<sup>a</sup> 2014 und 2017 wurde die Frage zu nachgelagerten Studiengebühren nach der Frage zu herkömmlichen Studiengebühren gestellt, 2015 und 2016 wurden die beiden Fragen jeweils einzeln einer Teilgruppe gestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

erste Teilgruppe, deren Antwortverhalten oben berichtet wird, beantwortete die Frage ohne weitere Informationen. Die zweite Teilgruppe wurde vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass Studierende in ganz Deutschland derzeit keine Studiengebühren zahlen müssen. Die dritte Teilgruppe erhielt die Information, dass es in Deutschland umfangreiche staatliche Studienförderung (BAföG) gibt, die später höchstens zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Als Beispiel wurde darauf hingewiesen, dass Studierende mit zwei nicht erwerbstätigen Geschwistern, deren Eltern jährlich höchstens 50 000 Euro brutto verdienen, in der Regel monatlich 649 Euro BaföG erhalten. Die vierte Teilgruppe erhielt beide Informationen.

Die bereitgestellten Informationen verringern die Unterschiede in den Bildungsaspirationen nicht. Bei den Nicht-Akademikern erhöht lediglich der Hinweis auf das kostenfreie Studium leicht den Wunsch nach einem Hochschulabschluss (von 40% auf 43%). Bei den Akademikern erhöht hingegen der Hinweis auf die staatliche Förderung den Wunsch nach einem Hochschulabschluss sogar deutlich (von 81% auf 88%), so dass der Unterschied in der Bildungsaspiration in diesem

Fall sogar noch stärker ausfällt. Im letztjährigen ifo Bildungsbarometer wurde dokumentiert, dass Informationen über den höheren durchschnittlichen Verdienst bzw. die niedrigeren Arbeitslosenquoten von Personen mit Hochschulabschluss die Differenz zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern ebenfalls nicht verringern. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Unterschiede in der Einschätzung ökonomischer Zielgrößen wie Kosten und Erträge des Studiums die Kluft in den Bildungsaspirationen zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss nicht erklären können.

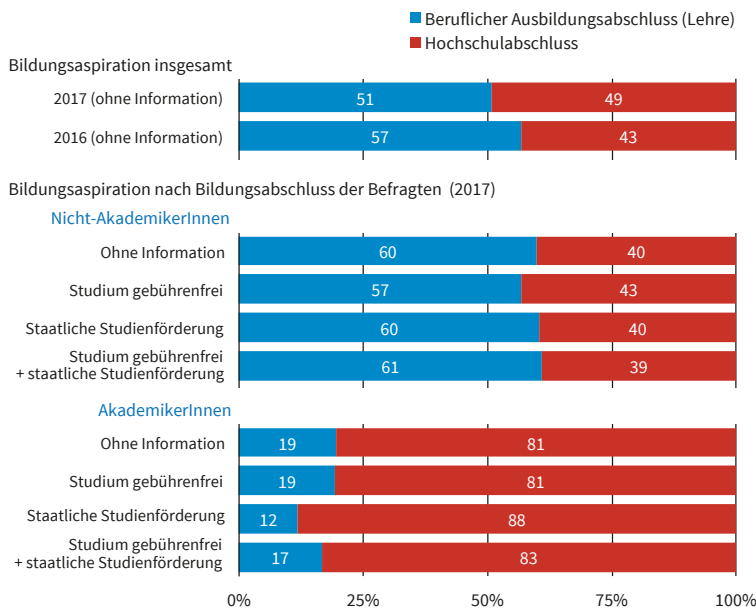
Eine mögliche alternative, nicht-ökonomische Erklärung dafür, dass sich Befragte überwiegend den eigenen Bildungsabschluss für ihr Kind wünschen, könnte darin bestehen, dass sie befürchten, ein höherer Bildungsabschluss könne zu einer Entfremdung zwischen Eltern und Kind führen. Diese Hypothese haben wir in einer weiteren Frage getestet. Wir haben die Befragten gebeten sich vorzustellen, dass sie heute noch einmal 15 Jahre alt wären, und sie gefragt, welchen Bildungsabschluss sie dann anstreben würden. In der (relativ kleinen) Gruppe derer, die selbst

aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, gaben 85% derjenigen, die tatsächlich einen Hochschulabschluss gemacht haben, und 70% derjenigen, die tatsächlich keinen Hochschulabschluss gemacht haben, an, dass sie einen Hochschulabschluss anstreben würden (vgl. Abb. 22). In der Gruppe derer, die selbst nicht aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, ergibt sich ein ganz ähnlicher Unterschied in der Bildungsaspiration wie in der vorherigen Frage: 83% derjenigen, die tatsächlich einen Hochschulabschluss gemacht haben, würden dies wieder tun, aber nur 44% derjenigen, die keinen Hochschulabschluss gemacht haben, würden ihn nun anstreben.

Unter den Befragten, die nicht aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, haben wir zufällig zwei weitere Teilgruppen gebildet, die jeweils einen Hinweis erhielten, bevor sie dieselbe Frage beantworteten. Die eine Teilgruppe wurde darauf hingewiesen, dass viele Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern gemacht haben, später eine größere Entfremdung von ihren Eltern und ihrer Familie empfinden. Die andere Teilgruppe erhielt den Hinweis, dass viele Eltern später stolz sind, wenn ihre Kinder einen höhe-

Abb. 21

**Welchen Bildungsabschluss streben die Deutschen für ihre Kinder an?**  
Deutliche Unterschiede nach eigenem Bildungsabschluss der Befragten



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
**Bildungsaspiration – Ohne Information** Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?  
**Bildungsaspiration – Studium gebührenfrei [Staatliche Studienförderung] {Studium gebührenfrei + staatliche Studienförderung}** Derzeit müssen Studierende in ganz Deutschland keine Studiengebühren zahlen. [In Deutschland gibt es umfangreiche staatliche Studienförderung (BAföG), die später höchstens zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Zum Beispiel erhalten Studierende mit zwei nicht erwerbstätigen Geschwistern, deren Eltern jährlich höchstens 50 000 Euro brutto verdienen, in der Regel monatlich 649 Euro.] [Beide vorangegangenen Hinweise wurden den Befragten gezeigt.] Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017. © ifo Institut

ren Bildungsabschluss geschafft haben als sie selbst. Unter den Nicht-Akademikern senkt der Hinweis auf die elterliche Entfremdung den Wunsch nach einem Hochschulabschluss weiter von 44% auf 38%. Unter den Akademikern erhöht der Hinweis auf den elterlichen Stolz hingegen den Wunsch nach einem Hochschulabschluss weiter von 83% auf 91%. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Überlegungen, welche Bedeutung die Wahl eines Bildungsabschlusses für die Beziehung zu den Eltern hat, in der Tat ein möglicher Grund für die Kluft in den Bildungsaspirationen zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern sein könnten.

**DIE FORMUNG BILDUNGSPOLITISCHER MEINUNGEN**

**Wie sich die Deutschen ihre Meinung zu bildungspolitischen Themen bilden**

Neben der Darstellung des öffentlichen Meinungsbildes zu verschiedenen bildungspolitischen Themen untersucht das ifo Bildungsbarometer 2017 auch, wie sich die Deutschen ihre Meinung bilden. Um einen Einblick in den Meinungsbildungsprozess zu erlangen, sollten die Befragten angeben, wie wichtig ihnen verschiedene Aspekte für ihre Meinungsbildung sind.

An erster Stelle im Meinungsbildungsprozess stehen eigene Erfahrungswerte: Eine große Mehrheit von 69% gibt an, dass Erfahrungen der eigenen Kinder bzw. Enkelkinder für ihre Meinungsbildung (sehr oder eher) wichtig sind (vgl. Abb. 23). Ebenfalls über zwei Drittel der Befragten (67%) finden eigene Erfahrungen aus der Schulzeit wichtig. Die Diskussion mit Bekannten oder Verwandten ist für 60% der Befragten wichtig. Etwas mehr als die Hälfte (54%) gibt an, dass ihr Bauchgefühl wichtig ist.

Meinungen von Experten und Nachrichtenbeiträge sind etwa der Hälfte der Befragten (52% bzw. 51%) wichtig, wenn sie sich ihre Meinung über bildungspolitische Themen bilden. Deutlich weniger relevant für die bildungspolitische Meinungsbildung der Befragten scheinen die Positionen der politischen Parteien zu sein: Nur knapp ein Drittel (32%) stuft Parteipositionen als wichtig ein. Insgesamt höchstens 50 000 Euro brutto verdienen, in der Regel monatlich 649 Euro.] [Beide vorangegangenen Hinweise wurden den Befragten gezeigt.] Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017. © ifo Institut

**Sollten Bildungsreformen vor ihrer Einführung getestet werden?**

Bevor eine neue bildungspolitische Maßnahme eingeführt wird, stellt sich die Frage, ob die Reform die gewünschten Ergebnisse, wie etwa bessere Schülerleistungen oder höhere Chancengleichheit, erzielt. Die Mehrheit der Deutschen ist dafür, bildungspolitische Maßnahmen zuerst auf deren Wirksamkeit zu überprüfen. Befragt danach, ob Auswirkungen von Reformen im Bildungssystem, genau wie Medikamente, zunächst im kleineren Rahmen getestet werden sollten, bevor sie flächendeckend eingeführt werden, stimmen 75% der Befragten zu (vgl. Abb. 24). Lediglich 15% sprechen sich dagegen aus.

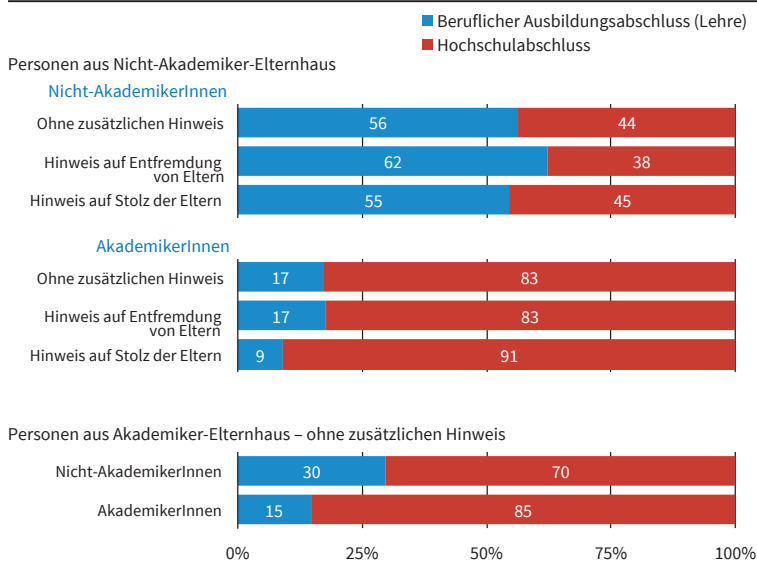
Im Zusammenhang mit dieser Frage haben wir auch untersucht, inwieweit die Verwendung des Wortes »Experiment«, das im wissenschaftlichen Sprachgebrauch die zufällige Einteilung in Untersuchungsgruppen meint, in der öffentlichen Diskussion aber manchmal negativ konnotiert wird, einen Unterschied für die Zustimmung ausmacht. Dazu hat eine zufällig ausgewählte Teilgruppe dieselbe Frage beantwortet, nur dass explizit die Worte »durch Experimente« eingefügt wurden. Dies hat keine signifikante Auswirkung auf die Zustimmung zu Wirksamkeitsstudien im Bil-



Abb. 22

**Welchen Bildungsabschluss würden die Deutschen anstreben, wenn sie noch einmal 15 Jahre alt wären?**

Antworten ändern sich bei Hinweis auf Konsequenzen für Beziehung zu Eltern



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne zusätzlichen Hinweis [Hinweis auf Entfremdung von Eltern] [Hinweis auf Stolz der Eltern]** [Viele Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern gemacht haben, empfinden später eine größere Entfremdung von ihren Eltern und ihrer Familie.] [Viele Eltern sind später stolz, wenn ihre Kinder einen höheren Bildungsabschluss geschafft haben als sie selbst.] Stellen Sie sich vor, Sie wären heute noch einmal 15 Jahre alt. Welchen Bildungsabschluss würden Sie anstreben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

dungsbereich. Während also in der politischen Praxis oft Bildungsreformen durchgeführt werden, die im Vorfeld nicht wissenschaftlich evaluiert wurden (wie etwa die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8)), scheint die Mehrheit der Deutschen für einen Paradigmenwechsel hin zu evidenzbasierter Bildungspolitik zu sein (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016).

**ZUSAMMENFASSUNG**

Das ifo Bildungsbarometer 2017 liefert ein vielschichtiges Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen. Neben bemerkenswerter Reformbereitschaft in Bezug auf die Digitalisierung im Bildungsbereich dokumentiert die diesjährige Befragung, inwieweit sich die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen seit dem ersten ifo Bildungsbarometer 2014 verändert hat.

Insgesamt stehen die Deutschen der Digitalisierung im Bildungsbereich offen gegenüber. So sind fast zwei Drittel der Befragten dafür, an weiterführenden Schulen mindestens 30% der Unterrichtszeit für selbständiges

Arbeiten am Computer zu verwenden. Mehrheiten finden sich auch für die Finanzierung einer IT-Infrastruktur an allen Schulen durch den Bund, für die Erschließung digitaler Kommunikationswege zwischen Schule und SchülerInnen bzw. Eltern sowie für verpflichtende Lehrerfortbildungen zum Thema Digital- und Medienkompetenzen. Zudem befürwortet eine Mehrheit der Deutschen, dass Digitalkompetenzen ab dem Grundschulalter vermittelt und dass diese als fester Bestandteil im Unterricht verankert werden. Für die Benutzung von Smartphones im Unterricht spricht sich hingegen nur eine Minderheit aus. Im Aus- und Weiterbildungsbereich befürworten die Deutschen die Anschaffung digitaler Geräte an Ausbildungsstätten sowie staatliche Förderung von Fortbildungsmaßnahmen zur Digitalisierung. Studienabschlüsse, die online erworben wurden, sollen jedoch laut der Befragten explizit

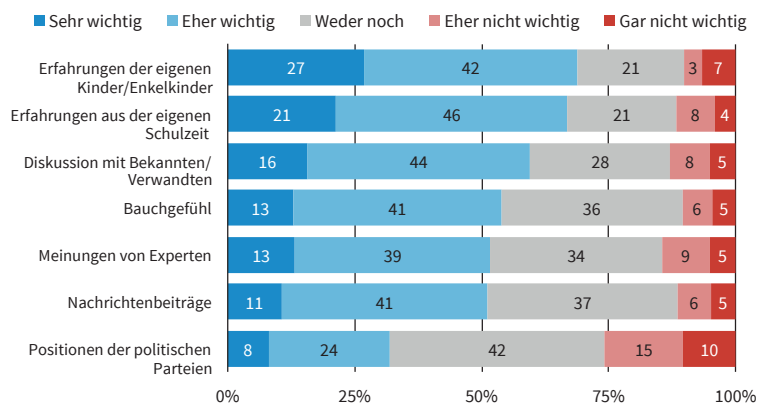
als solche gekennzeichnet werden.

Neben den Meinungen zur Digitalisierung zeigt das ifo Bildungsbarometer 2017 auch Meinungstrends zu bildungspolitischen Themen in der deutschen Bevölkerung seit der ersten Befragung 2014 auf. So sind etwa die Zustimmungsraten zur Erhöhung von staatlichen Ausgaben für Schulen und von Lehrergehältern und zur Einführung deutschlandweit einheitlicher Abschlussprüfungen über die Befragungsjahre gestiegen. Im Gegensatz dazu sprechen sich im Vergleich zu den Vorjahren weniger Befragte für eine Erhöhung der

Abb. 23

**Wie bilden sich die Deutschen ihre Meinung über bildungspolitische Themen?**

Eigene Erfahrungen wichtiger als allgemeine Informationen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Wie wichtig sind für Sie die folgenden Aspekte, wenn Sie sich Ihre Meinung über bildungspolitische Themen bilden?

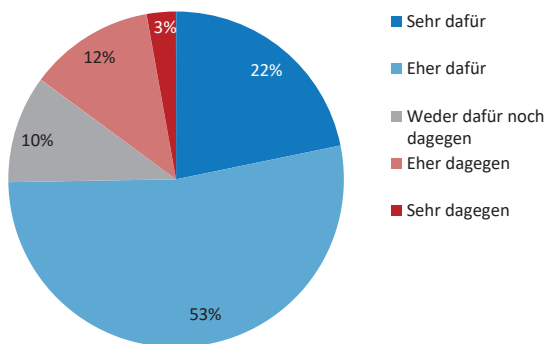
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Abb. 24

### Sollten Reformen vor ihrer Einführung im kleineren Rahmen getestet werden?

Deutliche Mehrheit für Testung vor flächendeckender Einführung



#### Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:<sup>a</sup>

Sind Sie dafür oder dagegen, dass Auswirkungen von Reformen im Bildungssystem, genau wie neue Medikamente, zunächst im kleineren Rahmen getestet werden sollten, bevor sie flächendeckend eingeführt werden?

<sup>a</sup> Bei einem Teil der Befragten enthielt die Frage zusätzlich die Phrase »durch Experimente«. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne »durch Experimente« unterscheidet, werden die Ergebnisse hier zusammen dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Fort- und Weiterbildungsausgaben, für einen Fokus auf kleinere Klassen, für das G8, für höhere Bildungsausgaben pro Flüchtling oder für zweijährige Ausbildungsberufe aus.

Neben diesen Meinungstrends zeigt sich bei vielen Fragen ein über die Zeit stabiles Meinungsbild. So werden die Wichtigkeit bildungspolitischer Themen für die eigene Wahlentscheidung und jene von guten Leistungen deutscher SchülerInnen beim PISA-Test von der überwiegenden Mehrheit gleichbleibend als hoch eingestuft. Im frühkindlichen Bereich sprechen sich unveränderte Mehrheiten für die Einführung einer Kindertagespflicht, kostenfreie Kindergärten und Gehaltserhöhungen für ErzieherInnen aus. Im schulischen Bereich finden sich über die Jahre stabile Zustimmungsraten zur Inklusion, zur Beibehaltung von Schulnoten und von Klassenwiederholungen bei schlechten Leistungen, zu einem Ganztagschulsystem bis 15 Uhr und dazu, dass Schulnoten über die weiterführende Schulart entscheiden. Wie in allen vorangegangenen Befragungen spricht sich auch im ifo Bildungsbarometer 2017 eine leichte relative Mehrheit gegen herkömmliche Studiengebühren aus, gleichzeitig ist aber eine deutliche absolute Mehrheit für nachgelagerte Studiengebühren.

Auch in der diesjährigen Befragung wurde wieder anhand von Survey-Experimenten untersucht, wie die Bereitstellung bestimmter Informationen die bildungspolitische Meinung der Deutschen beeinflusst. Im Einklang mit den Ergebnissen der Vorjahre sinkt etwa die Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen für Schulen, wenn über das derzeitige Ausgabenniveau informiert wird. In ähnlicher Weise verringert die Information zu kostengleichen Alternativen die Zustimmung zu kleineren Klassen, erhöht Information über Durchschnittsverdienste nach Bildungsabschlüssen die Akzeptanz von Studiengebühren und steigert Information über

Bildungsungleichheit das Problembewusstsein zur Chancengleichheit sowie die Zustimmung zu einer Kindertagespflicht. Im Gegensatz dazu tragen Informationen über die Kosten eines Studiums nicht zur Verringerung der Unterschiede in den Bildungsaspirationen zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss bei. In einer Wiederbefragung konnten wir belegen, dass die Informationseffekte auf die Meinungen zu Studiengebühren, Chancengleichheit und Kindertagespflicht auch nach mehreren Wochen noch wirken. Insgesamt zeigt das ifo Bildungsbarometer deutlich, dass die Bereitstellung bestimmter Informationen bildungspolitische Meinungen verändern kann.

## LITERATUR

Akerman, A., I. Gaarder und M. Mogstad (2015), »The skill complementarity of broadband internet«, *Quarterly Journal of Economics* 130(4), 1781–1824.

Aktionsrat Bildung (2017), *Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik*, Waxmann, Münster.

Autor, D.H., F. Levy und R.J. Murnane (2003), »The skill content of recent technological change: An empirical exploration«, *Quarterly Journal of Economics* 118(4), 1279–1333.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016), *Bildung in Deutschland 2016 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Bauernschuster, St., O. Falck und L. Wößmann (2014), »Surfing alone? The internet and social capital: Evidence from an unforeseeable technological mistake«, *Journal of Public Economics* 117, 73–89.

BMBF (2016a), *Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft. Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.

BMBF (2016b), *Digitale Medien in der beruflichen Bildung. Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.

Bonin, H., T. Gregory und U. Zierahn (2015), »Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland«, Kurzexperte Nr. 57 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.

Bulman, G. und R.W. Fairlie (2016), »Technology and education: Computers, software, and the internet«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 5, North Holland, Amsterdam, 239–280.

Brücker, H., N. Rother, J. Schupp et al. (2016), »IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration«, *IAB-Kurzbericht* 24, 1–16.

Cornelissen, T., C. Dustmann, A. Raute und U. Schönberg (2017), »Who benefits from universal child care? Estimating marginal returns to early child care attendance«, *Journal of Political Economy*, im Erscheinen.

Czernich, N., O. Falck, T. Kretschmer und L. Wößmann (2011), »Broadband infrastructure and economic growth«, *Economic Journal* 121(552), 505–532.

Falck, O., C. Mang und L. Wößmann (2017), »Virtually no effect? Different uses of classroom computers and their effect on student achievement«, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, im Erscheinen.

Frey, C. B. und M. A. Osborne (2017), »The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?«, *Technological Forecasting & Social Change* 114, 254–280.

Schmid, U., L. Goertz und J. Behrens (2016), *Monitor digitale Bildung. Berufliche Ausbildung im digitalen Zeitalter*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Statistisches Bundesamt (2014), *Finanzen und Steuern: Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte 2011*, Fachserie 14, Reihe 3.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2017), *Bildungsausgaben: Ausgaben je Schülerin und Schüler 2014*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016), *Mehr Transparenz in der Bildungspolitik*, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016a), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016b), »Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 35–43.

Horst Penzkofer

## Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen von Düsseldorf Congress Sport & Event: Jahr für Jahr bundesweiter Umsatz von rund 3 Milliarden Euro

Die wirtschaftliche Bedeutung von Messen ergibt sich nicht nur aus absatzwirtschaftlich motivierten Überlegungen der Unternehmen als Aussteller und Besucher. Messen sind auch für den Wirtschaftsraum des Messestandorts von erheblicher Bedeutung, treten doch Messeaussteller und -besucher als Nachfrager von Leistungen auf, die in sehr unterschiedlichen Wirtschaftszweigen zum Teil erhebliche wirtschaftliche Effekte induzieren. Neben Messen leisten aber auch Kongresse, Tagungen und sonstige Events einen bedeutenden Beitrag zu den wirtschaftlichen Effekten eines Standorts bzw. einer Region.

Im Auftrag der Messe Düsseldorf GmbH und des Tochterunternehmens Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH (DCSE) führte das ifo Institut eine Studie zu den wirtschaftlichen Wirkungen der Messen auf dem Düsseldorfer Messegelände sowie der sonstigen Veranstaltungen der DCSE für die Stadt Düsseldorf, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland durch. Ziel der Untersuchung war es, die Kaufkraft-, Beschäftigungs- und Steuereffekte zu ermitteln, die Messen sowie Kongresse, Firmenveranstaltungen, Sportevents, Konzerte und Shows im Jahresdurchschnitt auslösen.

### UMFANGREICHE AUSSTELLER- UND BESUCHER-BEFRAGUNGEN BILDEN DIE BASIS DER UNTERSUCHUNG

Für die Berechnung des Ausgabenvolumens des durchschnittlichen Messejahres (Zeitraum 2013–2016) wurde die jeweils aktuellste Veranstaltung berücksichtigt und mit dem Messeturnus gewichtet. Beispielsweise gingen die Messen MEDICA und ProWein mit dem Faktor 1, die Messe Tube mit dem Faktor  $\frac{1}{2}$ , die Messe EuroShop mit dem Faktor  $\frac{1}{3}$  sowie die Messe drupa mit dem Faktor  $\frac{1}{4}$  in die Berechnungen ein. Als Ergebnis liefern die Berechnungen die im Durchschnitt Jahr für Jahr induzierten wirtschaftlichen Effekte eines repräsentativen Messejahres, das turnusgewichtet das gesamte Düsseldorfer Messeportfolio beinhaltet. Die wirtschaftlichen Wirkungen von starken bzw. schwachen Messejahren werden dadurch geglättet. Das durchschnittliche Veranstaltungsjahr (Kongresse und sonstige Events) bezieht sich auf den Zeitraum 2015/16.

Ein zentraler Faktor für die Validität der Ergebnisse sind die der Untersuchung zugrunde liegenden Daten. Für die Berechnungen der wirtschaftlichen Wir-

kungen<sup>1</sup> der Düsseldorfer Messen<sup>2</sup> und der Veranstaltungen der DCSE wurden rund 4 800 Messebesucher, über 4 900 Aussteller, knapp 1 400 Kongressteilnehmer und über 2 900 Besucher sonstiger Veranstaltungen (z.B. Konzerte, Shows, Hauptversammlungen, Firmen- und Sportevents) befragt. Im Messebereich fanden beispielsweise bei folgenden Veranstaltungen Besucher- und Ausstellerehebungen statt: boot, EuroCIS, BEAUTY, wire/Tube, K (Messe für Kunststoff und Kautschuk), MEDICA, drupa und ProWein.

Auf Basis der Informationen aus den standardisierten Besucher- und Ausstellerbefragungen<sup>3</sup> wurden für verschiedene Messetypen (entsprechend den Kompetenzfeldern der Messe Düsseldorf) und Veranstaltungstypen (z.B. internationale, nationale und regionale Kongresse, Konzerte, Sportevents) Aussteller-,

kompenziert. Die Studie stellt somit eine auf die veranstaltungsinduzierten Ausgaben der Besucher und Aussteller orientierte Impact-Analyse dar.

<sup>2</sup> Hierbei ist zu beachten, dass weder die wirtschaftlichen Effekte der angestoßenen bzw. abgeschlossenen Aufträge im Rahmen der Messen noch die wirtschaftlichen Effekte privater Käufe bei Ausstellern in die Berechnungen einbezogen wurden.

<sup>3</sup> Die Ausgaben der Messeakteure und Veranstaltungsteilnehmer wurden nach verschiedenen Ausgabenkategorien abgebildet (z.B. Übernachtung, Verpflegung, private Einkäufe) und den entsprechenden Wirtschaftszweigen (Gastgewerbe, Einzelhandel, Transportgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen usw.) zugeordnet. Nur so ist es möglich, wirtschaftszweigspezifische Nachfrageimpulse abzubilden. Zur methodischen Vorgehensweise siehe beispielsweise Spannagel (1999), Täger und Penzkofer (2005) sowie Penzkofer (2009a).

<sup>1</sup> Die ermittelten wirtschaftlichen Effekte stellen darauf ab, dass die durch die Messe- und Veranstaltungsausgaben ausgelasteten Produktions- und Beschäftigungskapazitäten nicht durch andere Nachfrageaktivitäten tangiert bzw. genutzt werden, d.h., der etwaige Ausfall der Messe- und Veranstaltungsausgaben als Nachfragevolumen wird nicht durch Ausgaben anderer Unternehmen und Personen

Besucher- und Kongressindikatoren ermittelt. Diese Indikatoren bildeten die Grundlage für die Hochrechnung des Gesamtvolumens der Besucher- und Ausstellerausgaben. Das verwendete Hochrechnungsmodell stellt dabei anhand zahlreicher Merkmale kausale Zusammenhänge zwischen den in die Befragungen eingegangenen Veranstaltungen und den nicht befragten Veranstaltungen her.

Die direkten Ausgaben der Messeakteure und Veranstaltungsteilnehmer bilden allerdings nur einen Teil der wirtschaftlichen Effekte ab. Infolge der ausgeprägten Arbeitsteilung werden in erheblichem Umfang Güter und Dienstleistungen von Unternehmen bezogen, die von den Ausgaben der Aussteller, Messe- und Veranstaltungsbesucher sowie Kongressteilnehmer nicht direkt betroffen sind. Diese indirekt begünstigten Unternehmen fragen ihrerseits wiederum Vorleistungen von Gütern und Dienstleistungen nach. So ergibt sich eine Kette von leistungswirtschaftlichen Folgewirkungen über alle Wirtschaftszweige. Zur Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Messen und sonstigen Veranstaltungen gilt es somit, auch die durch Vorlieferungen ausgelösten Produktionseffekte zu berücksichtigen. Eine weitere indirekte Wirkung resultiert aus den Einkommen der privaten Haushalte, die infolge der messe- und veranstaltungsinduzierten Produktion entstehen. Ein Teil des sich ergebenden verfügbaren Einkommens wird wieder verausgabt.<sup>4</sup> Die hieraus entstehenden leistungswirtschaftlichen Wirkungen gilt es, ebenfalls in die Berechnungen einzubeziehen. Als Methode zur Quantifizierung der wirtschaftlichen (direkten und indirekten) Effekte wurde die Input-Output-Rechnung<sup>5</sup> verwendet, die die Transaktionen zwischen den Wirtschaftszweigen abbildet.

### AUSSTELLER UND BESUCHER VON DÜSSELDORFER MESSEN GEBEN IN EINEM DURCHSCHNITTLICHEN MESSEJAHR ÜBER 1,9 MRD. EURO AUS

Die Düsseldorfer Messen genießen von Seiten der beteiligten Akteure allem Anschein nach eine sehr hohe Wertschätzung. In- und ausländischen Aus-

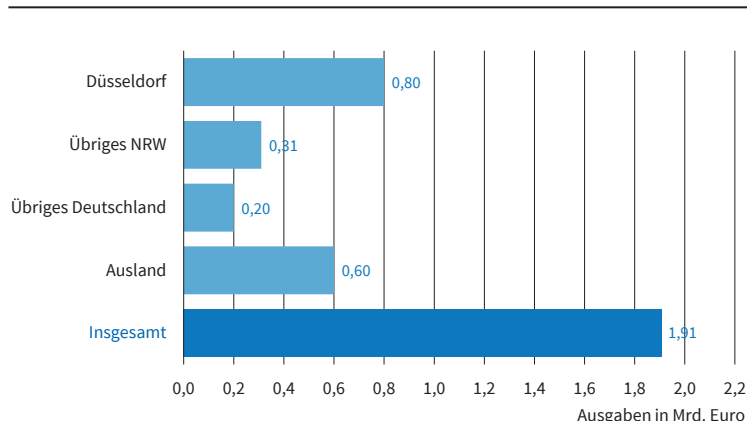
<sup>4</sup> Höherer Konsum der beschäftigten Personen im Vergleich zum Konsum bei Bezug von Transferleistungen.

<sup>5</sup> Infolge zeitintensiver Arbeiten liegen die der Input-Output-Rechnung zugrunde liegenden Tabellen erst mit zeitlicher Verzögerung vor. Während sich über einen längeren Zeitraum die Input-Output-Strukturen sehr wohl verändern, treten in einer kurzfristigen Betrachtung nur geringfügige Strukturveränderungen auf, so dass nur wenige Jahre zurückliegende Tabellen als eine gute Näherungslösung der aktuellen Wirtschaftsstruktur angesehen werden können. Der Untersuchungszeitraum der Studie bezog sich auf die Jahre 2013 bis 2016, die verwendete Input-Output-Tabelle repräsentiert das Jahr 2012.

Abb. 1

#### Regionale Verteilung der Messeausgaben

Durchschnittliches Messejahr der Messe Düsseldorf GmbH



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

stellern und Besuchern ist die Beteiligung an einer Messe bzw. der Besuch einer Messe insgesamt jährlich 1,91 Mrd. Euro wert. Diese unmittelbar durch Düsseldorfer Messen ausgelösten Ausgaben fallen aber nicht gänzlich in Düsseldorf an (vgl. Abb. 1). Während beispielsweise die Ausgaben der Besucher und Aussteller für die Übernachtung, Verpflegung und für private Einkäufe überwiegend in Düsseldorf getätigt werden, schlagen andere Ausgabenarten, wie etwa die Kosten für die An- und Abreise auswärtiger Besucher und Aussteller, den Standbau und die Personalausgaben, zum großen Teil im übrigen Bundesgebiet oder im Ausland zu Buche. Entscheidend hierfür ist im Wesentlichen der Wohnort bzw. Firmensitz der Besucher bzw. Aussteller. Von den Messeausgaben werden annähernd 42% in Düsseldorf (795 Mio. Euro) getätigt; in Nordrhein-Westfalen insgesamt fallen Ausgaben in Höhe von 1,11 Mrd. Euro an.

Von den Gesamtausgaben der Messebesucher (0,67 Mrd. Euro) haben die Ausgaben in der Hotellerie und Gastronomie mit rund 47% das stärkste Gewicht. Die Kosten der An- und Abreise schlagen mit fast 38% zu Buche. In nennenswertem Umfang partizipiert aber auch der Einzelhandel von den Besucherausgaben (rund 6%). Der Messeeintritt (inkl. Kauf von Katalogen) trägt zu den gesamten Ausgaben der Besucher dagegen nur zu rund 4% bei. Im Schnitt liegen die Ausgaben je Besucher bei 517 Euro. Bei einigen Düsseldorfer Messen fällt der Ausgabenbetrag je Besucher aber deutlich höher aus als der Durchschnittswert. Dies trifft vor allem für Messen mit einem sehr hohen Anteil an ausländischen Fachbesuchern zu, da Messebesucher aus dem Ausland im Schnitt länger in der Messestadt bzw. in der Region verweilen als das aus Deutschland ange-reiste Fachpublikum und somit vergleichsweise höhere Ausgaben tätigen. Hiervon profitieren vor allem die Hotellerie und Gastronomie.

Von den Gesamtausgaben der ausstellenden Unternehmen in Höhe von jahresdurchschnittlich 1,24 Mrd. Euro entfällt knapp ein Fünftel auf den Standbau; fast 17% der Ausgaben stehen im Zusammen-



hang mit den Personalkosten für die Durchführung von Messebeteiligungen. Rund 21% der Ausstellerausgaben geht an den Messveranstalter (Standmiete inkl. Gebühren für Strom, Entsorgung usw.). Knapp 12% der Ausgaben entfallen auf die An- und Abreise des Personals der ausstellenden Unternehmen. Die Ausgaben für Übernachtung, Verpflegung und private Einkäufe summieren sich auf annähernd 18%. Bezogen auf alle Messeveranstaltungen liegen die Ausgaben pro Aussteller für ein durchschnittliches Messejahr bei 43 150 Euro.

Ausschlaggebend für die hohen Gesamtausgaben der Aussteller und Besucher ist, dass die Düsseldorfer Messen sowohl auf der Aussteller- als auch auf der Besucherseite eine sehr hohe Internationalität aufweisen. Voraussetzung hierfür ist wiederum, dass das Düsseldorfer Messeprogramm durch zahlreiche internationale Leitmessen geprägt ist, die für die technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eines Wirtschaftszweigs von ausschlaggebender Bedeutung sind.

### DÜSSELDORFER MESSEN INDUZIEREN IN DEUTSCHLAND EINEN KAUFKRAFTZUFLUSS VON 2,44 MRD. EURO ...

Durch die direkten Ausgaben der Besucher und Aussteller wird – wie bereits erwähnt – eine indirekte Produktionskette bei Unternehmen angestoßen, die von den Ausgaben der Aussteller und Besucher nicht direkt betroffen sind. Werden die insgesamt messeinduzierten (direkten und indirekten) Produktionseffekte in Kaufkrafteffekte umgerechnet, so resultiert aus den Düsseldorfer Messen Jahr für Jahr ein Kaufkraftzufluss<sup>6</sup> in Höhe von rund 2,44 Mrd. Euro. Dieses Kaufkraftvolumen wird zu rund 53% in Düsseldorf (1,29 Mrd. Euro)<sup>7</sup> und zu rund 30% im übrigen Nordrhein-Westfalen (0,74 Mrd. Euro) wirksam. Zudem generieren die Messen über 1 Million Übernachtungen<sup>8</sup> in Düsseldorf und weitere rund 710 000 Übernachtungen außerhalb von Düsseldorf.

<sup>6</sup> Nachfragepotenzial (inkl. MwSt.) nach Gütern und Dienstleistungen in einer Wirtschaftsregion.

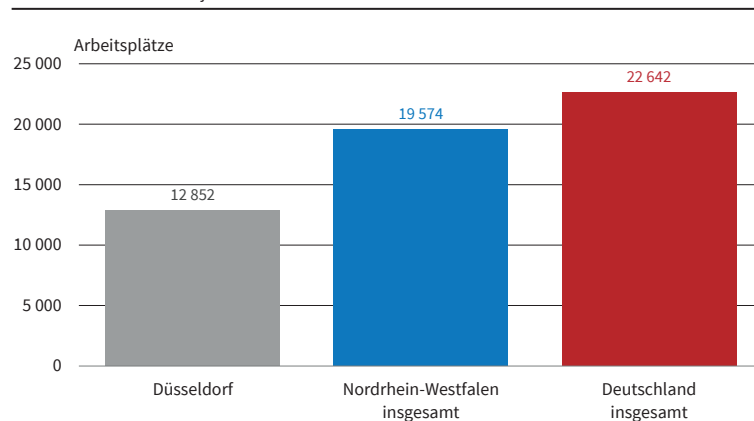
<sup>7</sup> Die regionale Bedeutung wird häufig auch durch den Umwegrenditefaktor veranschaulicht (erzielter regionaler Kaufkraftzufluss in Relation zum Umsatz des Unternehmens). Für Düsseldorf ergibt sich folgende Relation: Ein Euro Inlandsmesseumsatz generiert im Jahresdurchschnitt rund 6,2 Euro Umsatz im Raum Düsseldorf. Generell ist hierbei allerdings zu beachten, dass der Umwegrenditefaktor nicht isoliert von der Umsatzbezugsgröße (z.B. Konzernumsatz, Umsatz mit Messen im Inland) und auch nicht isoliert von der Größe des betreffenden Wirtschaftsraums (potenzielle Aufnahmefähigkeit der Messeausgaben) gesehen werden kann.

<sup>8</sup> Dies sind rund 23% aller Übernachtungen in Düsseldorf.

Abb. 2

#### Beschäftigungswirkungen der Düsseldorfer Messen

Durchschnittliches Messejahr



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

### ... UND SICHERN ÜBER 22 600 ARBEITSPLÄTZE

Werden die mit den in Deutschland getätigten Messeausgaben induzierten direkten und indirekten Produktionseffekte betrachtet, so errechnet sich, dass in einem durchschnittlichen Messejahr bundesweit 22 642 Arbeitsplätze<sup>9</sup> von Düsseldorfer Messen ausgelösten Ausgaben gesichert werden (vgl. Abb. 2). Bezogen auf Düsseldorf resultieren rund 12 850 abhängige Arbeitsplätze. Die gesamten messeinduzierten Arbeitsplätze in Düsseldorf sind aufgrund der unmittelbaren Ausgabeneffekte überwiegend im Gast- und Beherbergungsgewerbe sowie im Handwerk und in unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen angesiedelt. In Nordrhein-Westfalen insgesamt sind im Jahresdurchschnitt knapp 19 600 Personen durch Düsseldorfer Messen beschäftigt.

### DÜSSELDORFER MESSEN GENERIEREN BUNDESWEIT EIN STEUERAUFKOMMEN VON RUND 465 MIO. EURO

Weitere mit den Messeaktivitäten verbundene Wirkungen sind Steuereinnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Stadt Düsseldorf, Bundesland Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland) die infolge von Produktionsprozessen, daraus resultierenden Einkommen und Gewinnen sowie durch den privaten Verbrauch anfallen. Der Beitrag der Düsseldorfer Messen zu den Einnahmen der öffentlichen Haushalte ist nicht unerheblich: Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich für ein durchschnittliches Messejahr Steuereinnahmen in Höhe von rund 465 Mio. Euro; davon entfallen 30,1 Mio. Euro auf Düsseldorf<sup>10</sup> und rund 164 Mio. Euro auf das übrige Nordrhein-Westfalen.

<sup>9</sup> Die mit der messeinduzierten Nachfrage verbundene Beschäftigung wurde mittels wirtschaftszweigspezifischer Arbeitskoeffizienten errechnet. Die ermittelten Arbeitsplätze stellen bezogen auf die Arbeitszeit (den geleisteten Output) einer wirtschaftszweigspezifischen repräsentativen Arbeitsperson Vollzeitäquivalente dar.

<sup>10</sup> Da die Aufteilung des Steueraufkommens nicht mit dem Entste-

**STARKES MESSEJAHR 2016 LÖST SEHR HOHE WIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE AUS**

Mit über 30 Messen, darunter unter anderem die Messen drupa, K, MEDICA und wire/Tube, verzeichnete die Messe Düsseldorf GmbH im Jahr 2016 das zweitstärkste Umsatzjahr (Basis: Konzernumsatz) ihrer Geschichte. Bezogen auf den Inlandsumsatz war es sogar das stärkste Umsatzjahr. In diesem Ausnahmejahr konnten sämtliche wirtschaftliche Effekte eines durchschnittlichen Messejahres deutlich übertroffen werden (vgl. Abb. 3).

Die weltweit getätigten direkten Messeausgaben erhöhten sich auf 2,77 Mrd. Euro; gegenüber einem Durchschnittsjahr eine Zunahme um 860 Mio. Euro. Der Kaufkraftzufluss stieg in Deutschland um 1,06 Mrd. Euro auf 3,50 Mrd. Euro, und die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden betragen 664 Mio. Euro; d.h., sie lagen um knapp 200 Mio. Euro über den Steuereinnahmen eines durchschnittlichen Messejahres. Die Anzahl der durch Messen gesicherten Arbeitsplätze belief sich bundesweit auf fast 33 000.

**VON DEN VERANSTALTUNGEN DER DCSE SIND BUNDESWEIT ÜBER 5 000 ARBEITSPLÄTZE ABHÄNGIG**

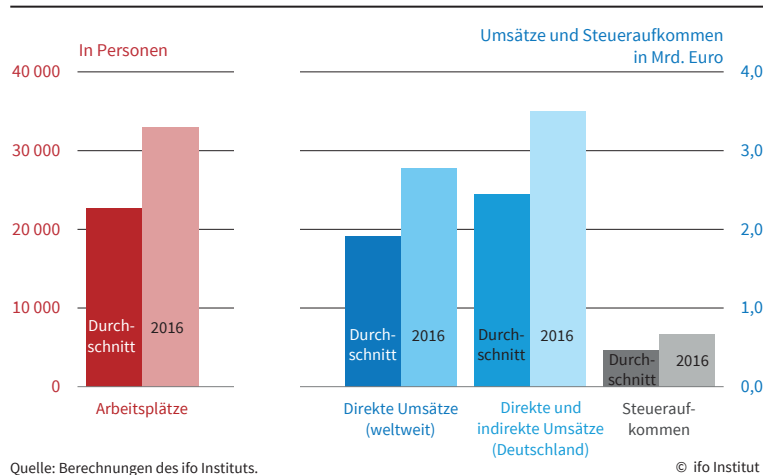
Die DCSE erzielt mit ihren Veranstaltungen Jahr für Jahr wirtschaftliche Effekte im dreistelligen Millionenbereich. Die direkten Ausgaben der Eventbesucher und Teilnehmer an Kongressen/Tagungen belaufen sich pro Jahr auf rund 308 Mio. Euro. Rund 73% der Ausgaben werden dabei direkt in Düsseldorf ausgegeben (229 Mio. Euro). Die Ausgaben je Eventbesucher liegen bei 102 Euro, bezogen auf die Kongressteilnehmer resultiert ein durchschnittlicher Ausgabenbetrag in Höhe von 638 Euro.

*Fortsetzung Fußnote 10:* hungsort der Steuerdeckungsgleich ist, weicht die regionale Verteilung des Steueraufkommens von den Kaufkraft- und Arbeitsplatzeffekten deutlich ab. Beispielsweise erhält von der Umsatzsteuer die Kommune nur rund 2%.

Abb. 3

**Wirtschaftliche Effekte der Düsseldorfer Messen**

Vergleich eines durchschnittlichen Messejahres mit dem Jahr 2016



Der durch die Kongresse, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen induzierte Kaufkraftzufluss summiert sich bundesweit auf rund 542 Mio. Euro, wobei Düsseldorf Unternehmen (z.B. Hotels, Restaurants, Einzelhändler, öffentlicher Nahverkehr, Taxiunternehmen) mit rund 369 Mio. Euro am stärksten profitieren. Hieraus ergibt sich für den Raum Düsseldorf ein Umwegenditefaktor von 10,8. Die Kongresse, Tagungen und sonstigen Events induzieren zudem rund 395 000 Übernachtungen in Düsseldorf.

Die Kongresse, Tagungen und sonstige Events führen im jährlichen Durchschnitt zu einer Beschäftigung von 5 050 Personen in der Bundesrepublik Deutschland – über 3 800 aller veranstaltungsinduzierten Arbeitsplätze entfallen auf Düsseldorf, weitere rund 800 Arbeitsplätze auf das übrige Nordrhein-Westfalen.

Darüber hinaus haben die Veranstaltungen der DCSE pro Jahr bundesweit Steuereinnahmen in Höhe von rund 102 Mio. Euro zur Folge. Von dem Steueraufkommen stehen Düsseldorf 6,2 Mio. Euro und Nordrhein-Westfalen insgesamt über 45 Mio. Euro zu.

**GESAMTERGEBNISSE FÜR EIN DURCHSCHNITTLICHES MESSE- UND VERANSTALTUNGSJAHR**

Für ein durchschnittliches Messe- und Veranstaltungsjahr (Kongresse, Firmen- und Sportveranstaltungen, Konzerte sowie sonstige Events) belaufen sich die direkten Gesamtausgaben auf rund 2,22 Mrd. Euro, davon werden rund 1,59 Mrd. Euro in Deutschland ausgegeben. Die in Deutschland durch die Messen und Veranstaltungen angestoßenen gesamtwirtschaftlichen Kaufkrafteffekte betragen knapp 3 Mrd. Euro (vgl. Abb. 4). Dieser Kaufkraftzufluss wird zu rund 56% in Düsseldorf (1,66 Mrd. Euro) und zu 28,5% im übrigen Nordrhein-Westfalen (0,85 Mrd. Euro) wirksam. In Nordrhein-Westfalen insgesamt belaufen sich somit die Kaufkraftzuflüsse auf 2,51 Mrd. Euro. Werden die Kaufkraftzuflüsse für den Raum Düsseldorf in Bezug zum jahresdurchschnittlichen Inlandsumsatz der Messe Düsseldorf (inkl. DCSE) gesetzt, so errechnet sich, dass je Euro Inlandsumsatz ein Umsatz von 6,7 Euro im Raum Düsseldorf ausgelöst wird.

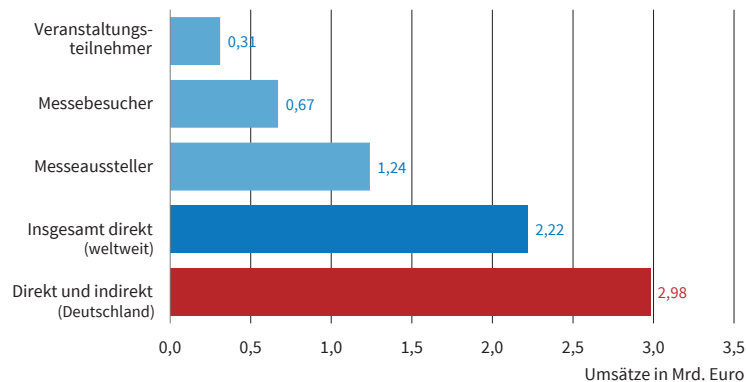
Im Zusammenhang mit den Messen und Veranstaltungen werden in Düsseldorf rund 1,43 Mio. Übernachtungen gebucht. Dies sind annähernd 32% aller in einem Jahr in Düsseldorf anfallenden Übernachtungen. Außerhalb von Düsseldorf fallen darüber hinaus weitere rund 730 000 Übernachtungen an.

Während eines durchschnittlichen Messe- und Veranstaltungs-

Abb. 4

**Direkt und indirekt induzierte Umsätze**

Durchschnittliches Veranstaltungsjahr der Messe Düsseldorf GmbH



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

jahres werden knapp 27 700 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Davon entfallen 16 664 Arbeitsplätze auf Düsseldorf und rund 24 200 Arbeitsplätze auf Nordrhein-Westfalen insgesamt. Rund 34% der gesamten messe- und veranstaltungsinduzierten Arbeitsplätze sind im Hotel- und Gaststättengewerbe angesiedelt. Auf das Handwerk und veranstaltungsaffine Dienstleistungen entfallen rund 29% der Beschäftigten.

Durch die ausgelösten Produktionsprozesse, die resultierenden Einkommen und Gewinne sowie durch den privaten Verbrauch entstehen Steuereinnahmen. Für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik ergeben sich für ein durchschnittliches Messe- und Veranstaltungsjahr Steuereinnahmen in Höhe von rund 567 Mio. Euro. Auf Düsseldorf entfällt hiervon ein Betrag von über 36 Mio. Euro.

Da die Messen und sonstigen Veranstaltungen in Düsseldorf ursächlich für die getätigten Ausgaben von Besuchern, Ausstellern und Kongressteilnehmern sind, würden die wirtschaftlichen Effekte ohne diese Messen und Kongresse entfallen. Die auswärtigen Aussteller, Besucher und Kongressteilnehmer würden ihre Aus-

gaben an einem anderen Standort tätigen. Diese Ausgaben würden somit fehlen. Es würde sich sogar ein Kaufkraftentzug in der Region ergeben, da lokale Aussteller und Fachbesucher ihre Messe- bzw. Kongressausgaben an den »anderen« Veranstaltungsstandort verlagern würden.

**ERHÖHTE INTERNATIONALITÄT BEI AUSSTELLERN UND BESUCHERN BEWIRKT FÜR DÜSSELDORF STEIGERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN EFFEKTE**

Bereits vor acht Jahren wurde eine Untersuchung (Zeitraum

2005/08) zu den wirtschaftlichen Effekten der Messen und sonstigen Veranstaltungen für die Messe Düsseldorf GmbH erstellt (vgl. Penzkofer 2009b). Im Zeitvergleich erhöhte sich bundesweit der Kaufkrafteffekt um nominal rund 9% (von 2,74 Mrd. Euro auf 2,98 Mrd. Euro) und das Steueraufkommen um nominal rund 13% (von 502 Mio. Euro auf 567 Mio. Euro). Die Zahl der gesicherten Arbeitsplätze (von 28 061 auf 27 692) sank leicht um rund 1%. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze zum einen auf den realen Produktionsoutput bezieht und sich zum anderen Arbeitsproduktivitätseffekte auswirken.

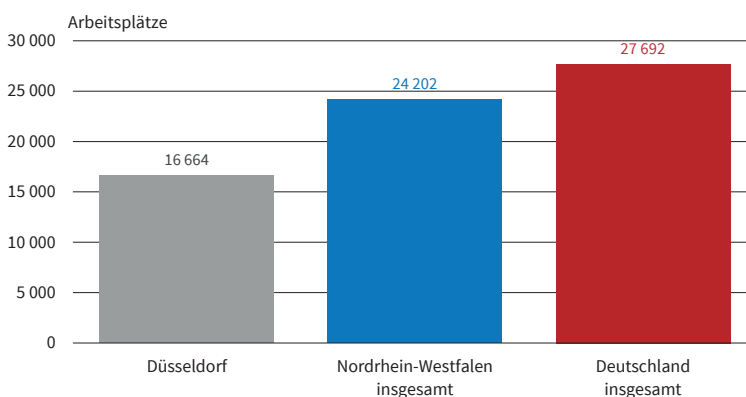
Für Düsseldorf weisen dagegen im achtjährigen Zeitraum sowohl die Zahl der gesicherten Arbeitsplatzeffekte (2005/08: 16 071; 2013/16: 16 664; rund + 4%) als auch die Kaufkraft- und Steuereffekte einen Zuwachs auf. Die Kaufkraftzuflüsse erhöhten sich um rund 15% auf 1,66 Mrd. Euro (2005/08: 1,44 Mrd. Euro) und das Steueraufkommen legte um rund 22% auf 36,3 Mio. Euro (2005/08: 29,8 Mio. Euro) zu.

Der im Bundesvergleich stärkere Anstieg bei den wirtschaftlichen Effekten in Düsseldorf ist zum einen

auf die in den vergangenen acht Jahren gestiegene Internationalität der Messebesucher und Aussteller zurückzuführen. Mehr ausländische Fachbesucher und Aussteller bedeuten eine längere Verweildauer in Düsseldorf und damit vor allem mehr Übernachtungen sowie mehr Ausgaben in der Gastronomie. Zum anderen war auch bei der Zahl der Veranstaltungsbesucher ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Hierbei fiel der Zuwachs bei den Kongress- und Tagungsteilnehmern, die im Vergleich zu den sonstigen Eventbesuchern eine höhere überregionale Teilnehmerstruktur und

Abb. 5

**Beschäftigungswirkungen der Düsseldorfer Messe-, Kongress- und Eventaktivitäten in einem Durchschnittsjahr**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

zugleich eine längere Aufenthaltsdauer am Veranstaltungsort aufweisen, überproportional stark aus.

## LITERATUR

---

Penzkofer, H. (2009a), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, AUMA-Schriftenreihe – Edition 30, Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Institut der deutschen Messewirtschaft, Berlin.

Penzkofer, H. (2009b), »Düsseldorfer Messen und Veranstaltungen von DüsseldorfCongress sichern die Arbeitsplätze von bundesweit knapp 28 100 Personen«, *ifo Schnelldienst* 62(22), 47–51.

Spannagel, R., U.Chr. Täger, G. Weitzel et al. (1999), *Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Messen und Ausstellungen in Deutschland*, ifo Studien zu Handels- und Dienstleistungsfragen, Bd. 57, ifo Institut, München.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Input-Output-Rechnung – 2012*, Wiesbaden.

Täger, U.Chr. und H. Penzkofer (2005), »Production and employment effects of trade fairs and exhibitions«, in: M. Kirchgeorg, W. M. Dornscheid, W. Giese und N. Stoeck (Hrsg.), *Trade Show Management*, Gabler, Wiesbaden, 127–139.

Annette Weichselberger

# Deutsche Industrie: Erhöhte Investitionsbereitschaft 2017

Nach den Plänen der Unternehmen ist im Verarbeitenden Gewerbe 2017 mit einem Anstieg der Investitionen um nominal rund 7% zu rechnen. Für das vergangene Jahr ergaben die Meldungen der Firmen einen im Vergleich zum Vorjahr nur leichten Anstieg von 1%. An der vom ifo Institut schwerpunktmäßig im Frühjahr 2017 durchgeführten Investitionserhebung beteiligten sich etwa 2 300 Unternehmen. Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen 2015 repräsentieren sie das deutsche Verarbeitende Gewerbe zu 51%. Erfasst wurden neben der Investitionsentwicklung in den vergangenen beiden Jahren die Investitionspläne für das laufende Jahr sowie die Zielsetzungen der Investitionstätigkeit.

## 2016: GEPLANTE INVESTITIONEN NUR ZUM TEIL UMGESETZT

Nach den Ergebnissen der aktuellen Investitionserhebung hat das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland 2016 gut 57 Mrd. Euro in neue Bauten und Ausrüstungsgüter investiert (vgl. Tab. 1). Damit erhöhten sich die Investitionen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes nominal leicht um 1%. Real dürften die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes 2016 stagniert haben, da sich die Preise für Ausrüstungsgüter 2016 um 1% erhöhten und der Großteil der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes der Anschaffung von neuen Ausrüstungsgütern (86%) diene. Der Anteil der Bauinvestitionen, deren Preise im vergangenen Jahr um knapp 2% anzogen, betrug entsprechend 14% (vgl. Tab. 2).

Wie das aktuelle Befragungsergebnis zeigt, hat die deutsche Industrie ihre ursprünglichen Investitionsabsichten für 2016 merklich nach unten korrigiert. Den Meldungen vom Herbst 2015 zufolge plante das Verarbeitende Gewerbe seine Investitionen 2016 um nominal 5% (real: knapp 5%) aufzustocken.

Mit dieser nur leichten Zuwachsrate ist das Investitionswachstum im deutschen Verarbeitenden Gewerbe

2016 geringer ausgefallen als in der deutschen Wirtschaft insgesamt. Der Anstieg der Anlageinvestitionen im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche Deutschlands betrug 2016 knapp 4% (real: gut 2%). Gemessen an den Investitionen hat das Verarbeitende Gewerbe an der gesamten Wirtschaft einen Anteil von rund einem Fünftel.

## LEICHTER INVESTITIONSANSTIEG UM 1%

Nach den aktuellen Ergebnissen wurden die Investitionen 2016 vor allem in den beiden – gemessen an ihrem Investitionsvolumen – relativ kleinen Konsumgütersegmenten *Gebrauchs-* und *Verbrauchsgüter* erhöht (um knapp 8% bzw. um 12%, vgl. Tab. 1). Die *Vorleistungsgüterproduzenten* investierten in ähnlichem Umfang wie im Jahr zuvor, während das *Investitionsgütergewerbe* seine Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter um rund 3% einschränkte.

Auf Branchenebene schlägt vor allem das Investitionsverhalten der Hersteller von Kraftwagen und -teilen zu Buche (vgl. Tab. 4). Diese Branche tätigt allein knapp ein Viertel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes. Für die deutsche Automobilindustrie war

Tab. 1

### Bruttoanlageinvestitionen

Bereich	Mio. Euro		Veränderungsraten in %		
	2015	2016	2015/2014	2016/2015	2017/2016
Verarbeitendes Gewerbe	56 560	57 160	+ 3	+ 1	+ 7
darunter:					
Vorleistungsgüter	21 630	21 630	± 0	± 0	+ 6
Investitionsgüter	23 870	23 170	+ 1	- 3	+ 9
Gebrauchsgüter	1 060	1 140	- 6	+ 8	+ 17
Verbrauchsgüter	8 930	10 000	+ 5	+ 12	+ 3

Quelle: ifo Investitionsumfragen.



Tab. 2

**Zusammensetzung der Investitionen**

Bereich	Anteile an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen in %							
	Betriebsbauten <sup>a</sup> (einschl. in Bau befindlicher)				Ausrüstungen <sup>b</sup>			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Verarbeitendes Gewerbe	14	14	14	14	86	86	86	86
darunter:								
Vorleistungsgüter	10	10	14	12	90	90	86	88
Investitionsgüter	16	13	13	15	84	87	87	85
Gebrauchsgüter	11	9	15	11	89	91	85	89
Verbrauchsgüter	25	17	15	16	75	83	85	84

<sup>a</sup> Ohne Wohnungsbauten. <sup>b</sup> Diese Position enthält Maschinen und maschinelle Anlagen (einschl. in Aufstellung befindlicher) sowie Fahrzeuge, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Quelle: ifo Investitionsbefragungen.

das Geschäftsjahr 2016 nicht ganz so gut verlaufen wie erwartet, zumal die Umsätze mehr oder weniger stagnierten (vgl. Abb. 1). Den Ergebnissen der Investitionsbefragung zufolge hat sich ihre Investitionen im vergangenen Jahr um rund 7% zurückgefahren und damit ihre ursprünglichen Investitionspläne merklich nach unten korrigiert. Investitionskürzungen (zwischen 5 und 10%) meldeten auch die chemische Industrie, das Papiergewerbe, die Getränkeindustrie und der Bereich Herstellung von sonstigen Waren (vgl. Tab. 4).

Kräftige Investitionserhöhungen von rund einem Fünftel ergaben hingegen die Meldungen der – an ihrem Investitionsvolumen gemessenen – kleineren Branchen Ledergewerbe und Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung usw. Deutliche Investitionszuwächse zwischen 10 und 15% meldeten u.a. auch die Hersteller von Metallerzeugnissen, die pharmazeutische Industrie und das Holzgewerbe. Demgegenüber erhöhten z.B. der Maschinenbau, die Gummi- und Kunststoffverarbeitung, die Metallerzeugung und -verarbeitung sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln ihre Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2016 nur leicht um bis zu 5%.

Ein im Vergleich zum Vorjahr unverändertes Investitionsniveau ergaben die Meldungen der Hersteller von elektrischen Ausrüstungsgütern, der Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb) und der Bran-

che Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen.

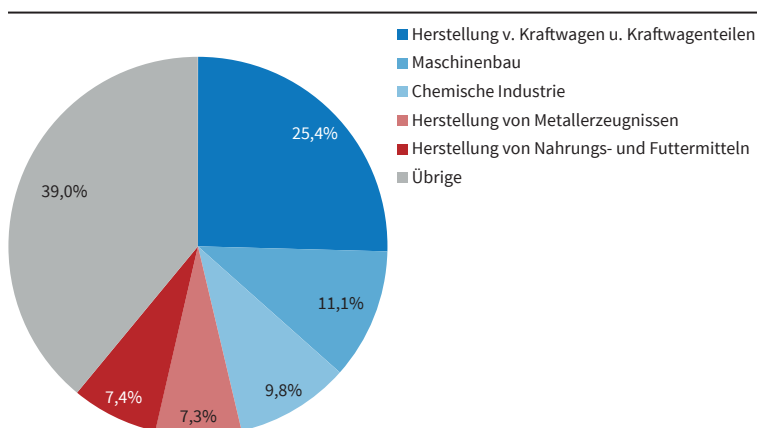
**2017: UNTERNEHMEN WOLLEN 7% MEHR INVESTIEREN**

Angesichts einer guten konjunkturellen Entwicklung will das Verarbeitende Gewerbe nach dem derzeitigen Planungsstand seine Investitionen in diesem Jahr deutlich erhöhen. Betrachtet man die von den Unternehmen gemeldeten Investitionstendenzen, so planen 71% der Erhebungsteilnehmer mehr und 28% weniger als 2016 zu investieren, die restlichen ein Prozent wollen ihre Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter konstant halten. Der Saldo aus den »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen liegt somit bei +43. Werden der Berechnung die quantitativen Angaben zugrunde gelegt, so dürften die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in neue Bauten und Ausrüstungen 2017 nominal 7% (real: gut 6%) über dem Vorjahresniveau liegen.

**ERHÖHTE INVESTITIONSBEREITSCHAFT INSBESONDERE BEI DEN GEBRAUCHSGÜTERHERSTELLERN**

Nach den aktuellen Meldungen sind 2017 in allen Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes Investitionszuwächse zu erwarten. Den stärksten Anstieg von rund einem Sechstel meldeten die *Gebrauchsgüterproduzenten*. Aber auch die Hersteller von *Investitions- bzw. Vorleistungsgütern* planen insgesamt gesehen, ihre Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter in diesem Jahr merklich aufzustocken (um rund 9 bzw. 6%). Demgegenüber beabsichtigen die *Verbrauchsgüterproduzenten* nach der regen Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr, ihre Sachanlageinvestitionen in diesem Jahr nur vergleichsweise leicht – um 3% – zu erhöhen.

Abb. 1  
Investitionen der Wirtschaftszweige 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Tab. 3

**Tendenzen der Investitionsplanung**

Bereich	Im Jahr 2017 wollen gegenüber 2016 ...% der Unternehmen <sup>a</sup> investieren				Zum Vergleich: Pläne für		
	mehr	gleich viel	weniger	Saldo <sup>b</sup>	2016	2015	2014
Verarbeitendes Gewerbe	71	1	28	+ 43	+ 18	+ 28	+ 41
darunter:							
Vorleistungsgüter	70	1	29	+ 41	+ 22	+ 33	+ 9
Investitionsgüter	82	0	18	+ 64	+ 6	+ 47	+ 78
Gebrauchsgüter	85	1	14	+ 71	+ 46	- 42	+ 92
Verbrauchsgüter	49	10	41	+ 8	+ 22	+ 7	+ 34

<sup>a</sup> Gewichtet mit dem Firmenumsatz. – <sup>b</sup> Differenz der Prozentanteile der gewichteten »Mehr«- und »Weniger«-Meldungen.

Quelle: ifo Investitionsbefragungen.

Werden die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen differenziert, so haben fast alle Branchen ihre Investitionsbudgets für dieses Jahr erhöht (vgl. Tab. 4). Die stärksten Zuwächse um je rund ein Fünftel ergaben die Meldungen der Hersteller von sonstigen Waren und des Holzgewerbes. Die Kraftfahrzeugbranche beabsichtigt nach dem Rückgang im vergangenen Jahr ihre Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter wieder spürbar – um 10% – zu

erhöhen. Investitionssteigerungen in ähnlicher Höhe (zwischen 10 und 15%) haben auch unter anderem die Branchen Maschinenbau, sonstiger Fahrzeugbau, Herstellung von Metallerzeugnissen, die Möbelindustrie und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen vorgesehen.

Demgegenüber ergaben die Meldungen der Gummi- und Kunststoffindustrie, der chemischen Industrie, des Textilgewerbes, der Metallerzeugung

Tab. 4

**Investitionsentwicklung nach Branchen**

Bereich	Bruttoanlageinvestitionen in Mio. Euro			
	2014	2015	2016 <sup>p</sup>	2017 Veränderung in der Größenordnung von ...% <sup>a</sup>
Verarbeitendes Gewerbe	54 845	56 560	57 160	+ 7
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	3 825	4 165	4 250	- 5
Getränkeherstellung	1 140	1 175	1 120	± 0
Tabakverarbeitung	180	160	190	- 25
Textilgewerbe	340	365	400	+ 5
Bekleidungsindustrie	75	165	190	± 0
Ledergewerbe	215	50	60	± 0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	555	595	685	+ 20
Papiergewerbe	1 180	1 185	1 065	+ 5
Herstellung von Druckerzeugn.; Vervielf. von Ton-, Bild-, Datenträgern	620	555	665	± 0
Kokerei und Mineralölverarbeitung	850	705	705	+ 10
Chemische Industrie	5 470	5 510	5 230	+ 5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	1 610	1 555	1 790	± 0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 890	3 040	3 190	+ 5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 570	1 610	1 690	+ 5
Metallerzeugung u.-bearbeitung	2 630	2 695	2 830	+ 5
Herstellung von Metallerzeugnissen	3 985	4 140	4 760	+ 10
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2 165	2 275	2 390	+ 5
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2 780	2 615	2 615	+ 15
Maschinenbau	6 145	6 295	6 610	+ 10
Herstellung von Kraftwagen u. -teilen	13 550	14 380	13 370	+ 10
Sonstiger Fahrzeugbau	1 030	1 180	1 240	+ 10
Herstellung von Möbeln	355	475	500	+ 15
Herstellung von sonstigen Waren	1 170	1 120	1 065	+ 20
Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	515	550	550	+ 10

<sup>p</sup> Vorläufig. <sup>a</sup> Geplant, die Veränderungsrate der Bruttoanlageinvestitionen liegt:

- ± 0 = zwischen + 2,5 und - 2,5%
- + 5 = zwischen + 2,5 und + 7,5%
- + 10 = zwischen + 7,5 und + 12,5%
- + 15 = zwischen + 12,5 und + 17,5%
- + 20 = zwischen + 17,5 und + 22,5%
- + 25 = zwischen + 22,5 und + 27,5%
- + 30 = zwischen + 27,5 und + 32,5%
- = entsprechend.

Quelle: ifo Investitionsbefragungen, Stand: Frühjahr 2017.

Tab. 5

**Zielsetzung der Investitionen**

Bereich	Als Hauptziel ihrer Investitionen nannten ...% der Unternehmen <sup>a</sup>					
	Kapazitätserweiterung		Rationalisierung		Ersatzbeschaffung	
	2016	2017 geplant	2016	2017 geplant	2016	2017 geplant
Verarbeitendes Gewerbe	66	67	6	6	28	27
darunter:						
Vorleistungsgüter	61	65	11	7	28	28
Investitionsgüter	77	76	1	2	22	22
Gebrauchsgüter	52	59	26	26	22	15
Verbrauchsgüter	53	62	5	9	42	29

<sup>a</sup> Gewichtet mit dem Firmenumsatz.

Quelle: ifo Investitionsumfragen, Stand: Frühjahr 2017.

und -bearbeitung und des Papiergewerbes einen nur moderaten Investitionsanstieg von etwa 5%. Ein im Vergleich zum vergangenen Jahr unverändertes Investitionsniveau zeichnet sich nach den Befragungsergebnissen in der pharmazeutischen Industrie, in der Getränkeindustrie und im Bekleidungsgewerbe sowie in der Druckindustrie ab. Eine Investitionskürzung um durchschnittlich 5% meldeten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln.

**KAPAZITÄTserweiterungen stehen weiterhin im Vordergrund**

Nach den Meldungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ist die Erweiterung seit Mitte der 1990er Jahre vorrangiges Investitionsziel (vgl. Tab. 5). Dabei stehen jedoch weniger Kapazitätserweiterungen bestehender Produktionsprogramme (Erweiterung im klassischen Sinne) als vielmehr Änderungen und Ausweitungen der Produktpalette im Vordergrund (vgl. Tab. 6). Insgesamt haben gut zwei Drittel (66%) der Unternehmen 2016 in erster Linie in Erweiterungsmaßnahmen investiert. Für dieses Jahr liegt der entsprechende Prozentsatz etwas höher, bei 67% (vgl. Abb. 2). Auch auf Hauptgruppenebene dominiert die Kapazitätserweiterung in allen Bereichen, und zwar sowohl 2016 als auch 2017. Bei der Interpretation der Ergebnisse zu den Investitionszielen ist jedoch zu bedenken, dass die Investitionsabsichten nur selten ganz klar zu trennen sind: So ist z.B. mit einer Er-

weiterungsinvestition nicht selten auch ein Rationalisierungseffekt verbunden.

Eine außerordentlich hohe Bedeutung haben Erweiterungsinvestitionen in den beiden hier beobachteten Jahren im Sonstigen Fahrzeugbau, im Straßenfahrzeugbau, im Bekleidungsgewerbe sowie in der Branche Herstellung von sonstigen Waren. In all diesen Branchen dienen bzw. dienen diese Erweiterungsinvestition vor allem Änderungen bzw. Ausweitungen der Produktpalette. Im laufenden Jahr will auch die Pharmaindustrie stark in die Kapazitätserweiterung investieren, hier jedoch in erster Linie in die Erhöhung der Produktionskapazität der bestehenden Produktpalette.

Gut ein Viertel der Unternehmen plant in diesem Jahr seine Investitionen vorrangig für Ersatzbeschaffungen auszugeben. Hier sind vor allem folgende Wirtschaftsbereiche zu nennen: die Branche Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, das Ledergewerbe, die Tabakverarbeitung und der Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Im vergangenen Jahr hat auch die Getränkeindustrie ihre Investitionen in erster Linie in Ersatzbeschaffungen gesteckt.

Rationalisierungsmaßnahmen waren 2016 bzw. sind 2017 bei 6% der Industrieunternehmen der wichtigste Investitionsanlass. Dieses Investitionsmotiv hat im Laufe der Zeit – insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – stark an Bedeutung eingebüßt. Der Rationalisierungsaspekt spielt nach wie vor im Holzge-

Tab. 6

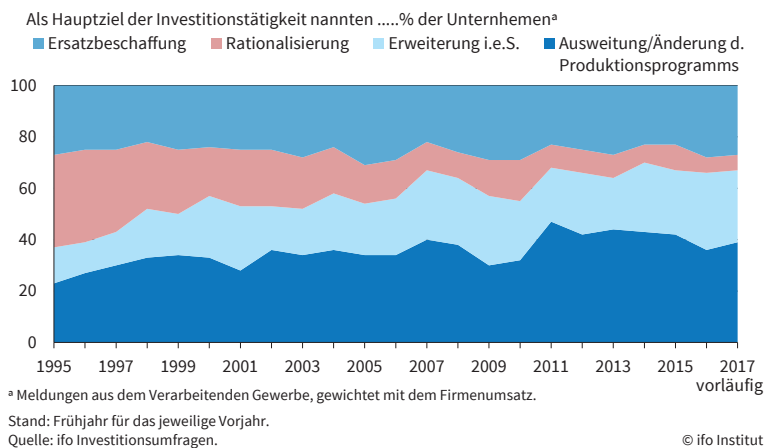
**Erweiterungsinvestitionen und Produktionsprogramm**

Bereich	...% der Unternehmen <sup>a</sup> nahmen in erster Linie Erweiterungsinvestitionen vor, und zwar unter <sup>b</sup>			
	Beibehaltung des Produktionsprogramms		Änderung bzw. Ausweitung des Produktionsprogramms	
	2016	2017 geplant	2016	2017 geplant
Verarbeitendes Gewerbe	28	26	35	38
darunter:				
Vorleistungsgüter	29	30	30	32
Investitionsgüter	16	13	61	63
Gebrauchsgüter	18	19	34	40
Verbrauchsgüter	38	36	12	14

<sup>a</sup> Gewichtet mit dem Firmenumsatz. <sup>b</sup> Die hier aufgeführten Prozentsätze ergänzen sich nicht zu den Anteilen für die Hauptziele (Tab. 4), da ein Teil der Firmen hierzu keine Angaben machte.

Quelle: ifo Investitionsumfragen, Stand: Frühjahr 2017.

Abb. 2

**Änderung bzw. Ausweitung des Produktionsprogramms dominiert**

werke (ohne Herstellung von Möbeln) eine überdurchschnittlich große Rolle. Im vergangenen Jahr haben auch die Druckindustrie, die Mineralölverarbeitung (einschließlich Vertrieb) und die unter Überkapazitäten unter Druck stehende Branche Metallerzeugung und -bearbeitung überdurchschnittlich stark in Rationalisierungsmaßnahmen investiert.

**ZUSAMMENFASSUNG**

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen des deutschen Verarbeitenden Gewerbes blieb insgesamt gesehen hinter den Erwartungen zurück. Nach den aktuellen Meldungen zur ifo Investitionsumfrage haben die Industrieunternehmen in Deutsch-

land ihre Investitionen 2016 zwar erhöht, aber nicht in dem Maße wie ursprünglich geplant. Mit gut 57 Mrd. Euro lag das Investitionsniveau nominal rund 1% (real: +/- 0%) über dem von 2015. Nach der ursprünglichen Investitionsplanung vom Herbst 2015 war für 2016 noch ein Anstieg von 5% zu erwarten gewesen. Besonders stark fällt hierbei die verhaltene Investitionstätigkeit der Branche Herstellung von Kraftfahrzeugen und -teilen ins Gewicht, die allein knapp ein Viertel der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes tätigt.

Angesichts der im laufenden Jahr guten konjunkturellen Entwicklung hat die Investitionsbereitschaft wieder merklich zugenommen. Nach dem derzeitigen Planungsstand beabsichtigt das deutsche Verarbeitende Gewerbe seine Investitionen in neue Bauten und Ausrüstungsgüter 2017 um rund 7% zu erhöhen. Damit wurde die Investitionsplanung vom Herbst vergangenen Jahres insgesamt nach oben korrigiert.

Hauptzielsetzung der Investitionstätigkeit war 2016 und ist auch 2017 die Kapazitätserweiterung, und zwar in erster Linie mit der Absicht, das bestehende Produktionsprogramm zu erweitern bzw. zu verändern. An zweiter Stelle stehen Ersatzbeschaffungen, während das Rationalisierungsmotiv insgesamt gesehen eher eine untergeordnete Rolle spielt.

Klaus Wohlrabe

# ifo Konjunkturumfragen August 2017 auf einen Blick: Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs<sup>1</sup>

Der ifo Geschäftsklimaindex sank im August geringfügig von 116,0 auf 115,9 Punkte. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist aber weiterhin sehr gut. Der Rückgang ist auf eine weniger gute Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen. Die Erwartungen für das kommende halbe Jahr verbesserten sich hingegen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs.

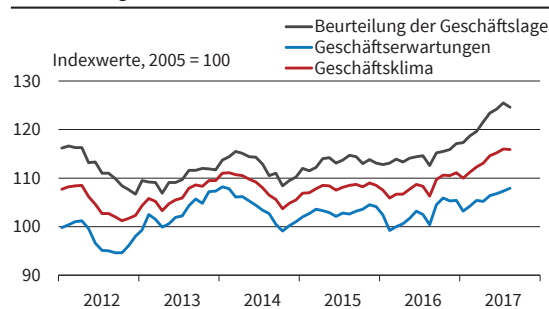
Im Verarbeitenden Gewerbe konnte der Rekord vom Vormonat nochmals leicht überboten werden. Die Industriefirmen waren zwar auf hohem Niveau etwas weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Lage, sind jedoch

erneut optimistischer mit Blick auf die kommenden Monate. In der Automobilbranche haben die Kartellvorwürfe und die Dieselfaffäre bisher keine spürbaren Effekte in der Umfrage hinterlassen. Der Geschäftsklimaindex liegt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima etwas verschlechtert. Dies war auf deutlich weniger gute Einschätzungen zur aktuellen Lage zurückzuführen. Die Erwartungen wurden aber leicht nach oben angepasst. Im Einzelhandel sank der Index. Die Einzelhändler waren merklich weniger zufrieden mit ihren laufenden Geschäften. Auch die Erwartungen verschlechterten sich. Insbesondere der Kfz-Einzelhandel trug zu der rückläufigen Entwicklung bei. Im Bauhauptgewerbe ist der Index weiter auf Rekordjagd. Die Firmen waren deutlich zufriedener mit ihrer aktuellen Lage. Sie gehen zudem davon aus,

<sup>1</sup> Die ausführlichen Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Abb. 1

## ifo Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft<sup>a</sup> Saisonbereinigt



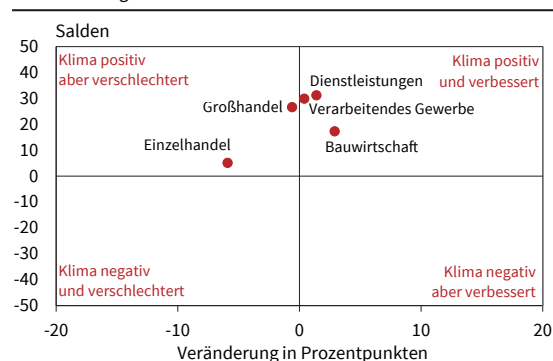
<sup>a</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 2

## Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen Saisonbereinigt

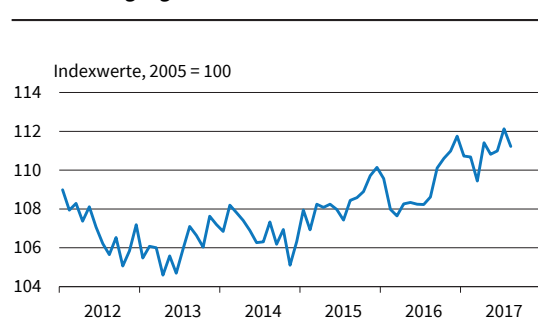


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 3

## ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland<sup>a</sup>



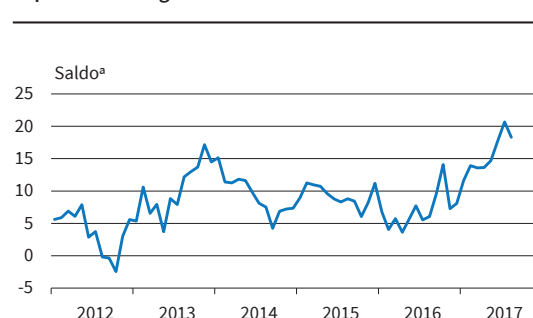
<sup>a</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 4

## Exportorerwartungen – Verarbeitendes Gewerbe



<sup>a</sup> Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

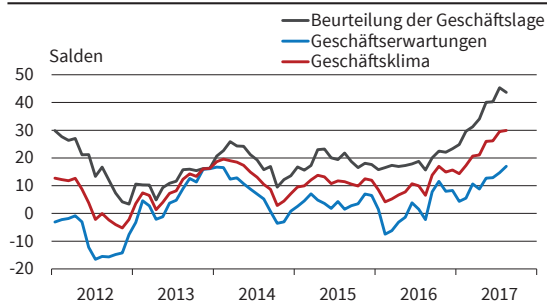
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August Juli 2017.

© ifo Institut



Abb. 5

**ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe**  
Saisonbereinigt

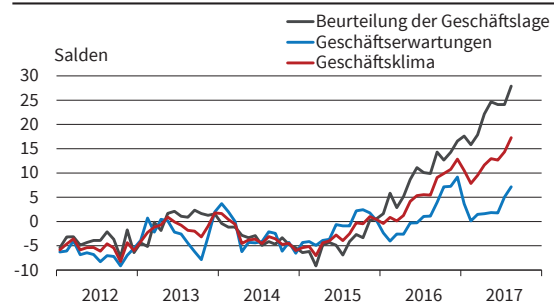


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 6

**ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe**  
Saisonbereinigt

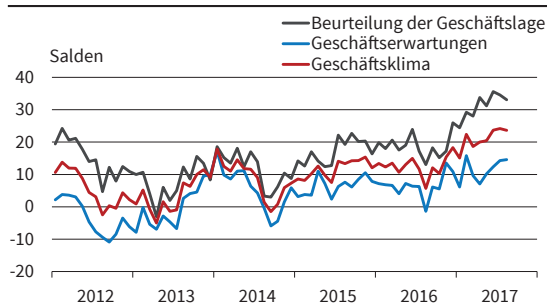


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 7

**ifo Geschäftsklima im Großhandel**  
Saisonbereinigt

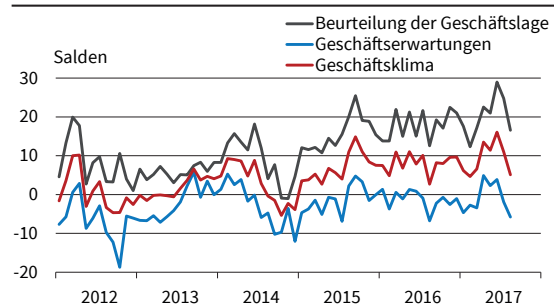


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 8

**ifo Geschäftsklima im Einzelhandel**  
Saisonbereinigt

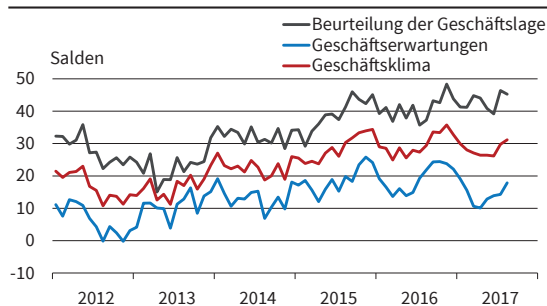


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

Abb. 9

**ifo Geschäftsklima im Dienstleistungssektor<sup>a</sup>**  
Saisonbereinigt



<sup>a</sup> Ohne Handel, Kreditgewerbe, Leasing, Versicherungen und Staat.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, August 2017.

© ifo Institut

dass ihre Geschäfte in den kommenden Monaten weiter anziehen werden.

Die Stimmung bei den deutschen Dienstleistern hat sich erneut verbessert. Der Geschäftsklimaindex stieg im August von 109,8 auf 110,5 Punkte. Der Anstieg ist auf erheblich optimistischere Erwartungen zurückzuführen. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage wurden hingegen auf hohem Niveau etwas zurückgenommen. Viele Unternehmen planen für die kommenden Monate Preiserhöhungen. Die Transport- und Logistikbranche berichtete von sehr gut laufenden Geschäften.

Zudem erwarten viele Unternehmen, dass sich die Lage noch weiter verbessern wird. Der Geschäftsklimaindikator bei den Reisebüros und Reiseveranstaltern stieg auf den höchsten Wert seit mehr als drei Jahren. Die Nachfrage und der Umsatz entwickelten sich hervorragend. Von der allgemein sehr guten Konjunktur profitieren auch die Unternehmen für die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Das Geschäftsklima und seine Komponenten verbesserten sich dort deutlich.

Das Beschäftigungsbarometer sank im August von 112,1 Punkten im Vormonat auf 111,2 Punkte. Die Einstellungsbereitschaft der deutschen Firmen bleibt jedoch weiterhin sehr hoch. Die Beschäftigungsdynamik ist überwiegend expansiv ausgerichtet. Die sehr gute Industriekonjunktur schlägt sich auch in den Beschäftigungsplanungen der Unternehmen nieder. Alle wichtigen Industriezweige wollen ihre Mitarbeiterzahl vergrößern. Auch die Bauunternehmen planen weitere Neueinstellungen, jedoch wird es vermehrt schwieriger, offene Stellen zu besetzen. Die Meldungen über Arbeitskräftemangel erreichten einen neuen Höchststand. Im Handel bleibt die Beschäftigungsdynamik verhalten expansiv ausgerichtet. Die größte Einstellungsbereitschaft ist weiterhin bei den Dienstleistern zu beobachten, jedoch weniger stark als zuletzt.

